1 F 2824 F

darmstädter studenten zeitung

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

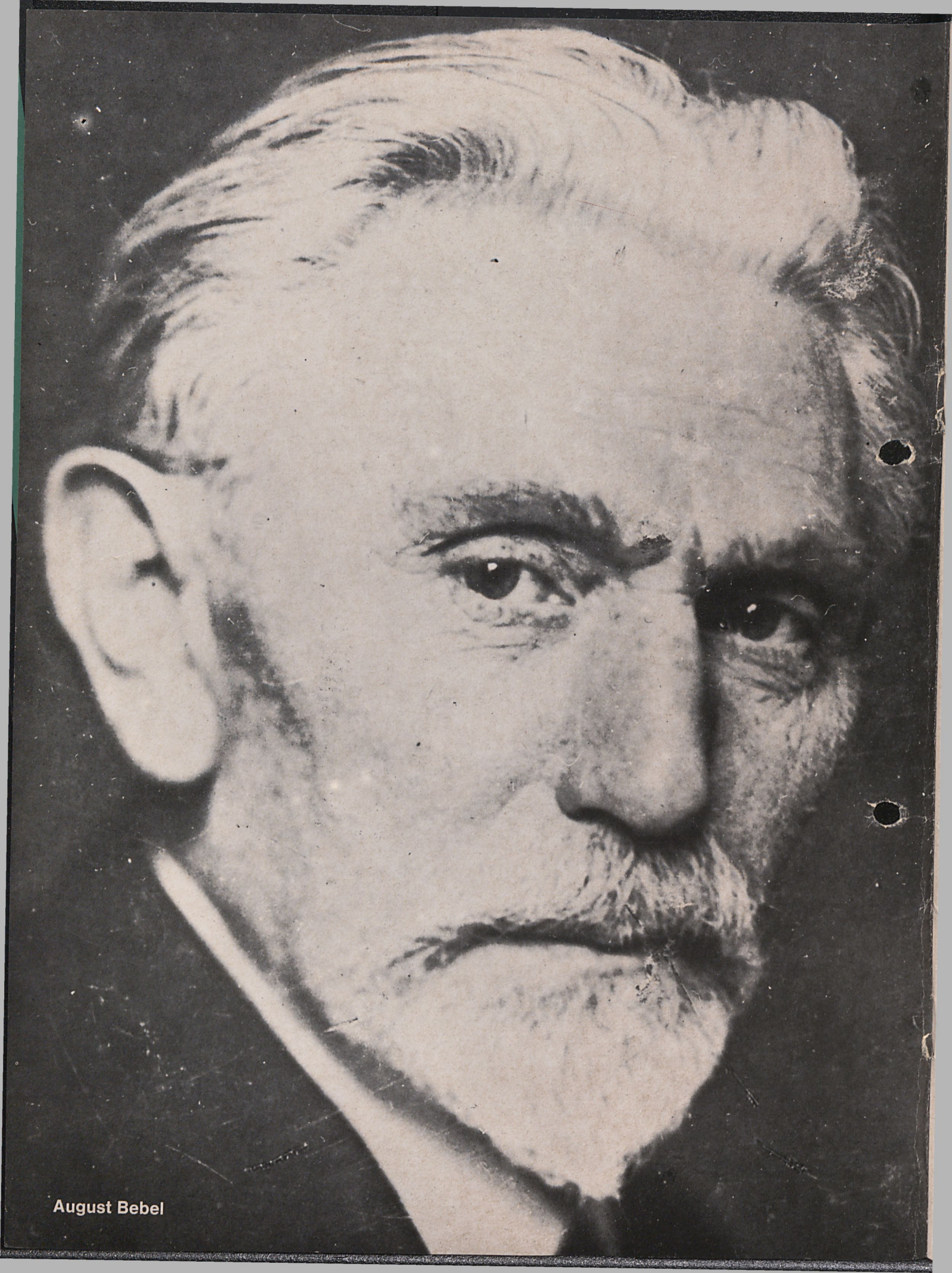
Jan./Febr. 1973
21. Jahrgang

Nr. 132

Der moderne Krisenschutz:

bewährt in Planung und Verhütung

brandtneu - gleitfähig



August Bebel

3. Jahrgang

Darmstädter Studentische Nachrichten.

Nummer 16.

Zur Förderung moderner Bestrebungen in der Studentenschaft
herausgegeben vom Zeitungsamt der Freien Studentenschaft Darmstadt.

Annoncenpreise:
1. S. M. 25.—, 1/2 S. M. 14.—, 1/4 S. M. 7.90, 1/8 S. M. 4.30, 1/16 S. M. 2.25. — Für andere Größen entsprechender Preis. Bei 5 Aufnahmen 15%, bei 10 Aufnahmen 30% Rabatt. Wohnungsanzeigen: 1 zweigespalt. Zeile 25 Pf., jede weitere 15 Pf. Beilagen nach Gewicht.

Die Zeitschrift erscheint während des Semesters vierzehntägig und kostet pro Jahr M. 3.—, für das Ausland M. 4.— bei Lieferung durch die Post. Bestellungen sind unter Beifügung des Abonnements an das Zeitungsamt der Freien Studentenschaft zu richten. An die Hochschulbehörden, die Professoren, Dozenten und Assistenten, an die studentischen Vereine, sowie an die gesamte Studentenschaft wird die Zeitung kostenlos verteilt. (Studierende zahlen bei Lieferung durch die Post 1 M. pro Sem.)

Darmstadt, den 21. Januar 1911.

Annahmestellen
für Inserate: L. C. Wittich'sche Hofbuchdruckerei Darmstädter Tagblatt), Rheinstraße 23, Telefon Nr. 1, und deren sämtliche Filialen. — Für Wohnungsanzeigen auch Verkehrsbüro, Ernst-Ludwigsplatz, Telefon Nr. 1582, und Zeitungsamt, Technische Hochschule.

Student und Politik.

Eine Rundfrage an hervorragende deutsche Politiker[1]).

In der freistudentischen Presse ist schon des öfteren über die Frage diskutiert worden, ob und wie weit sich der Student am politischen Leben beteiligen solle. Das Thema ist ja auch aktuell genug, und deshalb erschien es mir sehr zweckmäßig, eine Anzahl bekannter deutscher Politiker zu bitten, sich über das Thema kurz zu äußern. Leider war es nicht ganz leicht, genügend Mitarbeiter dafür zu finden, da Politiker ja bekanntlich immer mit Arbeit überlastet sind, und so mußte ich eine große Zahl Briefe in die Welt hinaussenden. Die Aufforderungen ergingen an alle politischen Parteien ungefähr gleichmäßig; jedoch ergab sich die merkwürdige Tatsache, daß sich von den rechtsstehenden Parteien weit mehr Herren, als ich erwartet hatte, von dem Zentrum und den Nationalliberalen dagegen keine und vom Freisinn nach vielen Mühen nur zwei Herren bereit finden ließen, Beiträge beizusteuern. An dieser Stelle sei ihnen allen herzlich dafür gedankt.

Was nun die Frage selbst betrifft, so glaube ich, daß sie durch das Ergebnis der Umfrage gelöst, denn ohne Unterschied der Partei haben sich fast alle Mitarbeiter an der Rundfrage dahin ausgesprochen, daß eine aktive politische Tätigkeit des Studenten nicht das richtige ist, daß die Universitätsjahre eine Studienzeit auch für das politische Leben sein sollen.

Maximilian Jabusch.

I.

Im Programm der sozialdemokratischen Partei ist die Forderung enthalten:

Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper an alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Da die meisten deutschen Studenten das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, so müßten sie also verpflichtet sein, sich um die öffentlichen Angelegenheiten im weitesten Sinne des Wortes zu bekümmern, damit sie wissen, wie sie wählen sollen.

Aber abgesehen davon, ob diese Forderung verwirklicht ist oder nicht, um sie verwirklichen zu können ist ein möglichst frühzeitiges Interesse und Studium für alle öffentlichen Angelegenheiten eine absolute Notwendigkeit. Es ist dieses um so dringender, da der Zustand, in dem sich unsere öffentlichen und sozialen Einrichtungen befinden, oft weit entscheidender für die materielle und soziale Stellung des Einzelnen ist, als seine persönlichen Fähigkeiten.

Der Intelligenteste wird verhindert, seine Kräfte und Fähigkeiten frei betätigen und sich eine angemessene Stellung in der Gesellschaft oder im Staat erobern zu können, wenn die staatlichen und öffentlichen Einrichtungen ihm das unmöglich machen.

Das Studium und die Betätigung für die Verbesserung der öffentlichen Einrichtungen kann also gar nicht frühzeitig genug beginnen. Dieses Studium und diese Betätigung ist mindestens ebenso wichtig, wie jede andere für die Entwickelung des Individuums nötige Belehrung und Unterweisung.

A. Bebel.

II.

Bei der großen Bedeutung der politischen Fragen für unser Volksleben und bei dem regen Interesse, welches in allen Bevölkerungsschichten dafür herrscht, wäre es unnatürlich und sehr unerfreulich, wenn sich die studierende Jugend nicht damit beschäftigen würde.

[1]) Bei dem Interesse, das dieses Thema in jüngster Zeit gewonnen hat, bringen wir hier diese Rundfrage, die von der Halleschen Akademischen Zeitung veranstaltet wurde.

betrifft: dsz

Die Idee Fouriers, durch das Phalanstere-System das sämtliche Meerwasser der Erde in Limonade zu verwandeln, war sehr phantastisch. Allein die Idee Bernsteins, das Meer der kapitalistischen Bitternis durch flaschenweises Hinzufügen der sozialreformerischen Limonade in ein Meer sozialistischer Süßigkeit zu verwandeln, ist nur abgeschmackter, aber nicht um ein Haar weniger phantastisch.

Rosa Luxemburg

Seit dem 19. November 1972 gehört der CDU-Staat endgültig der Vergangenheit an. Die SPD hat eine Zustimmung beim bundesdeutschen Wählervolk gefunden, die erwarten läßt, daß dies nicht die letzte Legislaturperiode mit einem SPD-Kanzler sein wird. Die Union erlebt die bittersten Stunden ihrer Geschichte (Barzel). Mit Brandt scheint die neue Vatergestalt der BRD gefunden zu sein.

Unter'm studentischen Volk herrscht eitel Freud' und Sonnenschein. Ist dort doch die Zustimmung zur sozial-liberalen Koalition bei ihr am größten; die Jakettaufschläge in der Mensa haben es während des Wahlkampfes gezeigt. Eine Untersuchung der '69er-Wahl an der Frankfurter Universität hatte schon ergeben, daß dort damals nur 5% der Studenten CDU gewählt haben. Man kann davon ausgehen, daß es bei der jüngsten Wahl in Darmstadt nicht viel anders war.

Doch nach dem ersten Jubel ist auch den eifrigsten SPD-Anhängern das Lachen vergangen. Statt einer erhofften Regierungserklärung der Reformen wurde eine der Leistungsanforderungen, leicht verbrämt mit dem Begriff der ‚Lebensqualität', vorgelegt: „Alltag ist kein schlechtes Wort: Es schmeckt nach täglichem Brot; es hat mit der Qualität des Lebens zu tun, in der sich unsere Reformen erfüllen müssen."

Diese Ausgabe der dsz beschäftigt sich daher ausführlich mit der Politik der SPD, insbesondere mit den Bedingungen, unter denen die SPD Politik macht. Und sie will ein wenig Licht dahinein bringen, mit welchem Anspruch die SPD überhaupt auftritt. Kernpunkt in den Themen dieser Ausgabe ist die Frage nach dem Begriff der ‚Lebensqualität': Wo kommt er her, was ist real mit ihm zu verbinden? Ein weiterer Punkt ist die Stellung der SPD in der ‚Sozialen Marktwirtschaft', und schließlich wird das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften diskutiert. Zum besseren Verständnis dessen, weshalb die SPD seit ihrem Bestehen eine konsequente Entwicklung bis zur vorbehaltlosen Bejahung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durchgemacht hat, liefert der Beitrag zur Geschichte der SPD einen Abriß.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Wollte Bernstein das Meer der kapitalistischen Bitternis noch versüßen, so trifft auf die heutige SPD bestenfalls zu, daß sie versucht, die Meerengen zu erweitern, um ernsthafte Kollisionen zu verhüten.

Inhalt

1 August Bebel
Student und Politik

4 **„. . . selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren!“**
Die Verdienste der SPD um die Entwicklung der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ und die Verdienste der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ um die Entwicklung der SPD

Historie der Sozialdemokratie
Die SPD von Gotha bis Godesberg

34 **Verbesserung der Qualität des Lebens**
oder
Erhaltung der Qualität des Leidens
Zum Charakter sozialdemokratischer Reformen

49 **Vom ‚Streikverein‘ zum Ordnungsfaktor**
Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und ihr Marsch in die Sackgasse des Reformismus

Innenteil
I–VIII
„Unsere Aufgaben sind ohne harte Arbeit nicht zu erfüllen.“ (Brandt)
Analyse des Geredes von der ‚Lebensqualität‘

Ein Schritt vor, zwei Schritt' zurück!

darmstädter studenten zeitung

Nr. 132

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint einmal alle zwei Monate.
Verleger: Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt und Studentenschaft der Fachhochschule Darmstadt (Körperschaften des öffentlichen Rechts).
Anschrift von Redaktion und Verlag:
61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.
Verantwortlich: Friedhelm Ernst — Verlagsleiter: Wulf van Riesen.
Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Damstadt, Hindenburgstraße 42, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtsparkasse Damstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

dpa-Fotos auf den Seiten: 3, 9, 23, 25, 26, 31, 34, 43, 48.

„... selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren!“

Der 19. November 1972 ist das Ergebnis einer Politik, deren Grundsätze im „Godesberger Programm“ festgelegt sind und die ihre erste Bestätigung in der Krise 66/67 fand. Der Versuch, den Kapitalismus nicht mehr in Frage zu stellen sondern ihn durch Planung und Interventionen abzusichern, macht die SPD zu einem adäquaten Partner des westdeutschen Gesamtkapitals. Einem stark verflochtenen Kapital und einer mit Rezession, Weltwährungskrise und Geldentwertung befallenen Wirtschaftssiuation entspricht eine Partei, die schon 1959 die Relevanz von Staatseingriffen erkannt hat: „Es ist also nicht die Frage, ob in der Wirtschaft Dispositionen und Planung zweckmäßig sind, sondern wer diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung kann sich der Staat nicht entziehen.“ [1])

Nur florierte 1959 das „Wirtschaftswunder“ noch von ganz alleine. Erst als das wirkliche Wundern begann, als Arbeitslosigkeit herrschte und sogar die Gewinne sanken, da erst konnte die SPD zeigen, wie die ‚freie Unternehmerentscheidung‘ durch ‚Globalsteuerung‘ gestützt werden muß. So weit konnten die Apologeten der Marktwirtschaft noch folgen und wirkliche Unterscheidung zwischen den wirtschaftspolitischen Programmen von CDU und SPD waren im letzten Wahlkampf schwer zu entdecken. Die Härte aber, mit der um Wählerstimmen gerangelt wurde, die Höhe der Wahlbeteiligung und die eindeutige Parteinahme einflußreicher Finanzkreise für die CDU signalisieren neue Tendenzen in der deutschen Innenpolitik. In den letzten drei Jahren war die Koalition fast nur in der Außenpolitik erfolgreich. Im Inneren kämpfte sie gegen Geldentwertung und Abbröckeln ihrer Fraktionen. Die ‚Regierung der inneren Reformen‘ war keine.

Da aber eine 20jährige CDU-Herrschaft, die Reformen nur als Wahlgeschenke begriff, in weiten Bereichen unhaltbare Zustände zurückließ, muß die Koalition in den nächsten Jahren wichtige gesellschaftspolitische Entscheidungen treffen. Wie diese Reformen auch langfristige Wirtschaftspolitik, sprich Systemstabilisierung sein werden, wird im Verhältnis Kapitalentwicklung zu bisheriger SPD-Politik zu zeigen sein: Die Qualität des Lebens im Korsett eines allmächtigen und damit autoritären Sozialstaates.

Der Wechsel der SPD von der ewigen Oppositionspartei zur Regierungsbank war die politische Konsequenz auf den Beginn der Rezession im Jahre 1966. Nach fast 20jährigem Wirtschaftsaufschwung unter dem Patronat der CDU wurden die Grenzen der ‚sozialen Marktwirtschaft' deutlich sichtbar. Die Hoffnung auf die ‚Selbstregulierungskräfte des freien Unternehmertums' schwand rapide und das Eingreifen des Staates schien bitter nötig.

Die Bildung der großen Koalition gab der westdeutschen Sozialdemokratie endlich die Gelegenheit, ihre Wandlung zur effizient arbeitenden ‚Volkspartei' in der Praxis der Wirtschaftspolitik zu beweisen. Das Leitmotiv des Godesberger Programms: *„Wettbewerb so weit wie möglich — Planung so weit wie nötig!"* [2]) entwickelte sich zu einem, zumindest verbal grandiosen System der *„Globalsteuerung im Sinne einer langfristig orientierten, aber zugleich konjunkturpolitisch flexiblen ‚Wirtschafts- und Finanzpolitik aus einem Guß'."* [3])

Zwanzig Jahre lang war alles gut gegangen. Während Frankreich „Planification" betrieb, die Engländer „in den ausgefahrenen Gleisen der stop-and-go-Politik" (Karl Schiller) ihre Industrie wieder auf die Beine zu stellen versuchten, schien es in der Bundesrepublik von selbst zu laufen. Warum nach Jahren ständiger Erfolge nun auch die gewaltige Kapitalmacht der BRD die staatliche Intervention erheischte, und warum dazu auch noch die SPD vonnöten war, macht es notwendig, die Struktur und damit die Entwicklung des deutschen Kapitals näher zu besehen.

Renaissance in Dollar

Die Rekonstruktion des westdeutschen Kapitalismus war, wie so oft im ‚freien' Teil dieser Welt, Produkt der amerikanischen Außenpolitik. Die Verkündung der Truman-Doktrin: *„Ich glaube, daß wir den freien Völkern helfen müssen, sich ihr eigenes Geschick nach ihrer eigenen Art zu gestalten. Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form wirtschaftlicher und finanzieller gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist."* [4]) fand in Deutschland eine zynische Bestätigung. Der amerikanische Militärgouverneur General Clay ließ unbefangen die Absicht der USA erkennen, *„daß in Deutschland die wirtschaftliche und politische Stabilität hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung frei äußern kann. (. . .) Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen."* [5])
Das wirtschaftliche Pendant zur Politik Trumans war das European Recovery Programm (ERP), der sogenannte Marshall-Plan. Heute gern als ‚Akt der Selbstlosigkeit' interpretiert, löste er in Wirklichkeit zwei entscheidende Probleme:

- Langfristige Dollarkredite bezahlten amerikanische Exporte nach Europa. Damit vermied die USA eine drohende Rezession, da ihrer während des Krieges fast verdoppelten Produktionskapazität keine ausreichende Nachfrage im Inneren gegenüber stand.
- Der ‚Gegenwert' dieser Waren in Landeswährung wurde mit Genehmigung amerikanischer Dienststellen (!) an Privatunternehmen zu Investitionszwecken ausgeliehen.

Der Behebung der größten Nahrungsmittel- und Rohstoffknappheit durch die amerikanischen ‚Hilfslieferungen' folgte auch gleich die Bestätigung der alten Vermögensverhältnisse. Die Währungsreform speiste die Bevölkerung mit einem ‚Kopfgeld' von 40 DM ab und sicherte den Besitzern von Produktionsmitteln entscheidende Vorteile: 90% der Aktiengesellschaften hatten einen Bilanzverlust von weniger als 16%. Eine trotz Krieg und Demontage zu über 85% intakte Industrie wollte wieder verdienen und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland stand nichts mehr im Wege.

Die bekannte Tatsache, daß Unternehmer nur dann etwas unternehmen, wenn genügend für sie herausspringt, findet in Deutschland ein Paradebeispiel. Ein Arbeitslosenanteil von mehr als 10% in den Jahren 1949-1952 hielt die Löhne niedrig und die Gewinne hoch. Die CDU-Regierung gab gerne dem Unternehmer, was des Unternehmers ist: aus Kapital noch mehr Kapital zu machen. Mit Subventionen und Sonderabschreibungen wurde eine Selbstfinanzierungsquote (Investitionen aus eigenen Mitteln) von 50% erreicht. Eine liebliche Zahl, wenn man bedenkt, daß es 1965 noch ganze 20% waren.

Der kleine Nachteil, daß niedrigen Löhnen zwar eine hohe Profitrate, aber auch eine geringe Kaufkraft entspricht, wurde durch den 1950 einsetzenden Korea-Boom voll kompensiert. Die BRD begann sich in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren und die formale Bestätigung durch EWG, NATO, OECD wurde bald nachgereicht.

Made in Germany

Die explosionsartige Ausdehnung des Welthandels ermöglichte den deutschen Unternehmen großzügiges Exportieren. Die Ritter der Konjunktur begriffen sehr schnell, daß, wie das IFO-Institut schrieb, *„durch die Rüstungskonjunktur in der westlichen Welt die Einfuhr deutscher Maschinen, insbesondere von Werkzeugmaschinen, von gewalztem Stahl, von elektromechanischen, feinmechanischen und anderen Produkten der Metallverarbeitung interessant blieb."* [6])
Wie interessant diese Rüstungskonjunktur wurde, zeigen die Ausgaben der Vereinigten Staaten: Von 1949-1960 warfen allein sie 500 Milliarden Dollar für Kriegsmaterial aus. Zusammen mit den westeuropäischen Ländern ergibt das eine Gesamtnachfrage von fast 650 Milliarden Dollar. Zur Produktion dieser ungeheuren Mengen an Rüstungsgütern verlangte die Welt wieder nach deutschen Maschinen und Ausrüstungen, „Investitionsgüter" waren gesucht. Die gewaltige Steigerung dieser Industrien zeigt die folgende Tabelle:

Index der westdeutschen Industrieproduktion (1950 = 100) [7])

Jahr	Ges. Index	Bergbau	Grundstoff- u. Prod. güterindustrie	Investitionsgüterindustrie	Verbrauchsgüterindustrie	Elektrizitäts- und Gaserzeugung
1951	118	112	118	131	114	117
1952	126	120	123	146	115	128
1953	139	123	132	154	134	134
1954	155	128	151	181	146	151
1955	178	136	175	223	162	170
1956	192	143	187	243	176	189
1957	203	147	198	253	186	203
1958	209	147	203	271	184	206
1959	225	142	228	293	195	221
1960	249	146	260	337	211	243

Die Überbewertung des Dollar gegenüber der Mark und allen anderen Währungen wurde für die USA zu einem zweischneidigen Schwert:

- Nur wenn die Kaufkraft der amerikanischen Währung künstlich hochgehalten werden konnte, war die Rolle von „Gottes gelobtem Land" als ‚Weltpolizist' ökonomisch tragbar. Die Ausgaben für Auslandshilfe und auch der Kapitalexport, ständig auf der Suche nach profitgünstigen Anlagemöglichkeiten, überkompensierten stets den Überschuß der Handelsbilanz.
- Die durch eben diesen Export amerikanischen Geldes und ‚know how' gestärkte Industrie wurde immer mehr zu einer gefährlichen Konkurrenz für die eigene Industrie.

Denn eine günstige ‚Kostenstruktur', sprich hohe Arbeitslosigkeit, die ständig durch den Zustrom aus der DDR neu gespeist wurde, ermöglichte der BRD ein Kunststück: Ausdehnung des Exports auch auf Kosten anderer Länder und zugleich noch das Erzielen hoher Gewinne (die sofort wieder investiert wurden). Ein Beispiel dafür ist die Investitionsquote, d. h. das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttosozialprodukt.

Brutto-Anlage-Investitionen in % des BSP

	1950	1955	1960	1965
BRD	19,0	23,0	23,9	24,5
England	13,1	14,8	16,3	17,4
Frankreich	15,8	17,4	17,5	22,7
USA	17,6	17,7	16,7	18,5

Besonders aktiv gebärdeten sich die sogenannten Wachstumsindustrien. Chemie-, Elektroindustrie, Maschinen- und Fahrzeugbau steigerten seit 1950 ihren Anteil an der Gesamtwirtschaft von 25,6% auf 36,5% im Jahre 1960. **Das relative Zurückfallen der anderen Branchen bedeutet den Beginn einer internationalen Arbeitsteilung. Mit der Zahl der Ausfuhren wuchsen auch die Importe aus anderen kapitalistischen Ländern. Die Vervielfachung des Außenhandels bindet die BRD stärker als alle Verträge an den kapitalistischen Weltmarkt.**

Die Exportquoten einiger Industriezweige 1950, 1958, 1966 und 1967 [9])

Industriegruppe	Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in vH			
	1950	1958	1966	1967
Straßenfahrzeugbau	11,5	36,3	37,6	40,7
Maschinenbau	20,3	30,2	33,8	38,0
Feinmechanische und optische Industrie	26,5	36,1	33,9	36,0
Schiffbau	20,0	52,9	39,1	31,5
Eisenschaffende Industrie	16,4	17,8	24,0	30,3
Chemische Industrie	12,3	22,5	27,3	29,0
Feinkeramische Industrie	14,9	19,3	28,7	31,0
NE-Metallindustrie	11,4[1]	14,9	24,1	24,4
Kohlenbergbau	27,3	20,8	21,8	22,7
Industrie insgesamt	8,3	15,1	17,1	18,7

[1]) 1955

Auslandsgeschäft großer deutscher Unternehmen 1968, in Mrd. DM [10])

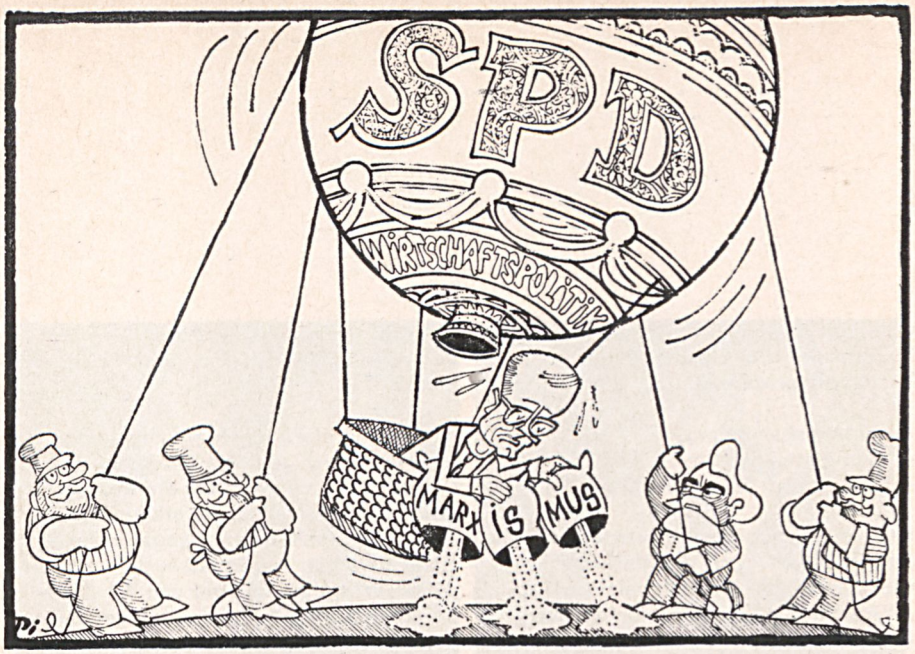
	Gesamtumsatz	Inland	Export	ausländ. Tochtergesellsch.
Krupp	4,9	3,2	1,5	0,2
BASF	5,6	2,7	2,3	0,6
AEG-Telefunken	5,7	4,0	1,2	0,5
Daimler-Benz	7,1	3,7	3,4	1,0
Bayer	7,7	2,9	3,1	1,7
Hoechst	8,0	3,9	2,9	1,2
Siemens	8,7	5,1	2,0	1,6
VW	11,6	2,8	6,7	2,1

Die Abhängigkeit ganzer Industriezweige von einer günstigen Exportsituation hatte natürlich seine Auswirkungen auf die Firmenstruktur. Der überlegenen Technologie ausländischer, besonders amerikanischer, Unternehmen mußte durch Konzentration begegnet werden. Und so stieg denn auch der Anteil der fünfzig größten Unternehmen am Gesamtumsatz von 25,4% im Jahre 1954 auf 42,2% im Krisenjahr 1967. Die Produktionskapazitäten dieser gewaltigen Kapitalmacht wurden nun so stark erweitert, daß der Inlandsmarkt alleine bei weitem nicht mehr ausreichte. Ein drastisches Beispiel dafür ist der Exportanteil von 37,2% am Gesamtumsatz der acht größten Konzerne, eine Zahl, die stark über dem Niveau der Gesamtindustrie liegt. Allein auf diese acht entfällt mehr als ein Viertel der gesamten Ausfuhr Westdeutschlands.

Die permanent positive Handelsbilanz (Exportüberschuß) nötigte schließlich die Regierung 1961 zu einer Aufwertung der DM. Die Verteuerung deutscher Waren im Welthandel wurde durch eine Entwicklung im Innern noch weiter gestützt: Zum ersten Mal fiel die Arbeitslosenquote unter ein Prozent. Keine „industrielle Reserverarmee", keine Möglichkeiten, Löhne zu drücken und die verstärkte ausländische Konkurrenz lehrten die ‚Herren von Rhein und Ruhr' bald das Fürchten. Dem übermäßigen Ausbau der Industrieanlagen standen nicht mehr genügend Aufträge gegenüber. Die ‚Kapazitätsauslastung' sank von 95% Ende 1960 auf 90% Mitte 1962, 88% Mitte 1965 und erreichte endlich 80% Ende 1966. Die Lage war noch nie so ernst.

Restauration der Ideologie

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches bedeutete auch das Ende der Ideologie eines ‚Laissez-faire'-Kapitalismus. Es fanden Streiks und Demonstrationen für eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien statt und Volksabstimmungen über die Sozialisierungsfrage in Hessen und Sachsen ergaben eine Mehrheit von über 70%. Keine Partei konnte es wagen, offen eine Renaissance der Kapitalherrschaft zu proklamieren. Selbst die CDU mußte in ihrem Ahlener-Wirtschaftsprogramm 1947 zugeben: *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaft-*



lichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ [10a])

Aber die Realität war nun mal nicht so. Der Widerspruch zwischen dem Willen der Bevölkerung und der Wirklichkeit eines neuen Kapitalismus mußte schleunigst beseitigt werden: Die Ära der „Sozialen Marktwirtschaft“ begann. Als Produkt der neoliberalen Wirtschaftsschule erfüllte sie alle Erwartungen:

- Das Privateigentum an Produktionsmitteln würde nicht angetastet werden. Nur die durch ‚freie Konkurrenz‘ entfaltete ‚private Unternehmerinitiative‘ könnte den Wohlstand für alle erbringen. Zur Sicherung dieses Wohlstandes habe der Staat die Macht der Monopole einzuschränken.

- Durch einfache Einiteilung in „freie Verkehrswirtschaft“ und „Zentralverwaltungswirtschaft“, in der dann gleich die sozialistische Planwirtschaft und die Rüstungsindustrie der Faschisten zusammengeworfen wurde, schien plötzlich einzig und allein die Marktwirtschaft Hoffnung zu geben auf die Verwirklichung einer Demokratie und zugleich auf Behebung der materiellen Not.

Der Antikapitalismus der Lohnabhängigen wurde in einen Antikollektivismus umgelenkt. Die formale Gleichsetzung demokratischer Herrschaftsformen mit freier Unternehmerinitiative erlaubte schon 1949 der CDU zu verkünden:
„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ verzichtet auf Planung und Lenkung von Produktion, Arbeitskraft und Absatz. Dadurch ist der Staat von der Sorge der zentralen Lenkung entlastet. Ihm bleibt die Aufgabe, das Recht zu setzen und zu hüten, den Wettbewerb zu fördern und das Geldwesen zu ordnen. In der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ treten die durch Gesetz verankerte Ordnung und das Preissystem, d. h. also ein übersehbares und berechenbares System von Ordnungsmitteln an die Stelle eines behördlichen oder privaten monopolistischen Ermessens, das von niemand wirksam kontrolliert werden kann.“ [11])

Wie sehr die Mär der sozialen Marktwirtschaft den Charakter einer Ideologie trug, zeigt Walter Eucken, ein Hauptvertreter der neoliberalen Schule:
„Der einzelne Landwirt, der Industrielle, der Handwerker und Arbeiter, also der einzelne Betrieb und Haushalt, sollen frei planen und handeln.“ [12])

Der Industrielle durfte gerne planen und staatliche Subventionen, Exportförderung, Sonderabschreibungen etc. halfen dabei nicht unbeträchtlich. Ein auf Druck eben dieser Industrie völlig verwässertes Kartellgesetz ermöglichte auch eine Monopolisierung. Sollten jedoch die Arbeiter versuchen, etwa eine Erhöhung der Löhne zu planen, mußte im Interesse des freien Wettbewerbs energisch durchgegriffen werden. Alfred Müller-Armack, Staatssekretär unter Ludwig Erhard, formulierte das so:
„Eine derartige marktwirtschaftliche Konjunkturpolitik wird ihr Ziel darin sehen müssen, den Gang der Wirtschaft insgesamt zu heben, ohne sich dabei auf das Ziel einer ausgesprochenen Voll- oder gar Überbeschäftigung einzulassen Wir sahen, gerade die Überbeschäftigung zerstörte die Marktordnung, und es erscheint im Interesse des Leistungsstandes durchaus angemessen, gewisse Kapazitätsreserven unausgenutzt zu lassen. Ohne einen Rest solcher Reserven vermag der Wettbewerbsmarkt nicht zu funktionieren.“ [13])

Die Apologetik der neoliberalen Schule paßte auf das ‚Wirtschaftswunder‘ der ersten zwanzig Jahre. Als aber sichtbar wurde, daß die westdeutsche Wirtschaft an einer klassischen Überproduktion litt, die durch Strukturkrisen in Bergbau und Stahlindustrie noch verstärkt wurde, versagte die angestaubte Wirtschaftspolitik. Statt auch nur den Versuch zu wagen, dem Sinken der privaten Investitionen durch öffentliche Ausgaben entgegenzuwirken, stagnierten zum ersten Mal seit 1960 die staatlichen Investitionen. Ludwig Erhard fehlte das wirtschaftspolitische Instrumentarium und der Altvater der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ mußte zurücktreten.

„In der Tat: Keynes und nicht Marx regiert die Stunde“ (Karl Schiller)

Die große Koalition brachte einen Wirtschaftsminister aus den Reihen der SPD, die eine Rezession ganz anders anzupacken verstand — mit Lord Keynes und Company. Der britische Wirtschaftsprofessor hatte die Ursache einer Krise schon 1931 verstanden:

„Unterbeschäftigung ist vorhanden, weil die Unternehmer ihre Profite eingebüßt haben. — Wollen wir nicht zum Kommunismus übergehen, so gibt es kein anderes Mittel, um der Unterbeschäftigung Herr zu werden, als dem Unternehmer wieder angemessene Profitspannen zu verschaffen.“ [14])

Die Übernahme dieser Theorie durch SPD-Wirtschaftler verblüffte trotz Godesberg und anderen Bekenntnissen zur Marktwirtschaft die Industrie ganz gewaltig. Daß der gefährliche „demokratische Sozialismus“ zu einem Papiertiger geworden war, gab jetzt auch das Unternehmerblatt „Volkswirt“ zu:

„Die Gewinne der Unternehmer zu steigern ist erklärte Absicht der Bundesregierung. Und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist mit von der Partie (. . .). Das allein ist schon ein historisches Ereignis.“ [15])

Der einzige Ansatz für eine staatliche Intervention ist nach Keynes, die In-

vestitions„neigung" der Kapitalisten zu fördern. Die drei Hauptbedingungen des Wirtschaftsprozesses

- Verbrauchsneigung
- Liquiditätsvorliebe
- Bereitschaft zur Investition

müssen so determiniert werden, daß die Gewinnerwartungen der Unternehmer wieder steigen. Die Globalsteuerung als „Wirtschaftspolitik der leichten Hand" (Karl Schiller) wurde abhängig von der „Einkommenspolitik der leichten Hand" (ebenfalls Schiller).

Verbrauchsneigung

„Die Erfahrung lehrt überdies, daß unter gegebenen Umständen das Sparen durch feste Einrichtungen sowie in Form von Abschreibungen mehr als angemessen ist; und daß Maßnahmen zur Einkommensverteilung, die geeignet sind, den Hang zum Verbrauch zu stärken, sich als durchaus günstig für das Wachsen des Kapitals erweisen werden" (Keynes). [16])

Hier weicht die SPD aus guten Gründen von ihrem britischen Leitbild ab. Die Umverteilung von Einkommen sieht in der Opposition leichter aus:

„Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik. [17])

Wenn man aber als Regierungspartei gezwungen ist, sich die Großunternehmer „geneigt" zu machen, fällt die Kostenseite einer solchen Maßnahme stärker ins Gewicht (der Reallohn sank sogar zeitweise). Einer geringen Kapazitätsauslastung der Verbrauchsgüterindustrie von 76% war durch eine Steigerung des Massenkonsums kaum entgegenzuwirken und die Hoffnung, daß solch ein Anstoß jemals die Investitionsgüterindustrie erreichen könnte, erscheint als Utopie.
Der wirkliche Anstoß kam wie imuer aus dem Außenhandel. Die günstige Lohnentwicklung dank Arbeitslosigkeit und „konzertierter Aktion" in Verbindung mit enormen Produktivitätssteigerungen, ließ die Ausfuhr expandieren, die Importe aber stagnieren.

Während die Ausfuhrpreise des konkurrierenden Auslandes seit 1964 um über 7% gestiegen sind, liegen die Durchschnittswerte der Ausfuhr in der BRD 1968 kaum über dem Stand von 1964. Bemerkenswert ist weiterhin, daß — wieder im gleichen Zeitraum — die Lohnkosten je Produkteinheit in der Industrie der BRD auf knapp über 104 Punkte, im Ausland dagegen auf 108 Punkte angestiegen sind!

Außenhandel (Spezialhandel) der BRD, absolute Werte in Mrd. DM

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr-Überschuß
1950	8,4	11,4	—3,0
1951	14,6	14,7	—0,1
1952	16,9	16,2	0,7
1953	18,5	16,0	2,5
1954	22,0	19,3	2,7
1955	25,7	24,5	1,2
1956	30,9	28,0	2,9
1957	36,0	31,7	4,3
1958	37,0	31,1	6,9
1959	41,2	35,8	5,4
1960	47,9	42,7	5,2
1961	51,0	44,4	6,6
1962	53,0	49,5	3,5
1963	58,3	52,3	6,0
1964	64,9	58,8	6,1
1965	71,7	70,4	1,3
1966	80,6	72,7	7,9
1967	87,0	70,2	16,8
1968[1]	70,8	58,9	12,1

[1]) 1968 nur die ersten drei Vierteljahre
Quelle: JG 68/69, S. 156.

Liquiditätsvorliebe

„Die Berechtigung eines verhältnismäßig hohen Zinssatzes ist bisher in der Notwendigkeit gesehen worden, eine genügende Veranlassung zum Sparen zu bieten. Wir haben aber gezeigt, daß das Maß wirksamer Ersparnis notwendigerweise von der Skala der Investitionen bestimmt wird, und daß die Skala der Investition durch einen niedrigen Zinsfuß gefördert wird" (Keynes). [19])

Die Bundesbank folgte und setzte Anfang 67 den Diskontsatz viermal um je 0,5% von 5 auf 3% herab. Die Politik des „billigen Geldes" verursachte sogar einen Kapitalüberfluß und zum erstenmal in ihrer Geschichte legte die BRD mehr davon im Ausland an, als vom Ausland in die BRD investiert wurde. Die Gelegenheit schien günstig, wie im Sachverständigengutachten 68/69 ausgeführt wurde:

„Viele deutsche Firmen scheinen, als der Rezessionsdruck zunahm, auch verstärkt Absatz- und Servicestationen im Ausland errichtet zu haben. . . Insoweit hierdurch deutsche Anbieter beschleunigt auf den Auslandsmärkten Fuß faßten, hat sich die Wettbewerbsposition der westdeutschen Anbieter auch auf mittlere Sicht verbessert." [20])

Mittlerweile sind es stattliche 25 Milliarden DM, mehr als drei Viertel davon sogar direkt als Industrieobjekte.

Sozialisierung der Investitionen

„Schließlich: es ist unwahrscheinlich, daß die Einflußnahme der Bankpolitik auf den Zinsfuß für sich allein ausreichen wird, um eine optimale Rate der Investition hervorzubringen. Ich meine daher, daß eine ziemlich umfassende Sozialisierung der Investition sich als das einzige Mittel erweisen wird, um der Vollbeschäftigung nahezukommen" (Keynes). [21])

Daß damit natürlich kein Eingriff in das Monopol der Besitzenden, zu investieren oder es zu lassen, gemeint ist, versteht sich von selbst. Der Staat soll im Krisenfall durch öffentliche Aufträge die Investitionen der Privatwirtschaft anregen. Das geschah denn auch durch zwei kreditfinanzierte Nachtragehaushalte in einer Gesamthöhe von 7,7 Milliarden Mark.

Die Konzeption der „mittelfristigen Finanzplanung" Ende 67, deren Struktur nach dem „Wirtschaftsdienst" bestätigen,

„daß die Bundesregierung trotz rezessiver Wirtschaftsentwicklung die Rüstungsausgaben zu dem eigentlichen Schwerpunkt des Bundeshaushaltes bestimmt hat“ [22])

ist kein Ausdruck von Revanchismus in der Sozialdemokratie. Die öffentlichen Ausgaben sollen Vergeudungscharakter haben und dürfen auf keinen Fall die eh schon unausgelasteten Kapazitäten noch weiter vergrößern. So zeigt sich wieder nach Keynes:

„daß auch verschwenderische Anleiheausgaben das Gemeinwesen im Endergebnis bereichern können. Das Bauen von Pyramiden, Erdbeben, selbst Kriege mögen dazu dienen, den Reichtum zu vermehren. . . Zwei Pyramiden, zwei Steinhaufen für die Toten sind doppelt so gut wie einer, aber nicht so zwei Eisenbahnen von London nach York.“ [23])

Wenns im Endergebnis das Gemeinwesen bereichert . . .

Die Bedeutung von Keynes lag in dem Versuch, einen Weg zu zeigen, „der die gegebenen Grundverhältnisse nicht ernstlich angriff, sondern diese vielmehr absicherte. Während die „Neoliberalen“ weiterhin den Kampf gegen markt-„verzerrende“ private Wirtschaftsmacht (also eine Politik des „trust-busting“) forderten, ermöglichten die wirtschaftspolitischen Vorschläge von Keynes eine Fortsetzung des Wirtschaftsprozesses unter den Bedingungen weiter zunehmender Vermachtung der Wirtschaft“ (Prof. Dr. W. Hoffmann) [24]**.**

Die Übernahme der Keynes'schen Wirtschaftstheorie und ihre Institutionalisierung in der Globalsteuerung ist kein Eingriff in die Autonomie der Privatwirtschaft, es sind Angebote. Werden sie nicht angenommen, ist die Steuerung hinfällig. Sind die Angebote so attraktiv, daß sie angenommen werden, dann verliert die Steuerung insofern ihre Autonomie, als sie sich nach den Zielen der zu Steuernden zu richten hat.

Schöne neue Welt

Gewählt als Reformpartei von „Frieden und Fortschritt“ und gezwungen, sich den Kapitalinteressen unterzuordnen, wird die SPD ihren bisherigen Weg kontinuierlich schwankend fortsetzen. Das Postulat einer „Friedenspolitik“ ist leicht einzulösen: der BRD — Außenhandel mit dem Comecon (inclusive DDR) und der VR China war 1971 größer als der gesamte Anteil von Japan, USA, England und Frankreich zusammen!

Der „gesellschaftliche“ Fortschritt ist unverkennbar

Der „Fortschritt im Innern“ läßt sich am einfachsten verwirklichen, wenn er sowohl die Expansion der relevanten Kapitalteile sichert als auch die latent aufmüpfigen Lohnabhängigen beruhigt. Reformen dieser Art werden nicht lange auf sich warten lassen. Dem Gezeter der Kleinbürger-Lobbys über Staatsdirigismus weiß Willy Brandt ausgerechnet Otto von Bismarck entgegenzusetzen:

„Der Reichskanzler hielt ihnen (den Gegnern einer staatlichen Unfallversicherung d. A.) entgegen, es gebe Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesamtheit erfüllen könne. Und dann wörtlich: Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so scheue ich das gar nicht. . . Ich habe schon vorhin vorweggenommen, daß der Staat ohne einen gewissen Sozialismus nicht bestehen kann. — Diesen Satz des großen Widersachers von August Bebel sollte man sich genau merken.“ [25])

Daß ihn der heutige Führer der Sozialdemokratie zitiert, ist weit beachtlicher. Die Kongruenz einer Bismarck'schen Unfallversicherung mit dem „Demokratischen Sozialismus“ von Godesberg ist unverkennbar. Beide sind der Versuch, Krisen im Vorgriff zu vermeiden. Neu ist an der SPD-Strategie nur, die kritische Situation nicht als Spezialfall, als einige neuralgische Punkte zu begreifen, sondern als normalen Zustand, dem durch Generalangriff an allen gesellschaftlichen Fronten begegnet werden muß.

Grund und Boden

Die goldenen Zeiten, als ganz Alaska noch für einige Millionen Dollar vom Zaren gekauft werden konnte, sind endgültig vorbei. Der Boden gehört zu den wenigen Gütern, die im Welthandel nicht getauscht werden. Das hat Rückwirkungen

auf die Gewinne der hier ansässigen Konzerne:

- Ein zerstückeltes Privateigentum in der Hand von Kleinbürgern hemmt jegliche Art von Planung im Infrastruktur- und Industriebereich. Die möglichen Rationalisierungen und Produktivitätssteigerungen können nicht voll genutzt werden.
- Die rapide steigenden Baulandpreise und die nachziehenden Wohnungsmieten haben die öffentlichen Finanzen erschöpft. Die 50 Milliarden DM an Spekulationsgewinnen bei der Wertsteigerung von Ackerland zu Bauland allein in den letzten 10 Jahren wären in anderen Bereichen, etwa der Wissenschaftsförderung produktiver anzulegen gewesen.
- Da die Mietzahlungen schneller als die anderen Lebenshaltungskosten steigen und einen immer größeren Anteil an den Ausgaben der Arbeiter ausmachen, ergeben die mit diesem Argument verlangten Lohnerhöhungen eine Profitminderung des produktiven Kapitals.
- Die Empörung über Innenstadtverödung, Wohnungsnot und Mieterhöhungen kann leicht von einer moralischen zu einer antikapitalistischen Argumentation umschlagen. Die Selbstorganisation der Betroffenen im Reproduktionsbereich könnte auch zu neuen Kampfformen in den Betrieben führen.

Dem mußte entgegengewirkt werden. Die „Vorschläge zur Reform der Bodenordnung" einer Kommission des SPD-Parteivorstandes sehen eine Besteuerung des Wertzuwachses und bessere Enteignungsmöglichkeiten vor. Die Erwägung eines Nutzungseigentums in Ballungsgebieten ist ein Schritt vorwärts in eine Richtung, die Karl Marx schon vor einiger Zeit voraussah:

„. . . betrachtet es (das Kapital d. A.) die Existenz des Grundeigentums selbst als eine bloß vorübergehende Erscheinung, die nötig ist als Aktion des Kapitals auf die alten Grundeigentumsverhältnisse, und ein Produkt ihrer Zersetzung; die aber als solche – diesen Zweck enimal erreicht – bloße Beschränkung des Profits ist, keine Notwendigkeit der Produktion. Es sucht also das Grundeigentum als Privateigentum aufzulösen und auf den Staat zu übertragen." [26])

Vermögensbildung

Die erste Möglichkeit für eine Umverteilung von Vermögen ist die „Große Steuerreform". Sie dokumentiert aber nur die Unmöglichkeit, auf diesem Wege etwas zu ändern, solange der Wohlstand noch von der Investitionsneigung Einzelner abhängt. Die Bestimmung dieser Neigung durch die Höhe der erwarteten Gewinne setzt eine deutliche Grenze für jegliche Art von Reformismus. Die neuen Koalitionsvereinbarungen sind denn auch, so ein Kommentar im „Handelsblatt"

„. . . nur eine harmlose Optik für das verständnislose politische Publikum. Auch Großaktionäre werden nach dem verbesserten System künftig von jeder Doppelbesteuerung der Dividende befreit. (. . .) Im Grunde hat sich gegenüber den ursprünglichen Eckwerten für Großaktionäre nur wenig geändert. Auch sie werden systemgerecht (!) durch die Freistellung der Aktie von der Doppelbesteuerung begünstigt." [27])

Der Versuch, über Steuerpolitik „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" zu erreichen, wäre auf jeden Fall gescheitert. Nach Untersuchungen des Bundesarbeitsministeriums verdienten noch 1971 ein Viertel aller Arbeiterhaushalte unter 800 DM im Monat. Jeder durch Steuersenkung erhaltene Betrag wird, mit Recht, konsumiert werden.

Um die Illusion eines Volkskapitalismus aber aufrechtzuerhalten, wurde die Form einer überbetrieblichen Gewinnbeteiligung entdeckt. Ein kleiner Teil des von Großunternehmen erwirtschafteten Profits wird in einem oder mehreren Fonds gesammelt, und untere Einkommensschichten dürfen dann Anteile dieser Gesellschaft erwerben. Solche Kapitalsammelstellen erfüllen nützliche Dienste:

- Die Fonds werden von „Arbeitnehmervertretern" kontrolliert. Bei Strukturkrisen und zur Konjunktursteuerung sind derartige Zwangsspareinrichtungen leicht als „Erste Hilfe" zu verwenden. Das günstige Verhältnis von SPD und Gewerkschaftsspitze wird in einer solchen Situation sicher zu einer Art von erweiterter konzertierter Aktion ausarten.
- Die Bildung von Kleinstvermögen soll die Existenz einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verschleiern und die Ideologie einer klassenlosen Konsumgesellschaft fördern. Der Regierungsbericht 1971 definiert Vermögensbildung denn auch als ein Instrument zur

„Stabilisierung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die maßgeblich auf dem Privateigentum auch an Produktionsmitteln beruht." [28])

- Das Gefühl nicht nur für andere zu produzieren könnte seine Auswirkungen auch auf die Arbeit selbst haben. Nach Georg Leber ist

„. . . von den Auswirkungen einer Beteiligung der Arbeitnehmer am Vermögenszuwachs ein positiver Beitrag zu dem Verhältnis Unternehmer/Arbeitnehmer zu erwarten. Wie hoch sich diese Tatsache auf Produktivität und Wirtschaftswachstum auswirken wird, das ist überhaupt noch nicht zu veranschlagen. Hier entsteht eine völlig neue Lage, die zahlreiche Perspektiven hat. Das Bewußtsein, gerechter behandelt zu werden, ist nicht nur gesellschaftspolitisch von hohem Rang, sondern auch ein Faktor der im Produzieren und Wirtschaften neue Einsichten erschließen wird." [29])

Eine Umverteilung des Produktivkapitals bringen diese Pläne sicher nicht. Das wird auch nicht erwartet. Gestärkt geht aber die unheilige Allianz aus SPD, Gewerkschaften und Großkonzernen daraus hervor. Was sich in den Tagen der konzertierten Aktion als kurzfristige Notgemeinschaft präsentierte, mag durchaus willens sein, auch langfristig zu planen und damit dem „einzelnen Arbeitnehmer einen angemessenen Anteil am Wirtschaftswachstum" zukommen zu lassen.

Integrierte Gesamtplanung

Der in den letzten Jahren sich verschärfende Welthandel setzt neue Akzente. Nach den Zeiten der flotten Akkumulation muß jetzt verstärkt geplant werden. Teils auch gegen das Gesetz, wie der Vizepräsident des Bundeskartellamtes, Dr. Gutzler feststellte:

„Was in den letzten zwei bis drei Jahren an Kartellverstößen entdeckt worden ist, das hat einen Umfang angenommen, den wir nie erwartet hatten. Wir waren sehr betroffen, und leider ist diese Kurve noch nicht im Abklingen." [30])

Wenn es legal geschieht, durch Fusion, Kapitalaustausch oder Gründung gemeinsamer Tochterfirmen, hat allerdings die SPD kaum etwas daran auszusetzen. In den „Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" heißt es:

„Die Entwicklung zu großen Unternehmens- und Betriebseinheiten ist wirtschaftlich so lange gerechtfertigt, wie der internationale technische Fortschritt im Zusammenhang mit dem Wettbewerb auf den Weltmärkten dazu zwingt. Eine wesentliche wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die Folgen dieses Konzentrationsprozesses wettbewerbs-, verbraucher- und

gesellschaftspolitisch tragbar zu machen.“ [31])
Die vorgesehene Verschärfung der Kartellnovelle wird also dort ihr Ende haben, wo es zu einer Einschränkung des Exports kommen könnte. Ein Wachstum ohne weitere Konzentration erscheint als Utopie, der Kampf deutscher Mittelständler gegen multinationale Konzerne ist hoffnungslos. Denn, so Anton Ernstberger, erfolgreicher Bier-Fusionator und Bankier: *„Der Konzentrationsprozeß ist historisches Gesetz und wirtschaftliche Notwendigkeit zugleich.“* [32])
Der Klarheit einer solchen Management by Marx-Methode wird sich die Sozialdemokratie nicht widersetzen, es gilt nur noch die Folgen „tragbar zu machen“.

● Der Verteufelung von Sozialismus als undemokratischer Planwirtschaft entspricht immer mehr eine tatsächliche Planung der eigenen Marktwirtschaft. Das Bundeskartellamt, letzter Hüter des freien Unternehmertums, warnt denn auch sehr eindringlich vor
„der zunehmenden Tendenz, in Branchen mit homogenen Massengütern, die sich in der Reifephase befänden, zu kollektiver Investitionsplanung ohne oder mit Mitwirkung der Behörden zu gelangen.“ [33])
Der Versuch der Chemiefaserindustrie sich ein Investitionskartell oder zumindestens eine Verpflichtung zum gegenseitigen Informationsaustausch genehmigen zu lassen, ist das bisher letzte Zeichen von offener Absprache ganzer Branchen. Andere werden noch folgen.

● Die Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft in den Berührungspunkten Infrastruktur, Rüstung und Technologieentwicklung setzt sich weiter durch. Das Modell eines militärisch-industriellen Komplexes hat sich bewährt. Topmanager Mommsen, der „seine Firma in einem tadellosen Zustand mit Mannesmann fusioniert“ und damit den größten Stahlkonzern Europas geschaffen hat, wußte, warum er in einer Art Interregnum zwischen Thyssen und jetzt Krupp ausgerechnet den Posten eines Staatssekretärs unter einem SPD-Minister angenommen hat:

„Diese sozial-liberale Koalition hat ja der Wirtschaft enorm die Tür aufgemacht. Sie war doch wahnsinnig wirtschaftsfreundlich (. . .) Und Helmut Schmidt hat der Wirtschaft im rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis weitgehende Informationsmöglichkeiten geschaffen.“ [34])

● Die Liberalisierung des Welthandels wirkt aus die Industriestruktur der BRD zurück. Besonders betroffen ist die Kohle- und Stahlindustrie. Der jüngste Erpressungsversuch des Thyssen-Konzerns — entweder billige Importkohle beziehungsweise noch höhere Subventionierung der Ruhrkohle AG oder Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland — läßt der SPD die Wahl zwischen zwei Nicht-Alternativen. Das Erhalten von Arbeitsplätzen auf der Basis der Gewinnmaximierung bedeutet für eine Partei des „Demokratischen Sozialismus“ nur eine „Sozialisierung von Verlusten“.

Der Anteil der Staats- und Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt der BRD liegt in der unteren Gruppe vergleichbarer Industrienationen. Die Zielprojektion der SPD, ihm von jetzt 37% auf 45% im Jahre 1985 zu steigern, bedeutet keine Rückkehr zu sozialistischen Traditionen. Sie ist die Reaktion auf die steigenden Verwertungsschwierigkeiten der Einzelkapitale, denen

der Staat durch größere Vorleistungen entgegentreten soll. Höhere Ausgaben für Infrastruktur, Bildungsreform und Sozialwesen gehen zu Lasten des Massenkonsumzuwachses, nicht der Investitionen: sie schmälern nicht den Gewinn, sie sichern ihn. Das wissen die Sozialdemokraten, das begreifen langsam auch die restlichen Kapitalvertreter, oder um mit Brandt zu sprechen:
„Auch wer ökonomische Überlegungen anderen überordnet, wird sich der Notwendigkeit innerer Reformen nicht verschließen können. Sozialdemokratische Zielvorstellungen von einer humanen Welt treffen sich hier mit den Erkenntnissen der Ökonomen, wenn diese langfristig genug denken.“ [36])

Anmerkungen:

[1]) Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands S. 13
[2]) a. a. o. S. 14
[3]) Karl Schiller; zit. n. Emil Bandholz, Zwischen Godesberg und Großindustrie, Hamburg 1971, S. 31
[4]) zit. n. Autorenkollektiv, Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Ffm. 1972 S. 339
[5]) vgl. a. a. o. S. 48
[6]) zit. n. J. Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Hamburg 1972, S. 41
[7]) vgl. a. a. o. S. 156
[8]) vgl. Kursbuch 21, Berlin 1970 S. 40
[9]) vgl. Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt 1969 S. 80
[10]) vgl. a. a. o. S. 81
[10]a) zit. n. Determinanten der . . . S. 424
[11]) vgl. a. a. o. S. 430
[12]) zit. n. Huffschmid, Die Politik des Kapitals, Ffm. 1969, S. 123
[13]) A. Müller-Armack, Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg 1948, S. 138
[14]) zit. n. Kursbuch 21, S. 56
[15]) Der Volkswirt Nr. — vom 24. 2. 67; zit. n. Huffschmid S. 164
[16]) zit. n. Prof. Dr. Werner Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, Berlin 1966 Band 3, S. 213
[17]) Grundsatzprogramm der SPD S. 16
[18]) zit. n. Altvater S. 83
[19]) zit. n. Hofmann S. 214
[20]) zit. n. Altvater S. 96
[21]) zit. n. Hofmann S. 215
[22]) zit. n. Huffschmid S. 176
[23]) zit. n. Hofmann S. 250
[24]) a. a. o. S. 178
[25]) Willy Brandt, Der Auftrag des demokratischen Sozialismus, Bonn 1972, S. 13
[26]) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 190
[27]) Handelsblatt vom 13. 12. 72
[28]) zit. n. R. Kühnl (hrg.), Formen bürgerlicher Herrschaft 2, Hamburg 1972, S. 81
[29]) zit. n. Huffschmid S. 90
[30]) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 12. 72
[31]) zit. n. E. Bandholz, Zwischen . . . S. 14
[32]) zit. n. DER SPIEGEL, 27. Jahrg. Nr. 2 S. 51
[33]) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 12. 72
[34]) zit. n. DER SPIEGEL, 26. Jahrg. Nr. 52 S. 28
[35]) Willy Brandt, Unsere politische Richtlinie für die siebziger Jahre in: Tatsachen und Argumente Nr. 293, Bonn 1970, S. 7

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. [. . . Die Arbeiterklasse] kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei." [1]
Erfurter Programm, 1891
„Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. [. . .] Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei den freien Markt, wo immer wirklicher Wettbewerb herrscht." [2]
Godesberger Programm, 1959

Historie der Sozialdemokratie

Die SPD vom Gothaer Vereinigungsparteitag bis zum Beginn des ersten Weltkrieges (1875–1914)

Fast 70 Jahre liegen zwischen diesen beiden nebenstehenden programmatischen Äußerungen über die Aufgabe der Sozialdemokratie in Deutschland. Im folgenden soll versucht werden, einige Stadien der politischen Entwicklung der SPD von einer „revolutionären" zu einer die „freie Unternehmerinitiative fördernden" Partei nachzuzeichnen, ausgehend von den verschiedenen Parteiprogrammen. Dabei gilt es jedoch, vor einem Irrtum zu warnen: einerseits sind Programme Willensbekundungen über eine zukünftige Politik und somit Zielvorstellungen gleichzusetzen, also sagen sie über die reale Politik nicht sehr viel aus. Andererseits jedoch werden Parteiaktivitäten jeweils an den Programmen gemessen, können Programme demnach Korrektiv- und Leitfunktionen haben, an denen praktische Schritte gemessen werden. Deshalb reicht es nicht aus, von Veränderungen in den Programmen allein auf die Veränderung in der Politik zu schließen. Es ist nötig, die wirkliche Veränderung, die sich in Politik und danach auch in den Programmen dokumentiert, gemeinsam zu erfassen. Erst so kann eine Vorstellung von der realen Veränderung der sozialdemokratischen Politik gewonnen werden, von der aus sich die Politik der heutigen SPD richtig einschätzen ließe.

Vor einem weiteren Irrtum muß gewarnt werden. Natürlich gab und gibt es innerhalb der Sozialdemokratie auch andere als die hier beschriebenen Entwicklungstendenzen; nur konnten sie sich nicht durchsetzen. An entscheidenden Nahtstellen innerhalb der Entwicklung der Sozialdemokratie soll gezeigt werden, wie die heutige reformfreudige Sozialdemokratie Stück für Stück geprägt wurde.

Parteitag in Gotha 1875

Ausgangspunkt der Überlegungen soll der Gothaer Vereinigungsparteitag sein, auf dem 1875 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (August Bebel, Wilhelm Liebknecht) und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (Lassalle) zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen wurde. Die sozialistischen Arbeitervereine waren entstanden aus ersten Organisationsversuchen der Handwerker — als Selbsthilfeorganisationen — und Arbeiterbildungsvereinen. Ihre Herausbildung ging einher mit dem Wandel Deutschlands vom Agrarzum Industriestaat, bzw. hatte ihn zur Voraussetzung. Die Unterschiede zwischen den beiden Arbeiterparteien lassen sich — im Rahmen dieses Artikels — darauf beschränken, daß die Lassallesche Richtung stärker preußisch-national dachte (und damit auch autoritärer strukturiert war), während die Bebelsche Richtung mehr den internationalen Kontext der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung betrachtete und die nicht verwirklichten Forderungen der bürgerlichen Revolution 1848 durchzusetzen versuchte (vor allem Wilhelm Liebknecht). Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 war durch die Schaffung des Deutschen Reiches unter preußischer Vormachtstellung die Voraussetzung jenes Zusammenschlusses der beiden deutschen Arbeiterparteien gegeben, der in Gotha vollzogen wurde.

Wie sah die allgemeine wirtschaftliche Situation zu dieser Zeit aus?: Niederschlagung der Pariser Kommune dank der Unterstützung der siegreichen deutschen Truppen unter Bismarck in Paris 1871; sprunghafter Aufschwung der Industrie (Gründerjahre), gefolgt von Börsenkrach des überstürzten Aufbaus mächtiger Aktiengesellschaften; Beginn einer sich entfaltenden sozialistischen Bewegung, abzulesen an den Reichstagswahlergebnissen 1871 (3,2%), 1874 (6,8%), 1877 (9,1%); Herrschaft der Bismarckschen Monarchie; überragender Einfluß der Junker (Feudaladel und Großgrundbesitz) und Schlotbarone; auf dem Lande die „Gesindeordnung" (bis 1918), d. h. die vollständige Abhängigkeit der Landarbeiter von den Junkern; gewisse Oppositionshaltung von Teilen des liberalen Bürgertums, das in Bismarck nicht mehr seine Interessen vertreten sah, jedoch in der sich entfaltenden Sozialdemokratie eine noch größere Gefahr für den Bestand seiner Gesellschaft vermutete. Das sind einige der politisch und sozialen Voraussetzungen, unter denen der Gothaer Vereinigungsparteitag abgehalten wurde.

Da man Bebel und auch – mit gewissen Einschränkungen – Liebknecht als Marxisten bezeichnen kann (Marx lebte zu dieser Zeit bereits in London) muß man fragen, welchen Einfluß das Marxsche Denken auf die Entwicklung der neu gegründeten Sozialdemokratie und damit auch auf das Programm dieser Partei ausübte.
Das vom Parteitag verabschiedete Programm ist in zwei Teile gegliedert: zum einen allgemeine Ziele und Forderungen der Sozialdemokratie, zum anderen konkrete Forderungen an den Staat. In dem grundsätzlichen Teil heißt es:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.
In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.
Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.
Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.
Von diesen Grundsätzen ausgehend erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit." [3])

Man erfährt – und Marx hat es in seinen „Randglossen zum Programm der Deutschen Arbeiterpartei" [4]) ausführlich kritisiert –, daß die Arbeit allein Quelle allen Reichtums sei (und nicht die Natur ebenso), daß die Arbeit (und nicht, wie man denken könnte, die Arbeiterklasse) befreit werden müsse. Der Begriff der „einen reaktionären Masse" – also Schlotbarone, Junker, aufstrebendes Bürgertum – machte eine taktische Politik etwa mit den Liberalen gegen die Junker unmöglich. Marx kritisierte insbesondere den Begriff des „freien Staates" – der als „freier Volksstaat" im Godesberger Programm wieder aufgenommen wird – indem er darauf hinweist, daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die bestehende Gesellschaft – also die Gesamtheit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse – als Grundlage des bestehenden Staates zu betrachten und nicht den Staat abstrakt als ein Wesen zu behandeln, „das seine ‚geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen' besitzt." [5])
Gegenüber dem Eisenacher Programm [6]) (der ersten programmatischen Äußerung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, 1869) und dem von Marx und Engels verfaßten Kommunistischen Manifest [7]) von 1848, war dieses Programm sowohl in der theoretischen Aussagekraft, als auch an seinen konkreten Forderungen (die man bestenfalls als radikalbürgerlich bezeichnen kann) ein eindeutiger Rückschritt.
Anderseits war auf der Grundlage dieses Kompromisses mit den Lassalleanern eine geeinigte Sozialdemokratie entstanden, die in den folgenden Wahlen fast 10% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte, also eine parlamentarische Stellung einnahm, die es der herrschenden Klasse ratsam erscheinen ließ, sich zu überlegen, mit welchen Mitteln man ein weiteres Anwachsen der Sozialdemokratie verhindern konnte.

Die Sozialistengesetze

Diese sich schnell entwickelnde anti-monarchische, demokratische Bewegung in Gestalt einer sozialistischen Arbeiterpartei versuchte Bismarck – in diesem Fall als Vertreter der Interessen sowohl der aufsteigenden Kapitalistenklasse wie auch der feudalen Junker – zu zerschlagen, da sie hier ihre Interessen gefährdet sahen.
Zwei Attentate gegen den Kaiser – beide weder von Sozialisten geplant noch ausgeführt – mußten dazu herhalten, den parlamentarischen Vormarsch der Sozialdemokraten zu verhindern. Von 1878 bis 1890 war es der Sozialdemokratie verboten, sich als Partei in sozialistischen Gewerkschaften oder in anderen sozialistischen Vereinen zu organisieren.

„Gewiß, verglichen mit dem, was unter dem Terror des Nationalsozialismus die Anhänger von Demokratie, Sozialismus und Humanität, vor allem die illegalen Kader der alten Arbeiterbewegung erdulden mußten, scheint uns heute das Sozialistengesetz harmlos gewesen zu sein. Seine Strafandrohungen waren wesentlich geringer, als diejenigen der heutigen Strafrechtsnormen, die die Bundesrepublik gegen Kommunisten anwendet" [8]), schrieb Abendroth zu einer Zeit, in der die KPD verboten und die DKP noch nicht gegründet war.

Zwar verbot das Sozialistengesetz Parteiaktivitäten aber es untersagte nicht, das offene Auftreten von Sozialdemokraten bei politischen Wahlen, es verhinderte keine sozialdemokratische Kandidaturen und damit auch nicht die Wahlagitation. Dadurch konnte sowohl zu Wahlzeiten für die Partei, die formal nicht existierte, (die Reichstagsabgeordneten wurden direkt ins Parlament gewählt, nicht über eine Liste) geworben, wie auch zwischen den Wahlterminen von allen Parlamentstribünen aus sozialistische Agitation betrieben werden.
Im Ausland gedruckte und illegal in Deutschland verbreitete Zeitungen (**Der Sozialdemokrat,** ab 1879), Parteitage in der Schweiz und Dänemark, die offene Verfolgung von Sozialdemokraten im Deutschen Reich auf der einen Seite, die weitere Industriealisierung (und damit Konzentration von Arbeitern an einem Ort) als bessere Agitationsmöglichkeit auf der anderen Seite: dies alles schufen Voraussetzungen dafür, daß die Partei nach Aufheben des Sozialistengesetzes (1890) wesentlich stärker und auch in sich gefestigter sowie ‚radikaler' – durch den heilsamen Schock der Illegalität – wieder in Erscheinung trat.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung – Übergang von der überwiegend agrarischen zur industriellen Produktionsweise, damit Herausbildung konzernartiger Betriebe, Aufsplitterung des alten Bürgertums in eine kapitalistischen Großbürgertum und Absinken des Kleinbürgertums ins Proletariat, Zusammenfassung der Arbeiter in großen Produktionsstätten [9]) – schuf die notwendigen Voraussetzungen dazu, daß die Sozialdemokratie von einer sehr kleinen Organisation zu einer Massenpartei wurde. Die letzten Wahlen unter dem

Sozialistengesetz ließen ihre Stimmen von 763000 (1887) auf 1427000 (Februar 1890) hochschnellen, fast eine Verdoppelung in drei Jahren. Dieser **„erstaunliche Aufstieg [. . .] ließ jede Wiederholungs- und Staatsstreichpläne des Kanzlers als Illusionen zerrinnen, die ihn in den letzten Wochen vor seinem Sturz bewegt haben. Auch dem Großbürgertum und den Junkern mußte es als zu riskant erscheinen, gegen eine derartige Volksbewegung gemäß Bismarcks unsinnigen Spekulationen künftig ohne Parlament und Verfassung zu regieren und das Reich auf eine Fürsten-Aristokratie zu reduzieren.“** [10])

Allerdings wirkte das Sozialistengesetz — und damit der Zwang zur Beschränkung offizieller politischer Arbeit auf die Parlamente — auch nach der Aufhebung der Ausnahmebestimmungen nachdrücklich auf die Sozialdemokratie ein: die Führung der Partei verlangerte sich in dieser Zeit noch stärker als früher auf die Reichstagsfraktion [11]), und bewirkte damit eine Einengung politischer Betätigung auf den parlamentarischen Sektor. **Es wurde immer mehr zu einer Selbstverständlichkeit, in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften die Möglichkeit politischer Betätigung zu sehen. Gerade dieser Entwicklungsstrang in der Geschichte der Sozialdemokratie wird weiterhin von entscheidender Bedeutung sein.** Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften — zumindest in den Spitzenfunktionen mit führenden Sozialdemokraten besetzt — sich nach Aufhebung der Sozialistengesetze mit dem Aufbau ihrer Organisation im gesamten Reich eine einheitliche Wirkungssphäre schaffen konnten und es für die Sozialdemokratie fast selbstverständlich wurde, die gesamte konkrete Betriebsarbeit an die neue „Unterorganisation“ abzugeben. Die Konsequenz dieser Politik darf nicht unterschätzt werden. Die notwendige Beschränkung der Gewerkschaften auf konkret erreichbare Reformarbeit bei gleichzeitiger Einflußsicherung innerhalb der sozialdemokratischen Parteispitze zeigte ihre Konsequenzen erst während der Revisionismus-Debatte und der „Massenstreikdebatte“ in aller Deutlichkeit. Doch dies später.

Das Erfurter Programm

Das in Erfurt 1891 verabschiedete Programm blieb bis 1921 bestehen. Es blieb somit offizielles Programm in einer entscheidenden Phase der Geschichte der Sozialdemokratie. In diese Zeit fielen die Revisionismusdebatte, die Massenstreikdebatte, die Kriegskreditbewilligung, die Abspaltung der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), die November-Revolution und die Stabilisierung der Weimarer Republik.

Das Programm ist — ähnlich wie das Gothaer — in einen grundsätzlichen und einen praktischen Teil (Fernziel und Gegenwartsforderungen) gegliedert. Der grundsätzliche Teil ist — anders als das Gothaer Programm — an Marxens „Kapital“ orientiert und umfaßt eine Analyse der bürgerlichen Gesellschaft sowie allgemeine Vorstellungen über eine Veränderung der Wirtschaftsorganisation. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft wird in ihren groben Umrissen geschildert: „naturnotwendiger“ Untergang der alten Mittelschichten, Trennung der Arbeiter von ihren Produktionsmitteln, Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, Zweiteilung der Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat, Unausweichlichkeit der Krisen, Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Der historische Überblick schließt mit einer Skizze der für unvermeidliche gehaltenen weiteren Entwicklung:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.
Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet.“ [12])

Die aus den allgemeinen Grundsätzen gefolgerten konkreten Forderungen hatten eine demokratische Republik zum Ziel, auch wenn dies nicht expressis verbis ausgesprochen wurde. Betrachtet man diese Forderungen, die diese „vaterlandslosen Gesellen“ 1891, nach den Sozialistengesetzen, aufstellten, wie etwa das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für Männer und Frauen, die „direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde“ [13]), Volksheer statt stehendes Heer, Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertreter, freie Meinungsäußerung, Abschaffung aller gegen Frauen diskriminierend wirkenden Gesetze, Weltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und stufenweise steigende Einkommen- und Vermögensteuer, so erkennt man, daß diese Forderungen — zum Teil aus der Französischen Revolution 1789 entnommen — noch nicht einmal in der heutigen Gesellschaft verwirklicht sind. Für die Arbeiter wurde konkret gefordert: Acht-Stunden-Arbeitstag (zuerst 1918 durchgesetzt), Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Nachtarbeit, Beseitigung der Gesindeordnung, Sicherstellung des Koalitionsrechts (also Freiheit, in Gewerkschaften einzutreten und auch gegebenenfalls zu streiken) sowie staatliche Arbeitsversicherung.

Die Verwirklichung dieser Forderungen hätten eine bürgerlich-demokratische Republik zum Resultat gehabt, nicht aber eine sozialistische Gesellschaft. Die Verfasser des Programms gingen jedoch davon aus, daß damit eine wichtige Etappe im Klassenkampf erreicht sei. „Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“ als alleinige und ausschließliche Forderung wäre nicht nur vollkommen abstrakt und aufgesetzt gewesen; man hätte damit auch kaum konkrete Agitationsarbeit leisten können. Eine solche Forderung allein hätte die Interessen der Arbeiter nicht hinreichend angesprochen, um sie für eine sozialistische Politik zu gewinnen. Gerade die Gleichzeitigkeit von allgemeiner Analyse der Entwicklungstendenz und konkrete Forderungen, die innerhalb des bestehenden Staates verwirklichbar waren, könnte — so verstanden es die Autoren —

Funktion und Sinn von Reformen innerhalb des monarischen Staates bestimmen und sie transparent machen. **Nicht Anpassung an veränderte Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft – wie man es heute in der Sozialdemokratie findet – sondern durch Reformen Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, um die Gesellschaft in ihrer wirtschaftlichen Grundlage zu verändern und eine, den Interessen der Arbeiter dienende sozialistische Gesellschaftsform aufzubauen, das sollte das Ziel sein.**
Das Verhältnis von Reform und Revolution, allgemeiner politischer Strategie und – auf die konkrete historische Situation abgestimmter – Taktik spricht aus diesen beiden Teilen, die nur als Einheit verstanden werden können.
Rosa Luxemburg, die diese dialektische Einheit stets zu verwirklichen versuchte, beschreibt sie folgendermaßen:

„In der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft diente die gesetzliche Reform zur allmählichen Erstarkung der aufstrebenden Klasse, bis sie sich reif genug fühlte, die politische Macht zu erobern und das ganze bestehende Rechtssystem umzuwerfen, um ein neues aufzubauen. [14])
Die gesetzliche Reform und die Revolution sind also nicht verschiedene Methoden des geschichtlichen Fortschritts, die man in dem Geschichtsbüffet nach Belieben wie heiße Würstchen oder kalte Würstchen auswählen kann, sondern verschiedene Momente in der Entwicklung der Klassengesellschaft, die einander ebenso bedingen und ergänzen, zugleich ausschließen, wie z. B. Südpol und Nordpol, wie Bourgeoisie und Proletariat.“ [15])

Durch die programmatischen Vorstellungen und konkreten Forderungen im Erfurter Programm konnte die Sozialdemokratie bei den Arbeitern an deren eigenen Interessen anknüpfen; dies hatte einen nicht zu unterschätzenden agitatorischen Wert.
Wollte man die Vorstellungen der Autoren und der sie tragenden politischen Kreise außer acht lassen, so konnte man das Spannungsverhältnis zwischen dem in den Grundsätzen sichtbaren geschlossenen Gesellschaftsbild und den stärker tagesbezogenen Forderungen im zweiten Teil des Programms gewiß zu einem Gegensatz aufbauschen und die tagespolitischen Forderungen gegen die allgemeinen Grundsätze ausspielen oder umgekehrt. Es dauerte nur wenige Jahre, bis einige Sozialdemokraten (unter ihnen viele Gewerkschaftler) diesen Versuch starteten. Für die Parteilinke blieb dagegen die Einheit des Erfurter Programms mit den in beiden Teilen ersichtlichen Forderungen weithin Grundlage des Handelns. Später sollte sich Rosa Luxemburg des öfteren auf das Erfurter Programm berufen wie auch die 1917 gegründete USPD ihre politische Aktivität ganz in seinem Sinne verstand.

Politisch-soziale Entwicklung 1890-1914

Die politisch-soziale Entwicklung Deutschlands vom Zeitpunkt der Verabschiedung des Erfurter Programms bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges war unter anderem geprägt durch die fortschreitende industrielle Entwicklung, verbunden mit der Herausbildung monopolartiger Industriegruppen; starke Ausweitung des gesamten Exports; Stärkung der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt; Verbesserung des Realeinkommens der Arbeiter (Senkung der Lebensmittelpreise durch billige amerikanische Importe); gewerkschaftliche Bemühungen um die vertragliche Festlegung von Löhnen und Arbeitsbedingungen für große Gruppen von Arbeitern (Anfänge des kollektiven Tarifvertrags).

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

jetzt vereinigt mit der
Akadem. Buchhandlung
H.-J. Stehlmann (AKABU)

Hochschulbuchhandlung
Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Telefon 7 65 48
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Beachten Sie unsere Sonderangebote!

A. SCHUCHMANN BAU-AG
SEIT 1905
HOCH-, TIEF- UND STRASSENBAU

A. SCHUCHMANN BAU-A.G.
Hauptsitz: Darmstadt
Artilleriestr. 12, Tel. (06151) 84007
Werke für: BIT. MISCHGUT, GUSSASPHALT
Niederlassungen in: HEILBRONN/Neckar
MICHELSTADT/Odw., FRANKFURT/Main

Restaurants
mit besonderer Note
Tanz im
Windsor Pub
very british
Darmstadt, Heidelbergerstr. 81c

Fisch-Spezialitäten
Restaurant
„HAMBURG“
Darmstadt, Landgraf Georg Str. 17
Warme Küche von 10.00-24.00 Uhr
Esse Fisch, denn der
Fisch wächst noch wild

Diese Entwicklung soll an einigen Zahlen verdeutlicht werden: So stieg die Steinkohlenproduktion in den 20 Jahren von 1892 bis 1913 etwa um das Dreifache (auf 190 Millionen Tonnen) und lag damit in Europa an zweiter Stelle hinter Großbritannien. Die Roheisenproduktion stieg um mehr als das Vierfache und überrundete England 1913 mit einer Gesamtproduktion von zirka 19 Millionen Tonnen. Die Rohstahlproduktion stieg in diesem Zeitraum um das Dreifache auf etwa 19 Millionen Tonnen und war größer als die gesamte übrige europäische Produktion zu dieser Zeit. Im Jahre 1913 stand Deutschland mit 12,6% des Welthandels an zweiter Stelle hinter Großbritannien (17,3%), vor den Vereinigten Staaten (10,9%) und weit vor Frankreich (7,5%). Dieser wirtschaftliche Boom, der Deutschlind in kürzester Zeit fast an die Spitze des Welthandels brachte (zwar war der deutsche Anteil am Welthandel noch kleiner als der Englands, doch waren die Zuwachsraten wesentlich höher) brachte die Gefahr eines neuen Krieges mit sich, da Deutschland jetzt mit Macht auch einen „Platz an der Sonne" (Wilhelm II) beanspruchte. England sah mit dieser so raschen Expansion der deutschen Wirtschaftsmacht seine eigene Position gefährdet und war verständlicherweise bei einer kommenden Auseinandersetzung auf der Seite der Feinde Deutschlands zu sehen. Es konnte sich nicht leisten, seine existenznotwendigen Export- und Handelsbedingungen durch die deutsche Expansion gefährden zu lassen.
Parallel zu dieser wirtschaftlichen Entwicklung vollzog sich in Deutschland ein sichtbarer parlamentarischer Aufstieg der Sozialdemokratie. Sie konnten ihre Stimmenzahlen fast kontinuierlich von Wahl zu Wahl erhöhen: 1893 erhielt sie 23,3% der abgegebenen, gültigen Stimmen, 1898 27,2%, 1903 31,7%, 1907 (Einbruch infolge der nationalistischen Propaganda, der sogenannten Hottentottenwahlen) 28,9%, 1912 34,8%. Damit war sie schon im Kaiserreich zur stärksten Partei im deutschen Reichstag geworden. Ebenso verzehnfachete sich der Bestand der Mitglieder der Gewerkschaften von 1892 bis 1912 auf 2,6 Millionen. Die Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei stieg in dieser Zeit von zirka 100 000 auf 1 085 905 (im Jahre 1913/14) an.

Wie ist dieser gewaltige Aufstieg der Arbeiterorganisation zu erklären? Welche Folgen hatte er für die Politik der Sozialdemokratie? Zweifelsohne war die Entwicklung der Wirtschaft (Zusammenfassung in großen Produktionsstätten, verschärfte Ausbeutung, rigide Arbeitskontrolle) die unerläßliche Voraussetzung dafür, daß den Arbeitern die Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, sinnlich vor Augen geführt wurde, um gegen die übermächtigen Kapitaleigner bestehen zu können. Doch damit nicht genug.
Dem Arbeiter war die deutsche Sozialdemokratie eine „neue Heimat" geworden, nachdem das Vaterland ihnen diese Zugehörigkeit verwehte.

„In der Arbeiterbewegung fand der deutsche Arbeiter einen vollgültigen Ersatz für den ihm im Kaiserreich verwehrten sozialen und politischen Statuts: nur das Zugehörigkeitsgefühl zur Arbeiterklasse und das Bekenntnis zum internationalen Sozialismus machte das eigene Schicksal erträglich; das stetige Anwachsen der Arbeiterbewegung bis zum Weltkrieg war daher kein Zeichen von Radikalisierung, sondern Ausdruck der allgemeinen Überzeugung: ‚wir Arbeiter gehören zur Sozialdemokratie'." [15a])

Nur so ist es auch zu erklären, daß die Arbeiter trotz entscheidender Wandlungen in der Politik der Sozialdemokratie „ihrer" Partei weiter die Treue hielten und sich gegen jede Spaltungsabsichten lange Zeit mit Entschiedenheit zur Wehr setzten.

Dieser Aspekt der Parteientwicklung deutet in eine neue Richtung. Nur so kann der starke Einfluß der Partei auf die Arbeiter erklärt werden: Nicht allein die politische Einsicht, sich organisieren zu müssen — da man nur gemeinsam stark sei — sondern auch die gefühlsmäßige Identität der deutschen Arbeiter mit der SPD, die sich auch bei einer politischen Kursänderung nicht oder erst später änderte, gibt einen Hinweis zum Verständnis der politischen Entwicklung der Arbeiterschaft vor dem Ersten Weltkrieg.

Der Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie zu einer Massen- und Mitgliederpartei brachte Probleme der bürokratischen Verwaltung mit sich. Im Bewußtsein der sozialdemokratischen Parteifunktionäre mußte die Partei zuallererst verwaltet und erhalten werden. Die Erhaltung der Organisation rückte immer mehr an die erste Stelle der Aktivitäten, politische Fragen wurden demgegenüber immer mehr zweitrangig.

„Nun war", so stellt Abendroth fest, **„der reale Träger der Integrationsideologie geboren, eine neue Sozialschicht, die aus der Bürokratie der Partei (einschließlich ihrer parlamentarischen Repräsentanten) und der Arbeiterverbände (vor allem der Gewerkschaften und Genossenschaften) bestand. Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können. Es war nur natürlich, daß dieser Schicht die Institution [. . .] wichtiger sein bzw. werden mußte, als der Sinn, den sie ursprünglich hatte, und daß sie andererseits die Macht zur Bestimmung des Rahmens der demokratischen Diskussion in der Organisation zu erwerben begann."** [16])
Diese zweifelhafte weil möglicherweise entpolitisierende Selbsterhaltungsbetrieb (abstrakte Erhaltung der Organisation als Wert an sich) machte sich in der bald einsetzenden „Revisionismusdebatte" bereits deutlich bemerkbar.

Engels: Einleitung der Klassenkämpfe in Frankreich

Da in den folgenden Jahren von führenden Vertretern des Revisionismus (siehe dazu ausführlich im nächsten Abschnitt) Friedrich Engels immer wieder als „Beweis" herangezogen wurde, ist es wichtig seine 1895 geschriebene Einleitung zu Marxens **Klassenkämpfe in Frankreich** genauer zu betrachten, da dies angeblich der Text ist, in dem Engels sein politisches Vermächtnis niederschrieb und der Sozialdemokratie neue politische Wege wies.
Engels analysierte 1895 die damaligen Bedingungen für eine Revolution in Deutschland und erklärt, daß die Barrikadenkämpfe von 1848 „veraltet" seien, da das Militär solche Gelegenheit nur dazu benutzen würde, große Teile der Arbeiterschaft zusammenzuschließen.

In der Zeit der steigenden Produktivität, der Wahlerfolge, des Aufbaus der sozialdemokratischen Massenpartei „[. . .] lieferte [das allgemeine Wahlrecht] uns ein Mittel, wie es kein

Zur Wohnungsfrage:

Nicht zuletzt aufgrund der Besetzungen der Oetinger Villa und des Hotels „Zur Traube“ im Jahre 1971 hat auch das Studentenwerk sich intensiver um die Anmietung von Wohnungen bemüht.

Vor allem wurde versucht, den immer häufiger artikulierten Bedürfnissen der Studenten nach Gruppenwohnungen Rechnung zu tragen. Das bisherige Angebot an Wohnungen reicht jedoch bei weitem nicht aus. Deshalb bittet das Studentenwerk alle Studenten, die auch ihrer Wohnung ausziehen oder eine andere Wohnung gefunden haben, die sie selbst aber nicht anmieten wollen, weil sie ihren räumlichen Vorstellungen nicht entspricht, sofort an das Studentenwerk weiterzugeben.

Nur wenn das Studentenwerk auch als Vermittlungsstelle zwischen den Studenten fungiert, können weitere Erfolge erzielt werden.

Telefon Nr. 16 27 10

STUDENTENWERK DARMSTADT
— Wohnraumverwaltung — (über der Mensa)
61 Darmstadt, Alexanderstraße 22

zweites gibt, um mit den Volksmassen da, wo sie noch ferne stehen, in Berührung zu kommen, alle Parteien zu zwingen, ihre Ansichten und Handlungen unseren Angriffen gegenüber vor allem Volk zu verteidigen; und dazu eröffnet es unseren Vertretern im Reichstag eine Tribüne, von der herab sie mit ganz anderer Autorität und Freiheit zu ihren Gegnern im Parlament wie zu den Massen draußen sprechen konnten als in der Presse und in Versammlungen. [. . .]
Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. [. . .] Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.“ [17])
„Die Ironie der Weltgeschichte stellt alles auf den Kopf. Wir, die ‚Revolutionäre‘, die ‚Umstürzler‘, wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand.“ [18])

Aus dieser konkreten Analyse der Situation in Deutschland am Ende des letzten Jahrhunderts zogen die Revisionisten den Schluß, daß immer nur auf parlamentarischem Wege eine Veränderung Schritt für Schritt zu vollziehen sei. Sie merkten nicht, daß diese Taktik nur die Aktualisierung allgemeiner Grundsätze auf **einen konkreten historischen Zeitpunkt** darstellte. Aber auch in dieser Abhandlung, deren bisher wiedergegebene Passagen „pro-parlamentarisch“ erscheinen, zeigt Engels, welchem Zweck die Wahlarbeit dient.

Hierzu jedoch noch eine Vorbemerkung. Die im folgenden Zitat in den spitzen Klammern „⟨. . .⟩“ wiedergegebene Passage hatte der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei in der Veröffentlichung im **Vorwärts** und in **Die Neue Zeit** ersatzlos gestrichen, ohne dies dem Leser kenntlich zu machen. Aus Furcht vor neuen Verfolgungen hiel er diese Stellen für zu radikal und fälschte damit Engels Arbeit. In einem Brief an Karl Kautsky — Herausgeber der Neuen Zeit — beklagt sich Engels über teilweisen Vorabdruck im Vorwärts, der ihn zum „friedfertigen Anbeter der Gesetzlichkeit quand même“ [19]) mache und bittet ihn, den gesamten Artikel abzudrucken (was nicht geschah). In einem weiteren Brief an Paul Lafargue schreibt Engels:

„Liebknecht hat mir gerade einen schönen Streich gespielt. Er hat meiner Einleitung zu den Artikeln von Marx über

UNBESCHWERT
FOTOGRAFIEREN

GOSSEN
BELICHTUNGS-PRAXIS

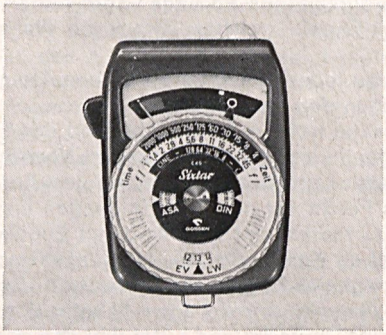
1 Objektmessung

Vom Kamerastandpunkt aus „sieht“ der Belichtungsmesser das vom Aufnahmeobjekt zurückgeworfene Licht. Seine Anzeige berücksichtigt also die Farben und Eigenhelligkeiten des Motivs bei der gerade herrschenden Beleuchtung. Angezeigt erhalten Sie einen Mittelwert aus den verschiedenen Detailhelligkeiten.

Ist Ihr Motiv sehr kontrastreich oder herrschen dunkle oder helle Flächen vor, empfehlen wir die Detailmessung*) für den bildwichtigsten Teil oder aber die Lichtmessung*).

*) Bitte beachten Sie die nächsten Anzeigen

SIXTAR



Der universelle Belichtungsmesser mit CdS-Fotowiderstand für alle Lichtverhältnisse. Genaues stufenloses Einstellen durch den Nachführzeiger. Zeiger-Arretierung. Bequemes Ablesen in zwei Meßbereichen. Für Licht- und Objektmessung.

Belichtungszeiten: 1/2000 Sek. bis 2 Stunden.
Blendenwerte: 1 bis 45.
Filmwerte: 9 bis 42 DIN, 6 bis 12500 ASA.
Lichtwerte: −6 bis +24.
Gangzahlen fürs Filmen: 8 bis 128 Bilder/Sek.

Frankreich 1848 bis 1850 alles das entnommen, was ihm dazu dienen konnte, die um jeden Preis friedliche und Gewaltanwendung verwerfende Taktik zu stützen, die es ihm seit einiger Zeit, besonders in diesem Augenblick zu predigen beliebt, wo man in Berlin Ausnahmegesetze vorbereitet. Diese Taktik aber predige ich nur für das heutige Deutschland, und dann auch noch mit erheblichen Vorbehalten.“ [20])

Doch nun zurück zu einigen der verfälschten Stellen. Da heißt es:

„Dieses Wachstum [der Anhängerschaft der Sozialdemokratie] ununterbrochen in Gang zu halten, bis es dem gegenwärtigen Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst. ⟨diesen sich täglich verschärfenden Gewalthaufen nicht in Vorhutkämpfen aufzureiben, sondern ihn in Takt zu erhalten, bis zum Tag der Entscheidung,⟩ das ist unsere Hauptaufgabe.“ [21])

Nur eine militärische Zerschlagung würde diese Entwicklung kurzfristig hemmen können. Aber selbst das würde die Sozialdemokratie überwinden. „Eine Partei, die nach Millionen zählt, aus der Welt schießen, dazu reichen alle Magazingewehre von Europa nach Amerika nicht hin. Aber die normale Entwicklung wäre gehemmt, ⟨der Gewalthaufen wäre vielleicht im kritischen Moment nicht verfügbar,⟩ der Entscheidungskampf würde verspätet, verlängert, und mit schweren Opfern verkünpft.“ [22])

Die starke Betonung der Wahlagitation war auf den Zweck gerichtet, eine bessere Vorbereitung für die (notwendig kommende) Revolution zu erreichen. Also nicht Beschränkung auf parlamentarische Arbeit als neue qualitative Einsicht (und damit Aufgabe der revolutionären Tradition), sondern aktuelles, politisch-taktisches Verhalten: so muß Engels „Einleitung“ bei unvoreingenommener Lektüre verstanden und interpretiert werden.

Der Revisionismus

Die parlamentarischen Wahlerfolge, das stetige Wachsen der Parteiorganisation und der gewerkschaftlichen Arbeit, Ausbau der Bildungsarbeit und Freizeitorganisation innerhalb der Partei, dieser Aufschwung in der Arbeit der Partei, die mit einer relativen wirtschaftlichen Stabilität und Verbesserung der Einkommens- und Lebensverhältnisse einherging (vergleichbar dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg zwischen 1950 und 1960), ließen den Gedanken auftauchen, daß zunehmende Erfolge auf diesen Gebieten den Sozialismus eines fernen Tages ohne Klassenkampf herbeiführen werde.

Parallel dazu muß die allgemeine internationale Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaften betrachtet werden: die Herausbildung des Imperialismus (Ablösen der freien Konkurrenz, Kapitalexport, Ausbeutung und Unterdrückung der kolonialen Länder), die eine nicht zu unterschätzende Ursache für den wirtschaftlichen Aufstieg in Deutschland war und überhaupt Gedanken des friedlichen Hineinwachsens in diese prosperierende Gesellschaft aufkommen ließ.
Der wichtigste Vertreter, der in solchen Vorstellungen enthaltenen Angriffe auf den Marxismus (Leugnen der Krise und der Notwendigkeit des Klassenkampfes) war **Eduard**

Bernstein. In seinen, zuerst in **Die Neue Zeit**, dann als Buch unter dem Titel **Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie** (1899) veröffentlichten Aufsätzen versuchte Bernstein, die praktische Arbeit der Sozialdemokratie von dem theoretischen Ballast einer Revolutionserwartung zu befreien, um damit faktisch liberal-sozialdemokratische Politik betreiben zu können.
Reformen und Veränderungen fungierten nicht länger als Vorbereitung (Wegbereiter) einer qualitativen gesellschaftlichen Veränderung sondern Reformen sollten Schritt für Schritt irgendwann einmal zum Sozialismus führen: in der Konsequenz bedeutete die Politik Bernsteins eine ausschließliche Beschränkung auf tagespolitisch-aktuelle Reformen zur Erlangung der bürgerlich-sozialen Republik ohne weitertreibende Forderungen und Vorstellungen.
Er hielt es für falsch, „daß die Sozialdemokratie ihre Taktik durch die Aussicht auf eine solche bevorstehende große soziale Katastrophe [Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft] bestimmen beziehungsweise von ihr abhängig machen soll." [23]) Bernstein fühlte sich veranlaßt, „auf die Punkte hinzuweisen, wo mir die Marx-Engelssche Doktrin hauptsächlich zu irren oder sich in Widersprüchen zu bewegen scheint." [24])
Bernstein bestritt die von Marx vorhergesagte Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Notwendigkeit von Wirtschaftskrisen und Marxens Wert- und Mehrwertlehre.

„Es war nur konsequent, daß mit der Aufgabe des Endziels Bernstein zugleich auch die zu seiner Erreichung notwendig revolutionäre Taktik preisgab. Im Gegensatz zur Marxschen Klassenkampflehre und seiner Auffassung, daß die Gewalt der Geburthelfer jeder werdenden Gesellschaft sei, betont Bernstein, die parlamentarische Tätigkeit als das Mitttel der Arbeiteremanzipation. Die Idee der Eroberung der politischen Macht durch revolutionäre Aktion sein im Marxismus ein Fremdkörper, ein Rest von Blanquismus, dem Engels gegen Ende seines Lebens den Abschied gegeben habe. [Anspielung auf Engels Einleitung]
Aus seiner Kritik zog Bernstein den Schluß, daß es falsch und verhängnisvoll sei, mit großen sozialen Katastrophen zu rechnen und die Taktik der Partei darauf einzustellen. Die Utopie von einer kommenden Revolution müsse aufgegeben werden. Die Entwicklung laufe hinaus auf eine Abstumpfung der Klassengegensätze und eine Demokratisierung der Gesellschaft. Diese Entwicklung gelte es zu fördern. Um Einfluß zu gewinnen, müsse die Sozialdemokratie den Mut finden, ‚das scheinen zu wollen, was sie heute [1891] in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei'." [25])

Zwar wurde dieser Versuch der Revision der Marxschen Gedanken auf den sozialdemokratischen Parteitagen am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts verworfen, aber die theoretische Erkenntnis blieb folgenlos für die praktische Politik. Ignaz Auer, Bebels rechter Flügelmann, schrieb in seinem Brief an Bernstein: *„Mein lieber Ede, das, was du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man."* [26]) Offensichtlich ließ der Bruch zwischen theoretischen Überlegungen und praktischen Forderungen im Erfurter Programm — bei einer bestimmten historischen Entwicklung der Gesellschaft und auch der Arbeiterbewegung — eine Lücke, in der solches „Tun" möglich werden konnte.

Carl Grünberg deutet einen weiteren wichtigen Ursprung des Revisionismus an: er sieht in ihm eine besondere Art des Reformismus, die unmittelbar in die Fragen der Parteibürokratie und der Gewerkschaftsbewegung anknüpft.

„Wohl der wirksamste Hebel zur Durchsetzung der antiradikalen Einstellungen war unzweifelhaft die erstarkende Gewerkschaftsbewegung. Den Führern der Gewerkschaften [. . .] war der Reformismus wie auf den Leib geschnitten. Für sie, die den Kleinkampf um eine ganz allmähliche und immer wieder von Rückschlägen bedrohte Aufbesserung der Lage der Arbeiter durchzuführen hatten, bedeutete aller Radikalismus eine Gefährdung ihrer eroberten Positionen, ihrer Organisationen und Gewerkschaftskassen. Sie waren daher bemüht, jede Verschärfung der Kampfmethoden im Keime zu ersticken." [27])

Die Ablehnung der Revision Bernsteins durch junge, radikale Sozialisten (vor allem Rosa Luxemburg) in Parteibeschlüssen und Aktivitäten änderte nichts an der von Grünberg geschilderten Praxis. In der bald einsetzenden „Massenstreikdebatte" erwies sich Auers Wort als weiterhin gültig. Man ließ die antirevisionistischen Resolutionen passieren, betrieb aber die praktisch-reformistische Politik ungehindert weiter.

Die gesamte Revisionismusdiskussion ist deshalb in einem breiteren Zusammenhang hier wiedergegeben worden, da hier eine der Wegkreuzungen war, an denen sich die Sozialdemokratie entschied, den „rechten" Weg zu gehen. Die Kenntnis dieser Vorgänge und Diskussionen ist nicht nur für die weitere Vorkriegssozialdemokratie von Wichtigkeit, sondern sie erweist sich als notwendig, will man die heutige Politik der Sozialdemokratie verstehen. Die heute vorhandene Praxis hat ihre historische gesellschaftspolitische Ursache in diesen Diskussionen. Das Verhalten der SPD um Brandt und Herbert Wehner ist sehr wohl eine konsequente Weiterentwicklung der in der damaligen Diskussion angelegten praktischen Politik.

Die „Massenstreikdebatte"

Die russische Revolution von 1905 sowie die Wahlerfolge der schwedischen und belgischen Sozialisten, die mit der Waffe des Massenstreiks das allgemeine Wahlrecht hatten durchsetzen können, auf der einen Seite, die Konsequenz aus der Ablehnung des Revisionismus auf der anderen Seite brachten die Frage des Massenstreiks als eines politischen Kampfinstruments ab 1905 stärker ins Bewußtsein der deutschen Sozialdemokratie. Diese Diskussion prägte nicht nur die folgenden Parteitage, sondern setzte sich auch in der theoretischen Zeitschrift der Sozialdemokratie **Die Neue Zeit** als eins der zentralen Themen durch. [28]) Wenn das Endziel Sozialismus — wie während der Diskussion gegen den Revisionismus behauptet — weiterhin die Richtschnur politischer Aktivität sein sollte, mußte auch der Weg der Machtergreifung mit in das Kalkül politischer Überlegungen aufgenommen werden. Hier ist der Ansatzpunkt dieser Debatte zu suchen und hier ist auch die entscheidende Variable zu finden, die erklärt, warum die Auseinandersetzungen um den politischen Massenstreik abgewürgt oder in einer Abstraktheit geführt wurden, die praxislosen Theoremen entsprach.

Schon während der Revisionismusdiskussion hatte sich gezeigt, daß die führenden Vertreter der Parteizentrale (Kautsky, Bebel) zwar eine Abwehr-Diskussion gegen jede Marx-Revision um der Parteieinheit willen führten, aus dieser Diskussion jedoch keine Konsequenzen zogen. Für sie hatte die theoretische Diskussion die Funktion eines „nützliche[n] Sicherheitsventil[s], das die politische Einheit der Partei nicht gefährden konnte." [29]) Sie versuchten einen Ausgleich zwischen dem sich artikulierenden rechten Flügel, den Revisionisten und reformierenden Gewerkschaftlern, und dem linken, radikalen Flügel um Luxemburg; letztere wollten die Grundsätze des Erfurter Programms gleichsam in die tagespolitischen Forderungen und in die aktuelle Gegenwartsarbeit einfließen lassen. Deutlicher bildete sich in der Massenstreik-Debatte das später so genannte „marxistische Zentrum" (Zentrismus) heraus. Vertreter dieser Richtung machten Anstrengungen, die reformistischen Gedanken der großen Gewerkschaften aufzunehmen (zum Beispiel durch geheime Verhandlungen, in denen festgelegt wurde, daß keine Aktionen, die gewerkschaftlichen Interessen berühren, gegen den Willen der Gewerkschaften durchgeführt werden sollten) und den politischen Massenstreik als zukünftige Kampfform auf diese Weise zu den Akten zu legen. Zugleich wurde die Kapitulation vor den mächtigen Gewerkschaften ideologisch verbrämt: der Massenstreik, wurde gesagt, dürfe nur in Zeiten der offenen Gefährdung oder eines offenen Angriffs der Bourgeoisie als **Abwehrwaffe** eingesetzt werden. Mit dieser Formulierung konnte man selbst Bernstein gewinnen, da nun die Aktivität zur Veränderung der Gesellschaft abhing nicht von eigener Anstrengung, sondern von der ‚objektiven Entwicklung der Gesellschaft', die zwangsläufig eines Tages den Sozialismus herbeiführen würde. **Trotz der formalen Einheit der Organisation war die Partei in Gefolge der Diskussion über den Revisionismus und der Massenstreikdebatte in drei Flügel zerfallen: den rechten, revisionistischen Flügel um Eduard Bernstein und Georg von Vollmar, das „marxistische Zentrum" um Bebel und Kautsky und den linken Flügel um Luxemburg, Zetkin und Mehring.**

Das gemeinsame Programm wurde von jedem Flügel auf seine Art ausgelegt. Der rechte Flügel hatte **„[. . .] zur abstrakten Gegensatzung von Reform und Revolution gefunden und die weithin von der bürgerlichen Wissenschaft vertretenen [. . .] Legende übernommen, der zweite, tagespolitische und also auf aktuell erkämpfbare Reformen gerichtete Teil des [Erfurter] Programms stünde im Widerspruch zur theoretischen Einleitung."** [30])
Man müsse, meinte er, die Theorie der reformistischen Praxis angleichen. Der linke Flügel dagegen forderte die Vertretung der Grundsätze der ersten Teils auch im täglichen Kampf um erreichbare Ziele und eine Unterordnung des Reformerischen unter das Revolutionäre — im ursprünglichen Sinne des Erfurter Programms. Das „marxistische Zentrum" koppelte seine stark reformistische Praxis mit einer (im Vergleich zu seiner Praxis) radikaleren Ideologie; vor allem galt seine Sorge der unbedingten Erhaltung der Einheit der Partei und Gewerkschaften. Dabei blieb ihm angesichts der realen Kräfteverhältnisse kaum etwas anderes übrig, als auf manche Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, die zu seinen theoretischen Äußerungen durchaus im Widerspruch standen.

Situation bei Ausbruch des ersten Weltkriegs

Die Entwicklung vom Einigungsparteitag in Gotha bis zum ersten Weltkrieg läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

In der ersten Etappe (von Gotha zu Erfurt) ist eine Veränderung in Richtung auf klarere Aussagen und konsequenteres marxistisches Denken zu beobachten, das nicht nur mit dem Abrücken von Lassalleschen Vorstellungen zu erklären ist. Die Sozialistengesetze hatten die Notwendigkeit einer geschlossenen Kaderbildung, des Zusammenhaltens und der Diskussion über die Grundlagen der eigenen Vorstellungen mit sich gebracht. Auch mag der Haß auf den Staat, der dieses Sozialistengesetz verabschiedet hatte, seinen Teil dazu beigetragen haben.

Mit den großen parlamentarischen Wahlerfolgen nach Aufhebung der unterdrückenden Gesetze wie auch mit der Entwicklung der Gewerkschaften und der Hierarchisierung und Bürokratisierung des Parteilebens stellte sich jedoch — zuerst in der Praxis — eine Beschränkung auf innerhalb dieser bürgerlich-monarchischen Gesellschaft verwirklichbaren Forderungen und Aktionen dar. Bernsteins Versuch einer grundsätzlichen Revision des Marxschen Denkens folgte. Zwar wurden Bernsteins Thesen in Parteitagsbeschlüssen wie in theoretischen Artikeln in **Die Neue Zeit** abgewiesen, wie auch der Massenstreik in der Theorie nicht ausgeschlossen wurde. Doch die Praxis zeigte, daß die Entwicklung zu einer Massenpartei nicht nur für die Organisation ihre Konsequenzen hatte, sondern auch für die leitenden theoretischen Vorstellungen der Veränderung der Gesellschaft. Der Einfluß des rechten Parteiflügels war in der konkreten Politik vorhanden; die Theorie wurde — mehr und mehr abgelöst von der praktischen Arbeit — von dem „Verwalter des Marxschen Erbes" Karl Kautsky (wie er in der SPD bezeichnet wurde) verkündet. Der Schritt von einer ihren programmatischen Haltung nach radikalen sozialistischen Partei zu einer bürgerlich-demokratischen Reformpartei wurde in der Praxis bereits im Ansatz gemacht. Zwar war das Endziel des Sozialismus programmatisch — auch bei den Revisionisten — noch deutlich an die Wand gemalt, (wenn auch in Ferne); aber man ging weder daran, das Verhältnis zwischen Reform und Revolution jeweils aktuell neu zu bestimmen, noch versuchte man überhaupt, die Bedingungen der Revolution konkret zu fassen. Engelssche Gedanken von der „Naturnotwendigkeit des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft" — und seine verkürzte Wiedergabe und Interpretation durch Karl Kautsky und andere — ließen jede individuelle, persönliche Aktivität des Kampfes für eine neue Gesellschaft sinnlos erscheinen: die „objektive historische Entwicklung" (Rolltreppentheorie der Geschichtsentwicklung) würde die „Unfähigkeit der bourgeoisen Regierung" schon offen an den Tag legen und somit der Sozialdemokratie die Regierungsgewalt ohnehin bald in die Hände legen. Das Verhältnis von allgemeiner Geschichtsentwicklung und individuellen Eingriffen wurde nicht genügend reflektiert, respektive in der Praxis sichtbar. Marxens These wonach der Mensch — trotz allgemeiner Bestimmung durch die geschichtliche Entwicklung — Vollstrecker der Geschichte sei, wurde von den Parteiführern, die den Kurs der Partei bestimmten, nicht in die Praxis umgesetzt.

Die zentrale Rolle der Partei im Leben der Arbeiter darf jedoch nicht unterschätzt werden. Diese enge Beziehung zwischen Partei und Arbeiter, die sich beispielsweise in Freizeitgestaltung (Sozialdemokratische Turnvereine, Volksbühne), Lektüre (Parteizeitungen, Bibliotheken). gemeinsame theoretische Arbeit (Parteischule, Vorträge in Gewerkschaftshäusern) zeigten, prägten das Bild des sozialdemokratischen Arbeiters im negativen wie im positiven. Ein Einbruch in neue Wählerstimmen konnte im Kaiserreich kaum erreicht werden: katholische Arbeiter, Landarbeiter und untere Mittelschichten hielten sich – dank entsprechender ideologischer Beeinflussung – von den „Sozis" fern, die selbstgewählte Abschließung, das heißt der Glaube, daß die Macht der herrschenden Klasse zusammenbrechen werde und dann die Stunde der Sozialdemokratie gekommen sei, verhinderte politische Aktivitäten. Dies mag ein weiterer Grund sein dafür, daß sich revisionistische Gedanken in der Partei breit machen konnten.

Diese widersprüchliche Entwicklung (intensive Schulung, Abkapselung vom Staat und revisionistische Tendenzen, innerhalb des bestehenden Staates einige Veränderungen durchzusetzen) läßt sich innerhalb eines kurzen Artikels nicht erfassen.

Die grundsätzliche Oppositionshaltung gegenüber dem bestehenden Klassenstaat, die sich beispielsweise in der Ablehnung des Staatshaushaltsplans manifestierte, wurde bereits in Süddeutschland durchbrochen. Zwar wurde diese Haltung der Süddeutschen kritisiert, aber die Kritik zeitigte keine Folgen. Vielleicht fühlte man bereits vor dem ersten Weltkrieg, daß mit der süddeutschen Budgetbewilligung eine Politik praktiziert wurde, die von der herrschenden Praxis der Gesamtpartei gar nicht so weit entfernt war.

Mit dieser Politik (bestenfalls radikale Theorie, auf jeden Fall reformistische Praxis) wurden nicht nur die Voraussetzungen geschaffen, die die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie während des ersten Weltkrieges und in der November-Revolution bestimmten, sondern auch der Grund gelegt für weitere Anpassung und Revision – bis in die Tage der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie.

Vom Beginn des ersten Weltkrieges bis zur Befreiung vom Faschismus (1914–1945)

Die Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg

Am 4. August 1914 – dem Tag des Einmarsches deutscher Truppen in Belgien – bewilligte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der kaiserlichen Regierung die Kriegskredite mit folgender Begründung:

„Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasion. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. [. . .] Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. [. . .]

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkel befleckt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen.

Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich." [31])

Mit diesem Schritt – am Vortage von der Fraktion mit 78 gegen 14 Stimmen gebilligt – und unter dem Zwang der Fraktionsdisziplin auch **einstimmig** im Reichstag vertreten – stellte sich die Sozialdemokratie offen auf die Seite des bestehenden, kapitalistischen, aggressiv-imperialistischen Deutschlands. Das war in gewisser Weise eine konsequente Weiterentwicklung der praktischen Politik der Sozialdemokratie, die sich bereits in den theoretischen Diskussionen um Revisionismus und Massenstreik angedeutet hatte. Die Spaltung der Partei, bisher in der theoretischen Diskussion trotz aller Unterschiede entscheiden verworfen, schien nun – von heute aus betrachtet – nur eine Frage der Zeit zu sein. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und bald auch Karl Liebknecht setzten sich in Wort und Tat eindeutig von dieser Politik ab, auch wenn sie selbst nicht aus der Partei austraten, gaben unter großen Schwierigkeiten eigene Presseorgane **(Die Internationale, Spartakusbriefe)** heraus und schlossen sich 1917 als eigenständige Organisation der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an. Die USPD wurde 1917 von den Kriegsgegnern in der SPD neu gegründet, die Dezember 1916 im Reichstag offen gegen die Bewilligung weiterer Kriegskredite gestimmt hatten und aus der Fraktion der SPD herausgedrängt worden waren. Das „marxistische Zentrum" (um Karl Kautsky) und einige pazifistische Revolutionisten (wie Bernstein) bildeten den Hauptkern der in Gotha gegründeten USPD. Die Mehrheit der Mitglieder blieb in der alten Sozialdemokratischen Partei (dewegen Mehrheitssozialdemokratie genannt) und scharte sich um Ebert, Scheidemann und David. Vom Kriegstaumel und Kriegshysterie emporgeschwemmt machten sich in der Mehrheitssozialdemokratie immer stärker nicht nur eine staatskonforme Ideologie, sondern auch expansiv-chauvinistische Tendenzen bemerkbar. Die Konsequenzen dieser Entwicklung auf die Parteiorganisation und ihr Verhältnis zu den Mitgliedern beschreibt Wolfgang Abendroth:

„Somit war die SPD zum ‚integrierten' Bestandteil des ‚pluralistischen' herrschenden Systems abgesunken. Deshalb

konnte sie in dieser neuen Rolle die Massen nicht mehr zu Selbstbewußtsein und politischem Denken führen. Sie konnte sich vielmehr nur noch reaktiv zu deren Stimmungswandel verhalten.“ [32])

Nach dieser freiwilligen „Neuorientierung“ – die Gewerkschaften hatten sich bereits am 3. August „zur Politik des ‚Burgfriedens‘, der Mitwirkung an der Kriegswirtschaft“ entschieden, „um Deutschlands Kampfkraft nicht zu behindern“ [33]) – befand sich die Sozialdemokratie zwar im Einklang mit dem nationalen Hochgefühl der meisten deutschen Arbeiter; aber auf der anderen Seite war das der vollständige Zusammenbruch ihrer jahrelangen Bemühungen (auch unter erzieherischem Aspekt) um die Herausbildung einer kritischen Arbeiterschaft.

Nun war die „nationale Ehre“ der Sozialdemokratie gerettet – Wilhelm II: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ –, aber das, was die Partei eigentlich ausgemacht hatte und weshalb die Arbeiter in Massen zu ihr gekommen waren und von ihrem kargen Lohn noch einen Teil in Mitgliederbeiträgen beisteuerten, mußten sie nun aufgeben. Sie war keine sozialistische Führerin der Arbeiterkasse mehr, da ein sozialistisches Endziel mit diesem offenen Eintritt ins Lager der Imperialisten – auch wenn dieser Schritt im Bewußtsein der Arbeiter nicht entsprechend registriert wurde – nicht mehr gegeben sein konnte. Bei früheren Diskussionen hatte sie verstanden, mit „radikalen“ Resolutionen immer noch ein sozialistisches Endziel vorzugeben. Das war jetzt nicht mehr möglich, da man – nicht einmal in abstrakten, theoretischen Äußerungen – den Krieg in eine revolutionäre Erhebung umzuwandeln vorgab.

Die weitere Zustimmung zu den Kriegskrediten, die Loslösung erst einzelner Abgeordneter (Liebknecht), dann ganzer Gruppen (Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, dann sogar die Schaffung einer neuen Partei „links von der SPD“ im April 1917 (USPD): das alles blieb für die Mehrheitssozialdemokratie nicht folgenlos.

Der Hungerwinter 1916/17; das weite Umsichgreifen der Einsicht, daß statt des versprochenen Blitzsieges ein mörderischer Stellungskrieg mit Millionen von Toten das militärische Geschehen prägte; das Auftreten einer konkurrierenden sozialdemokratischen Partei, die den Kriegsterror offen brandmarkte: diese Entwicklungskette blieb nicht ohne Konsequenzen für die Mehrheitssozialdemokratie. Wollte sie noch weiterhin als „Arbeiterpartei“ Politik betreiben und Anhänger behalten, so mußte sie – wenn auch unwillig – dieser „Anti-Kriegs-Stimmung“ Rechnung tragen.

Trotz Zustimmung zum unbeschränkten U-Boot-Krieg im Januar 1917 unterstützte sie schon im Juli desselben Jahres im Reichstag, im Verein mit dem Zentrum und der Fortschrittlichen Partei die Friedensresolution, die klar und deutlich (und das zum erstenmal) für einen Frieden ohne jegliche Annexionen eintrat. Damit war auch offiziell und faktisch das Lassallesche Theorem der „einen reaktionären Masse“ (Gotha) außer Kraft – allerdings der Marxschen Kritik genau entgegengesetzt – und die Voraussetzungen für die erste Regierungskoalition in der Weimarer Republik zwischen „Arbeiter und breiter Mittelschicht gegen den preußischen Adel und gegen die Großindustrie“ [34]) geschaffen. Und beim großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 traten Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten sogar in die Streikleitung ein – wenn auch möglicherweise mit der Absicht, den Streik schnell zu beenden (Welche Rolle spielte eigentlich die SPD in den Septemberstreiks 1969 ???) Jedenfalls lag ihnen daran, nicht um der offiziellen Reichspolitik wegen jede Verbindung zur Arbeitermasse zu verlieren.
Der Sozialdemokratie kann man im ersten Weltkrieg – im Gegensatz sowohl zu ihrer früheren Politik wie auch zur Politik der USPD – nur Programmlosigkeit und reaktives Verhalten bescheinigen. Sogar in der Zeit, in der die sozialistische Revolution international bereits auf der Tagesordnung stand und in Rußland 1917 durchgeführt wurde, waren weder Forderungen in Richtung auf eine Revolutionierung noch nach einer demokratischen und sozialen Republik für die Führer der Mehrheitssozialdemokratie aktuell. Demokratisierungsforderungen – zum Beispiel Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen – konnten sich nur dank der stärker einsetzenden Massenbewegung für Frieden und Demokratie durchsetzen; obschon genuin in sozialdemokratische Forderungen seit Jahrzehnten – und aus dem Gedankengut der französischen Revolution übernommen – wurden sie von der Mehrheitsdemokratie kaum unterstützt; man beschäftigte sich mit Problemen der Lebensmittelnöten, des Produktionsausfalls und mit Lohnfragen.

Die November-Revolution

Die Polilitik der Sozialdemokratie vom November 1918 (Abdankung des Kaisers) bis Februar 1919 (Zusammentritt der National-Versammlung), die sie zuerst mit der USPD zusammen, dann ab Ende Dezember 1918 allein zu verantworten hatte, ist ein für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Reformpartei entscheidendes Kapitel der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. An die Macht gekommen in Folge des vollständigen Zusammenbruchs der militärischen Formationen an allen Frontabschnitten emporgehoben duch eine machtvolle, spontane, nicht-organisierte Bewegung der Arbeiter und Soldaten in allen Teilen Deutschlands, notfalls gestützt auf die „naturhafte“ Übernahme der lokalen Macht durch die demokratischen Selbstbestimmungsorganisationen – die Arbeiter- und Soldatenräte – wußten die sozialdemokratischen Führer nicht, was sie mit der ihnen in die Hände gelegten Staatsgewalt anfangen sollten (auch die USPD hatte sich erstaunlicherweise auf diese Situation nicht vorbereitet; sie konnte sich jedoch schneller darauf einrichten). Diese Situation war wie geschaffen für eine Partei mit den Endzielvorstellungen des Erfurter Programms, das noch in Kraft war. Im November 1918 war der Zusammenbruch des alten Systems offensichtlich (und wahrhaftig auch ohne Zutun der Sozialdemokratie!!), ebenso die Bereitschaft der Arbeiterklasse, neue Wege zu gehen. Die Möglichkeit wurde nicht genutzt! Die SPD hatte politisch nur eine Sorge: so schnell wie möglich eine verfassunggebende Nationalversammlung einzuberufen und bis dahin **jeden** Versuch eines Neubaues des Staatsbildes abzuwehren und zu verhindern. Sie ging davon aus – ähnlich wie 1945, wenn auch 1918/19 mit größerer Realisationschance – daß ihr auf parlamentarischem Wege die Macht rechtens zufallen würde und man dann die demo-

kratische Republik sozial ausgestalten könne. Versuche in Richtung Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse **vor** den Wahlen gab es sowohl von seiten der USPD (Sozialisierung der Grundstoffindustrie, massenhafte Aufklärung der Soldaten, Forderung der sozialen Demokratie, Verhinderung **sofortiger** Wahlen zur Nationalversammlung), als auch von seiten des Spartakusbundes, dessen Mitglieder bis Ende Dezember noch in der USPD organisiert waren, und sich dann als KPD(S) — Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) — selbständig machten, um eine konsequent revolutionäre Politik führen zu können (Übernahme der Regierung durch Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte, Forderung der Sozialistischen Demokratie) [35])

Die sozialdemokratischen Führer suchten stattdessen den Kontakt mit den Repräsentanten des geschlagenen Heeres, um ihre Machtstellung gegen „linke" Aktivitäten abzusichern und das Staatsschiff ruhig und sicher zu den Wahlen zur Nationalversammlung steuern zu können. Republikanischer Glaube war in den Köpfen der Mehrheitsdemokratie-Führer so tief eingedrungen, daß jede Infragestellung dieser Politik mit **allen** Mitteln verhindert werden mußte. Die Sozialdemokratie gab mit dieser politischen Entscheidung der im Felde geschlagenen Obersten Heeresleitung (mit und unter General Groener) die Möglichkeit, sich mit Freiwilligen-Korps (deren Werbeanzeigen auch im sozialdemokratischen **Vorwärts** mehrfach zu finden waren) in einem bürgerkriegsähnlichen Feldzum von Bremen, Braunschweig über das Ruhrgebiet, von Hanau bis München in militärischen Aktionen nur zu bewähren, sich also trotz der Niederlage wieder als eigenständiger Machtfaktor in der Weimarer Republik zu konstituieren. Die militärische Niederschlagung selbständiger lokaler Räte (die in der überwiegenden Mehrzahl so lange hatten für Ruhe und Ordnung sorgen können, wie das Militär in blutigen Kämpfen die Friedhofsruhe herstellten) wurde in Form einer konzertierten Aktion getragen und unterstützt vom sozialdemokratischen Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert, dem die Aussage zugeschrieben wurde: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde."

Das hemmungslose Wüten der Freikorps fand in der brutalen Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einen Höhepunkt und in der blutigen Niederschlagung der bayrischen Räterepublik, wie auch in der Niederschlagung der Aufstände im Ruhrgebiet 1919/1920 seinen ruhmlosen Abschluß.

Die KPD — ihrer bedeutenden Führer beraubt — wurde insgesamt wegen des Fehlens einem Massenanhangs zu einer einflußlosen Organisation (wenn auch in einigen lokalen Gebieten trotzdem von Einfluß), bis die Vereinigung der KPD mit der USPD (Linke) im Dezember 1920 sie zu einer Massenpartei werden ließ. Die USPD konnte zwar im Gegensatz zu

den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, bei denen sie lediglich 7,6% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, im Juni 1920 18,0% erreichen, während die SPD von 37,9% im Januar 1919 auf 21,6% im Juni 1920 absackte. Die Abwanderung des linken USPD-Flügels zur KPD im Oktober 1920 schwächte die USPD sehr erheblich; was von ihr übrig geblieben war, vereinigte sich mit der Mehrheitssozialdemokratie im Jahre 1922.

Vieles wäre sicherlich in den Zeiten des Umschwungs vom November 1918 bis Mitte 1919 möglich gewesen, wenn die SPD — getreu ihrem eigenen Erfurter Programm — ihre Grundsätze aktuell zu machen gewußt und in die Praxis umgesetzt hätte. Dazu hatte sie die Macht und gemeinsam mit der USPD hätte sie zweifelsohne entscheidendes tun können. Indes war nach der Niederschlagung der Novemberrevolution deutlich geworden, daß diese Partei der Arbeiterklasse, vertreten durch Parteifunktionäre, die sozialistischen Grundsätze, unter denen sie angetreten war, nicht mehr befolgte. Sie wurde immer mehr zu einer sozialen Reformpartei, die sich mit allen dem Staatsapparat zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegen eine ansatzweise revolutionäre Arbeiterschaft zur Wehr setzte und den Tod von Tausenden von Arbeitern nicht scheute, um das äußerlich demokratische Gebäude einer bürgerlichen Gesellschaft zu stabilisieren. Zwar gibt es genügend Hinweise auch bei Marx, daß die Republik die günstigste Voraussetzung für eine sozialistische Politik sei und selbst eine abstrakte Republiktreue ist in Zeiten der Gefährudung der Republik durch reaktionäre Bestrebungen zu billigen. Doch in Situationen wie der Novemberrevolution dabei stehen zu bleiben und mit Gewalt und Terror ein Weitergehen zu verhindern, zeigt, daß das Verhältnis von Endziel und Tagesforderungen nicht mehr im Sinne Erfurts verstanden und angewandt wurde.

Allgemeine Entwicklung in der Weimarer Republik

Entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung waren:

1. **hohe Reparationszahlungen:** gemäß dem Versailler Vertrag nach dem verlorenen Krieg

2. **Inflation 1922/23:** damit Begünstigung der Sachwertbesitzer, die billig Schulden abtragen, neue Produktionsanlagen aufbauen und Konkurrenten auf dem Markt ausschalten konnten; also Zunahme der Konzentration.

3. **relative Stabilisierung in den Jahren 1924-1928.**

4. **Weltwirtschaftskrise 1929-1932:** Überproduktionskrise, durch die Schwerindustrie ausgelöst; drastischer Rückgang der Produktion ohne Preissenkung (Kartelle); Arbeitslosigkeit von vielen Millionen; Aufstieg des Faschismus.

Für die soziale Entwicklung war während der gesamten Zeit der Weimarer Republik eine relativ hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnend: im Winter 1923/24 über 1 Million, Anfang 1926 über 2 Millionen, Mitte 1929 über 1 Million und 1932/33 mehr als 6 Millionen. Dabei muß man berücksichtigen, daß in der Weltwirtschaftskrise zusätzlich noch etwa 3 Millionen Kurzarbeit verrichten mußten, so daß zusammen mehr als zwei Drittel aller Arbeiter und Angestellten keine volle Beschäftigung fanden.

Gegenüber dem wilhelminischen Deutschland brachte die bürgerliche Weimarer Republik für die Arbeiter (seit 1918) das gleiche Wahlrecht (also Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und Wahlberechtigung der Frauen), gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden (1923 während der Inflation wieder druchbrochen), Arbeitslosenversicherung (die bis dahin nur über die Gewerkschaften für ihre Mitglieder organisiert war), Arbeitergerichtsbarkeit sowie Unabdingbarkeit des Tarifvertrags und Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeit kollektiver Arbeitsverträge. Auch das Betriebsrätegesetz (das im sprachlichen Ausdruck, jedoch nicht inhaltlich an die Rätebewegung in der November-Revolution anknüpfte) verschaffte Arbeitervertretern die Möglichkeit gewisser (wenn auch beschränkter) Mitspracherechte. Durch die ungenügende Absicherung der Betriebsräte (trotz Kündigungsschutz) und das allgemeine staatskonforme Verhalten der Gewerkschaft konnte nicht einmal hieraus eine wirksame politische Kontrolle der Kapitalgesellschaften entstehen, ganz zu schweigen von den privaten Gesellschaften, die nicht in das Gesetz aufgenommen worden waren. Sozialisierungsforderungen, die verschiedentlich in und nach der Novemberrevolution laut wurden, setzten sich nicht durch. Staatsbetriebe (in denen Form und Inhalt der Arbeit sich von parallelen privatkapitalistischen Betrieben nicht unterschieden) können nicht als sozialisierte Betriebe gelten.

Zwar war 1918 kein Kaiser mehr an der Spitze des Deutschen Reichs, aber dieser äußerliche Wechsel besagte nichts über Einfluß und Macht sozialer Gruppen in der Weimarer Republik: **„Die Machtpositionen der parlamentarischen Demokratie wurden von Anfang an von antidemokratischen, autoritären Kräften mitbesetzt und schließlich allein beherrscht; diese Kräfte verstanden die parlamentarische Demokratie als ein bürokratisch-funktionierendes, plebiszitär-manipuliertes, konstitutionell-autoritäres System der staatlichen Ordnung, und sie benutzten die demokratische Apparatur zur Verfälschung der ursprünglichen sozialen und demokratischen Intention bei der Gründung der Republik.“** [38])

Die Sozialdemokratie 1919-1921

Die Sozialdemokratie (bis Juni 1920 in der Reichsregierung und in Preußen fast während der gesamten Weimarer Republik in der Landesregierung) blieb ihrer sozial-liberaldemokratischen Politik treu: beim offen reaktionär-mornarchischem Kapp-Lüttwitz-Putsch trat sie zwar im Verein mit den Gewerkschaften (und bald auch der KPD) für den Generalstreik ein, den sie nach ein paar Tagen abbrach; sie war jedoch nicht bereit, den Generalstreik — diese machtvolle Waffe der Arbeiterklasse — weiter zu benutzen und die politische Macht zu übernehmen, um Voraussetzungen für die Wiederholung reaktionärer Angriffe — in welcher Erscheinungsform auch immer — ein für allemal zu beseitigen und die politisch-wirtschaftlichen Kreise, die diese reaktionären Putschisten unterstützt hatten (Vertreter der Großindustrie: Ernst von Borsig, Stinnes, und große Teile der Reichswehr) zu entvmachten. Nach Beseitigung dieses offenen Versuches, die Republik zu beseitigen, begnügte sich die Sozialdemokratie damit, den vorherigen Zustand wiederherzustellen.
„Diese Zurückhaltung in der Ausnutzung des eigenen Machtgewichtes hing mit der schon 1918/19 offenkundig gewordenen

An die Soldaten!

Kameraden und Brüder! Die in der Nacht vom 8. auf 9. November versammelten unterzeichneten Soldaten sämtlicher Frankfurter Truppenteile haben einen provisorischen Ausschuß gebildet, um am 9. 11. durch allgemeine Soldatenwahl einen Zentralausschuß mit alleiniger ausübender Gewalt zu wählen. Die Mitglieder des provisorischen Ausschusses veranlassen am 9. 11. bis spätestens 8 Uhr vormittags die Wahl von 2 bis 3 Vertretern jeder Kompanie, Batterie usw. zum Frankfurter Soldatenrat.

Die gewählten Vertreter finden sich nach der Wahl im „Frankfurter Hof" zu weiteren Besprechungen zusammen. Die Richtlinien des provisorischen Ausschusses sind:

1. Errichtung der sozialen deutschen Republik.
2. Freiheit und soziale Gleichstellung sämtlicher Staatsangehörigen.
3. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

   Außerdem folgende Veränderungen der soldatischen Dienstvorschriften:

   a) Freiheit und Aufhebung des Dienstzwanges nach dem Dienst,
   b) Bessere Regelung der Verpflegungsfrage.
   c) Erleichterung und Vereinfachung der Beurlaubungen und Entlassungen.
4. Der Soldatenrat übernimmt die Kontrolle über die gesamte militärische Gewalt.
5. Er sorgt für Ruhe und Ordnung. Plündern und Straßenraub wird strengstens bestraft, unter Umständen mit dem Tode.
6. Offiziere und Militärbeamte verbleiben im Dienst, sofern sie sich den Anordnungen des Soldatenrats fügen.
7. Der Soldatenrat erklärt sich solidarisch mit dem durch Beschluß in der Nacht vom 8. zum 9. ds. begründeten Arbeiterrat und teilt sich mit ihm in die verordnende und vollziehende Gewalt.

Für den Frankfurter Soldatenrat:

Inf.-Regt. 81	Landw.-Inf.-Regt. 81	Feldart.-Regt. 63
Reinhardt.	Schmidt.	Degen.

Flak-Ersatz-Abtlg.	Bekleid.-Instandsetz.-Amt
Moser.	Stichsel.

Scheidemann, Ebert:
„Wir hassen die Revolution wie die Sünde!"

(und sich nach 1930 verhängnisvoll bestätigenden) Abneigung der sozialdemokratischen Führer gegen außerparlamentarische Aktionen und mit ihrem Unvermögen zusammen, revolutionären Stimmungen unter den Arbeitern und auch in weiten Kreisen des Mittelstandes in politisches Handeln umzumünzen. Möglichkeiten einer aktiven Kampfpolitik gab es während der Weimarer Republik mehrmals; sie blieben alle ungenutzt." [37])

Das Görlitzer Programm

Im September 1921, also vor der Wiedervereinigung mit der Rest-USPD, gab sich die Mehrheitspartei – dreißig Jahre nach Erfurt – ein neues Programm, auch wenn es nur vier Jahre Gültigkeit haben sollte. Jetzt war die Sozialdemokratie in der Opposition, nachdem es in den beiden Jahren zuvor die Wiederaufrichtung einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entschieden mitgeprägt hatte: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen", das schien die Geschichte der Sozialdemokratie im revolutionären und nachrevolutionären Deutschland zu zeigen. Das Görlitzer Programm beginnt mit dem Satz: „Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land." [38])

Statt einer Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Situation, wie sie im Erfurter Programm unternommen wurde, lieferte es, wie Abendroth sagt, „ein elektrisches Konglomerat aus alten revisionistischen Theoremen und der Anpassung an die neue Lage." [39]) Das mag an einigen Beispielen verdeutlicht werden. Die politische Veränderung nach 1918 wird in diesem Programm wie folgt beschrieben:

„Politische Umwälzungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle, opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner. Mächtiger denn je erhebt sich der Wille, das kapitalistische System zu überwinden [. . .]. Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das Letzte [! ! !] einzusetzen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform, jeden Angriff auf sie als ein Attentat auf die Lebensrechte des Volkes. [. . .] Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillen über die Wirtschaft, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischen Gemeinsinns." [40])

Begriffe wie „errungene Freiheit" und insbesondere der „freie Volksstaat" zeugen von dem Fehlen sowohl aktueller Analyse – was für eine Freiheit war tatsächlich 1921 errungen? – noch von der Kenntnis sozialistischer Staatstheorie. Karl Marx hatte bereits in seiner Kritik des Gothaer Programms – hier tauchte der Begriff des „freien" Staates auf – scharfsinnig darauf hingewiesen, daß durch solche Formulierungen dem Staat eine eigenständige Grundlage gegeben wird, die nicht aus den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen abgeleitet werden könne.

Doch zurück zum Görlitzer Programm. Das Fehlen analytischer Begriffe und die Unklarheit politischer Forderungen ergab notwendigerweise eine reformistische Beschränkung auf dem sozialen Sektor. Helga Grebing kommt zu folgendem Schluß: **„Nachdem die SPD auf eine Politik struktureller Veränderung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verzichtet hatte, blieb das Gebiet ihrer traditionell bestimmten, eindrucksvollen Erfolge auch in der Weimarer Republik die Sozialpolitik, für die sie unverdrossen einen zähen parlamentarischen Kampf führte."** [41])

Das Heidelberger Programm

Eine gewisse Wandlung bahnte sich Mitte der zwanziger Jahre an. Die SPD hatte sich 1922 mit der „Rest-USPD" vereinigt, ebenso mit der KAG (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft) um Paul Levi (1919-1921 Vorsitzender der KPD(S), dann wegen einer Kritik an der putschistisch-anarchistischen Taktik während der „Märzaktion" in Mitteldeutschland aus der Partei ausgeschlossen). Nach dem Inflationsschrecken von 1923 hatte sich das kapitalistische Wirtschaftssystem in ganz Deutschland stabilisiert. In der wiedervereinigten Partei wuchs die Erkenntnis, daß man als programm- und ziellose Partei nur Steigbügelhalter für die herrschenden Kräfte der Republik in Wirtschaft, Armee und Bürokratie gewesen sei. Eine stärkere Rückbesinnung auf das Erfurter Programm machte sich bemerkbar.

„Unsere Aufgaben sind ohne harte Arbeit nicht zu erfüllen.“ (Brandt)

Die Ideologie der ‚neuen Lebensqualität‘, die beileibe nicht so brandt-neu ist, wie man uns weismachen will, kommt in der sozialdemokratischen Ideologie und Politik offenbar immer mehr Bedeutung zu.

„Die Qualität des Lebens . . . ist zu einem zentralen Begriff unserer politischen Arbeit geworden, „verkündete Kanzler Brandt in der Regierungserklärung. Er muß es wissen, und man darf annehmen, daß das Konzept der ‚Lebensqualität‘ in der Zukunft noch einige erweiterte und verbesserte Auflagen erleben wird. Schon von daher hat der Versuch einer materialistischen Analyse dieses Komplexes seine Berechtigung. Überdies scheint gerade hier der präventiv-strategische Charakter der SPD-Politik deutlich auf. Nicht zufällig erntete Brandt demonstrativen Beifall und Bravo-Rufe von seiten der CDU, als er erklärte: „Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig.“ Und nicht zufällig sind es gerade die längst zu einem Ordnungs- und Disziplinierungsfaktor gewordenen Gewerkschaften, die sich mit der Lebensqualität schon seit Jahren befassen.

Die mehr ideologiegeschichtlichen Aspekte des Problems behandelt unter anderem auch der nachstehende Artikel „Verbesserung der Qualität des Lebens. . .“ (S. 34); der hier vorliegende Beitrag versucht, die Rolle der Lebensqualitäts-Ideologie innerhalb der politischen Ökonomie der bürgerlichen Gesellschaft zu thematisieren.

Daß hier keine geschlossene und erschöpfende Analyse geliefert werden kann, liegt auf der Hand; auch kann der Beitrag nicht beanspruchen, eine endgültige und einheitliche Haltung der dsz-Redaktion zu diesem Thema wiederzugeben. Wenn die Darstellungsweise ökonomischer Zusammenhänge oftmals einen verkürzten oder allzu abstrakten Charakter trägt, so erklärt sich das nicht zuletzt aus dem Bemühen, auf beschränktem Raum die wesentlichsten Aspekte des Problems darzustellen. Dennoch oder gerade deshalb liegt der Artikel, was den Grad der Abstraktion betrifft, sowie die Kenntnis von Kategorien, die zu seiner Lektüre erforderlich ist, über dem Durchschnitt der dsz-Beiträge. Es scheint uns allerdings nötig, noch einmal zu einem entscheidenden Aspekt kurz Stellung zu nehmen: zur Rolle des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Wenn in dem Aufsatz an einer Stelle gesagt wird, die Stellung des bürgerlichen Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß sei verändert, so kann das nicht heißen, daß die Funktion des Staates im Reproduktionsprozeß tatsächlich in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus eine q u a l i t a t i v n e u e und andere ist. Wohl haben sich die Funktionen, die der Staat für die Erhaltung des Kapitalismus wahrnimmt, quantitativ ausgeweitet und sich nach Form und Inhalt verändert, allein auch in langfristigen Planungs- und Globalsteuerungskonzepten bewahrt der bürgerliche Staat seinen wesentlichen Charakter als organisierter Ausdruck des Durchschnittsinteresses des Kapitals und damit seiner gesellschaftlichen Existenz. Auch der entfaltete kapitalistische Staatsapparat fungiert als besondere Einrichtung des Kapitals, die seinen Grenzen als Kapital nicht unterworfen ist, das heißt, deren Handeln nicht von dem Zwang zur Mehrwertproduktion bestimmt ist. Er stellt also i n d i e s e m S i n n e eine besondere Einrichtung „neben und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft“ dar, die auf der unangetasteten Grundlage des Kapitals den immanenten Notwendigkeiten nachkommt, die das Kapital vernachlässigt. „Der Staat kann also weder als bloßes politisches Instrument noch als vom Kapital abgehobene Institution begriffen werden, sondern nur als besondere Form der Durchsetzung der gesellschaftlichen Existenz des Kapitals neben und außer der Konkurrenz, als wesentliches Moment im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals.“ (E. Altvater) Die adäquate Form des Staates ist also gerade seine gegenüber den Einzelkapitalen b e s o n d e r e E x i s t e n z, seine Aufgabe die Schaffung allgemeiner Produktionsbedingungen, die, weil als Anlagesphären nicht profitabel ‚von den Einzelkapitalen (und seien sie noch so groß) nicht geschaffen werden können. Damit erscheint die These vom Staat als direktem „Instrument der Monopole“ fragwürdig, ebenso die Behauptung, Staat und Monopole seien zu einem einheitlichen Mechanismus verschmolzen, der unter der Federführung der Monopolbourgeoisie agiere.

Diese Annahmen sind es jedoch, die im Kontext der Theorien des „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“, wie sie beispielsweise (in verdünnter Form) der MSB-Spartakus vertritt, zu der These von der ‚qualitativ neuen Rolle des Staates‘ geführt haben und die gar zur Rechtfertigung des „Sta.Mo.Kap.“ als neuer historischer Phase in der kapitalistischen Entwicklung herhalten sollen. Wenngleich man zumindest auf der Erscheinungsebene eine Verschränkung von Staat und Kapital konstatieren kann, so steht doch die Analyse des durchaus nicht widerspruchsfreien Funktionierens dieses Mechanismus noch aus.

Die Regierungserklärung des „Kanzlers der inneren Reformen“ verheißt der Bevölkerung eine höhere Lebensqualität, verlangt aber mehr Leistung, mehr Opfer usw. für Gemeinschaftsaufgaben. Arbeiten die Lohnabhängigen, speziell die Arbeiter, nicht genug, enthält ihr Lebensstandard noch einen Spielraum für Opfer? Was soll die Formel von der Lebensqualität, mit der höhere Steurn gerechtfertigt werden? Warum kommt sie jetzt in die Diskussion, obwohl entsprechende Probleme ja nicht erst seit einigen Jahren bestehen? Die Lage der arbeitenden Klassen seit dem Frühkapitalismus liefert dazu genug Unterlagen.

In diesem Heft wird an anderer Stelle die Entstehungsgeschichte und Funktion des Begriffs Lebensqualität aufgezeigt. Der Weg von den USA über die NATO nach Westeuropa ist bezeichnend für seine Aufgabe. Und die SPD spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Lebensqualität als Gegenstand der politökonomischen Theorie und Praxis ist primär ein Ergebnis des sich verschärfenden Klassenkampfes, nicht nur auf nationaler sondern

auch auf internationaler Eebene. Durch sie wird die ältere Umweltschutzdiskussion in einen größeren Rahmen gestellt.

Hinter der Formel Lebensqualität verbirgt sich eine Präventivstrategie des Kapitals, mit der die systemsprengenden Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise kaschiert werden sollen. Diese Strategie bewegt sich sowohl auf der materiellen als auch auf der ideologischen Ebene, und ihr Optimum liegt für das Kapital in einer geschickten Abstimmung von echten oder nur scheinbaren materiellen Zugeständnissen und daran ansetzenden ideologischen Beeinflussungen. Wegen des engen Zusammenhanges zwischen den materiellen und kulturellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Arbeitsproduktivität sind solche Zugeständnisse in einem Mindestmaß zur Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Produktion notwendig, die ihrerseits Voraussetzung für eine erweiterte Mehrwertproduktion ist. Zur Verschleierung dieser Zusammenhänge spielt die scheinbar autonome und über allen Gruppeninteressen stehende Institution des bürgerlichen Staates eine wichtige Rolle. Durch die Übernahme wichtiger Aufgaben, die das Kapital früher selbst erledigte, wird er zunehmend in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einbezogen. Das hat zur Folge, daß die Widersprüche dieses Prozesses zwischen Lohnarbeit und Kapital als auch innerhalb des Kapitals sich verstärkt in der Politik des bürgerlichen Staates niederschlagen. Diese Widersprüchlichkeit kann sich noch verschärfen, wenn eine Partei wie die SPD an der Regierung beteiligt ist, die ihre geschichtlichen Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat und sich dieser subjektiv — zumindest verbal — verbunden fühlt, deren Teilnahme an der Regierung aber von ihrer Einstellung zu den Verwertungsinteressen des Kapitals abhängt.

Die Aufgaben des bürgerlichen Staates als „ideellem Gesamtkapitalisten“ liegt primär in der Erhaltung und Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals und der notwendigen ideologischen sowie militärischen Absicherung. Das schließt auch die Sicherung eines den wachsenden Anforderungen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses Mindest-Reproduktionsniveaus der Lohnabhängigen ein: ohne loyale Arbeiterklasse kein funktionierender Kapitalismus.

Vor diesem Hintergrund sollen einige wichtige Aspekte der Problematik Lebensqualität herausgearbeitet werden.

Zur Ausgangsposition der SPD

Nach Meinung der Ideologen der Lebensqualität ist diese mehr als nur Lebensstandard. Sie umfaßt also nicht nur das Konsumniveau aus privaten Einkünften und staatlichen Leistungen, sondern auch die rechtliche und soziale Sicherheit die Mitbestimmung im Bereich der Arbeit und der Freizeit, die Teilnahme an der politischen und kulturellen Entwicklung, ein hohes allgemeines und berufliches Bildungsniveau, eine menschenfreundliche Umwelt, die Aufhebung der Selbst(!)-entfremdung usw., kurz alles, was die SPD als Aufgabe und Inhalt ihres demokratischen Sozialismus versteht. An der sozialdemokratischen Argumentation fällt auf, daß sie die Frage der Lebensqualität vorwiegend in Bereiche außerhalb des konkreten Arbeitsprozesses verlagert. Die Aufgabe verbesserter Lebensqualität wird damit vorwiegend als Mittel zur Kompensation des durch „sachlich bedingte Zwänge“ zunehmende entmenschlichten Arbeitsprozesses angesehen. Die Strategie klammert also die Wurzel allen Übels aus, den durch Profitinteresse und Konkurrenz geprägten Arbeitsprozeß bei der Herstellung und Verteilung von Waren, das heißt, die kapitalistische Produktions- und Verteilungsweise als Grundlage der Entfremdung der Lohnabhängigen zu ihrer Arbeit und ihrem Arbeitsgegenstand und damit zu sich selbst und zu ihren Mitmenschen. Für die SPD als „Kulturpartei“ hatte und hat die Kulturarbeit im weitesten Sinne nicht nur eine Kompensationsfunktion, sondern sie sieht in der Heranführung der Arbeiterklasse an die Kultur, nämlich die bürgerliche, ihr Ziel Sozialismus quasi schon verwirklicht. Der Sozialismus degeneriert damit von einer neuen revolutionären Lebensweise zur bloß extrapolierten Erweiterung und Vervollständigung der bürgerlichen Lebensweise.

Die Rolle des Staates

Zur geschichtlichen Einführung soll kurz die Rolle des Staates im allgemeinen und die der Sozialpolitik im besonderen erläutert werden. In der Zeit des Feudalismus und des entstehenden Bürgertums waren Feudalherr und Zunftbürger zur Fürsorge um das Existenzminimum ihrer Leibeigenen, Gesellen und Gehilfen verpflichtet. Mit der Entstehung der „freien" Lohnarbeit als Grundlage des Kapitalismus wurden diese und andere soziale Bande zerrissen. Die Lohnarbeiter waren dadurch der unbarmherzigen Ausbeutung durch „ihren" Kapitalisten ausgesetzt. Das Ergebnis war eine wachsende Verelendung der Lohnabhängigen, die soweit führte, daß große Teile der Arbeiterklasse nicht mehr für die kapitalistische Produktion und den Miliärdienst zu gebrauchen waren. Die Sozialgesetzgebung des deutschen Reiches unter Bismarck, die die extensive Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Einzelkapitale verhinderte, geschah nicht aus Mitleid mit der Not der Arbeiterklasse, sondern um einerseits brauchbare Arbeiter für die kapitalistische Mehrwertproduktion zu erhalten und andererseits war sie ein Mittel, um die verschärfte Ausbeutung der Lohnarbeiter durch Einzelkapitale nicht zur Gefahr für das Gesamtkapital werden zu lassen. Diese Gefahr wurde besonders in der erstarkten Sozialdemokratie gesehen. Doch das ist lange her.

Ganz abgesehen davon waren und sind die Leistungen der Sozialgesetzgebung ja kein Geschenk des Staates, sondern werden von den Lohnabhängigen selbt direkt oder indirekt finanziert. Daneben erwecken diese Maßnahmen, die gegen Einzelkapitalisten gerichtet erscheinen, aber die Existenz des Gesamtkapitals sichern, die Illusion, der bürgerliche Staat könne klassenneutral oder gar mehr sozial sein als unbedingt nötig. Diesen Hintergrund darf man bei der Analyse heutiger sozialpolitischer Maßnahmen nicht übersehen.

Die Krise des Weltkapitalismus anfangs der dreißiger Jahre und die herausfordernde Existenz eines sozialistischen Staates haben die Stellung des bürgerlichen Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß verändert.
Grundlage ist die Konzeption von Keynes, in der die subjektive Investitionsneigung der Unternehmer eine zentrale Rolle spielt. Die Investitionsneigung hängt aber von den subjektiven Gewinnerwartungen der Unternehmer ab. Von daher besteht die Aufgabe des Staates in der Schaffung, Erhaltung und Verbesserung von Gewinnquellen für das Kapital.
Das kann auf verschiedene Weise geschehen, einerseits durch Übernahme bestimmter Kosten und Risiken, andererseits durch Sicherung hoher Gewinnraten und hoher Umsätze. Die Kostenübernahme bezieht sich vorwiegend auf Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Rationalisierung, Preisvorteile für Leistungen öffentlicher Unternehmen und Kapitalbeschaffung.
Mit diesen Maßnahmen soll zugleich auch Konjunkturpolitik sowie sektorale und regionale Strukturpolitik betrieben werden. Ein wichtiges Moment dazu ist die Globalsteuerung.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, braucht der Staat zunehmend größere Finanzmittel, die er direkt oder indirekt dem Kapital, besonders dem Monokapital zukommen läßt; unter anderem zieht er über materielle Anreize den Lohnabhängigen billige Geldmittel aus der Tasche. Weitere Methoden sind Steuernachlässe, eine bestimmte Verteilung öffentlicher Aufträge und die Festlegung bestimmter Preise, wodurch billiger produzierende Großunternehmen privilegiert werden.

Diese Erscheinungen spielen in enger Verbindung mit den Sozialmaßnahmen eine zentrale Rolle für die politökonomische Analyse der Formel Lebensqualität. Im folgenden werden einige wichtige Komplexe dazu herausgearbeitet.

Die Strategie der SPD

SPD und Juso's fordern, den Anteil am Bruttosozialprodukt, der durch öffentliche Hände fließt, zu erhöhen. Dies soll dazu dienen, die in der Produktion entstandenden Einkommen „gerechter" umzuverteilen. Aus der größeren Finanzmasse sollen sowohl bisher privat finanzierte soziale Bedürfnisse als auch „Gemeinschaftsausgaben" öffentlich finanziert werden. Von diesen Maßnahmen werden „strukturverändernde" Wirkungen erwartet, die im demokratischen Sozialismus à la SPD einmünden sollen.

Damit stellen sich zwei Fragen:
Ist es überhaupt möglich, durch Korrekturen im Verteilungsbereich die Struktur der im Produktionsbereich entstandenen Einkommen zu verändern, das heißt, den relativen Anteil eines jeden Lohnabhängigen am Sozialprodukt zu erhöhen. Die Statistiken der individuellen Einkünfte, der sozialen Leistungen und der Vermögensbildung zeigen eindeutig das Gegenteil. Die Umverteilungsmaßnahmen haben trotz aller gegenteiligen Beteuerungen den Effekt einer Umverteilung von den Lohnabhängigen hin zum Kapital und innerhalb des Kapitals vom kleinen zum großen. Auf diese Mechanismen soll im einzelnen noch eingegangen werden.

Ganz abgesehen davon ist zu fragen, ob durch Veränderungen im Verteilungsbereich die Verhältnisse im Produktionsbereich geändert werden können. Der Sozialismus basiert auf einer Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und nicht umgekehrt.

Der Staat als Umverteiler

Zur Beurteilung der Umverteilungsmaßnahmen ist eine eingehende Analyse des Umfangs und der Struktur der Einnahmen- und Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte notwendig. Das betrifft vor allem den Charakter der momentanen Steuergesetzgebung gegenüber den Lohnabhängigen einerseits und dem Kapital andererseits, sowie die Legitimationsmuster für zukünftige Veränderungen des Steuer- und Abgabensystems. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß eine Erhöhung des Anteils der öffentlichen Haushalte am Bruttosozialprodukt durch Steuererhöhungen zugunsten einer höheren Lebensqualität, für „Gemeinschaftsaufgaben", „innere Reformen", Vermögensbildung usw. nicht in dem von den Regierungen propagierten und vielleicht auch subjektiv gewollten Maße dem vorgegebenen Zweck zugeführt wurde, sondern über die Lösung von Struktur- und Konjunkturproblemen den unmittelbaren Verwertungsinteressen des Kapitals diente. Ein schlagendes Beispiel dafür ist die Umleitung der zusätzlich geplanten und vorhandenen Mittel für die Bildungsreform.

Die Struktur der Steuereinnahmen in der BRD hat sich zwischen 1960 und 1970 wie folgt verändert:

1. Die direkten Steuern der Lohnabhängigen (Lohnsteuer) verdoppelten sich von 11,8 auf 23,1% des gesamten Steueraufkommens.

2. Die indirekten Steuern auf Waren, die von den Verbrauchern über die Preise bezahlt werden, blieben mit ca. 42% konstant. Dabei darf nicht vergessen werden, daß über 80% der Verbraucher zur lohnabhängigen Klasse gehören.

3. Die direkten Steuern des Kapitals (Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer) fielen von 33,5% auf 24,2%. Diese Steuern kann das Kapital aufgrund seiner Preisgestaltungsmöglichkeiten auf den monopolisierten Märkten ohne große Schwierigkeiten auf die Verbraucher überwälzen.

4. Die sonstigen Steuern fielen von 13,0 auf 10,6%.

Damit sind die wichtigsten Quellen der öffentlichen Mittel neben denen quasi-öffentlicher Institutionen wie Sozial- und Arbeitslosenversicherungen usw. freigelegt. Ihre Struktur verschiebt sich besonders durch die Steuerprogression immer mehr zu ungunsten der Lohnabhängigen. Eine Veränderung des Steuer- und Abgabesystems wird daran nicht viel ändern. Die Verhältnisse in anderen kapitalistischen Ländern beweisen das. Denn die Unternehmer sind aufgrund ihrer Kalkulationsfreiheit in der Lage, alle kurzfristigen Umverteilungsmaßnahmen langfristig ökonomisch zu unterlaufen. Sie wälzen entsprechende Abgaben als „Kostenfaktoren" auf die Verbraucherpreise weiter, ohne ihre geplante Profit- und Gewinnrate langfristig reduzieren zu müssen. Hier liegt eine der Ursachen für die gegenwärtig tendenziell steigende Inflationsrate.

Zur Sozialstaatsillusion

Würden nun diese den Lohnabhängigen zunehmend vorenthaltenen Mittel im gleichen Maße für ihre sozialen Bedürfnisse eingesetzt, ließen sie sich rechtfertigen, aber genau das geschieht nicht. Und wenn es geschieht, dann sind die sozialen Maßnahmen meist nur ein Vehikel zur Bereicherung bestimmter gesellschaftlicher Schichten.

Zwei exemplarische Beispiele sind die „marktkonformen" Aufwendungen für das Wohnungs- und Gesundheitswesen.

Durch die Zahlung des Wohngeldes wird einerseits für die ärmeren Schichten der Bevölkerung die Last hoher Mieten etwas gemindert, andererseits wird dadurch den Hausbesitzern die Realisation hoher Wuchermieten ermöglicht. Die Mieter sind dabei nur Zwischenstation für die Subventionierung von Hausbesitzern und Bodenspekulanten.

Durch die direkte Förderung des Wohnungsbaues über billige Darlehen und Bausparprämien wird die Vermögensbildung gewisser Schichten gefördert, die über das zunehmend notwendige Eigenkapital verfügen, deren Lebensstandard durch den folgenden Schuldendienst kaum gemindert wird.

Im Gesundheitswesen haben die zunehmenden Ausgaben einen ähnlichen Effekt. Zwar erhöhen sich die materiellen Leistungen in einem gewissen Grad, aber die Einnahmen der Ärzte steigen überproportional; auch wenn man die Inflationsrate und eine Steigerung des an sich schon hohen Realeinkommens der Ärzte entsprechend dem gesellschaftlichen Durchschnitt abzieht. Das Gleiche gilt für die Gewinne der pharmazeutischen und medizinisch-technischen Industrie. Der zunehmende Bedarf an ärztlichen Leistungen und Arzneimitteln, besonders bei psychischen Erkrankungen, ist zugleich ein Indiz für sinkende Lebensqualität.

Von diesen beiden Fällen her weist sich folgendes methodische Prinzip bei der Darstellung sozialer Maßnahmen durch den Staat als notwendig: Die materiellen Kennwerte in den Vordergrund stellen und nicht die monetären, weil letztere die zunehmenden Gewinnraten des in diesem Bereich engagierten Kapitals enthalten ,und höhere Ausgaben zum Teil nur Scheinfortschritte für die Lohnabhängigen sind. Dadurch werden die Phrasen, das Sozialsystem der BRD sei das weltbeste, erheblich relativiert. Die Frage ist, für wen es materiell und auch ideologisch das Weltbeste ist. Nicht umsonst wurde englischen Ärzten im Rahmen der EWG-Freizügigkeit eine Niederlassung in der BRD als besonders attraktiv empfohlen und nicht umsonst waren unter den DDR-Flüchtlingen überproportional Ärzte.

Zur Bildungsreform

Für die Bereiche Bildung und Wissenschaft als Ansatzpunkte für eine allseitige Entwicklung des Menschen und damit ein Moment der Lebensqualität zeichnen sich nach der Zerschlagung aller Reformillusionen folgende Tendenzen ab.

Das gebremste Wachstum der Bildungsausgaben betrifft in erster Linie die Allgemeinbildung. Gleichzeitig wird hier ein erbitterter Kampf um und gegen emanzipatorische Inhalte mit antikapitalistischem Potential geführt. Im Bereich der öffentlich finanzierten fachlichen Bildung geht der Kampf um eine langfristig orientierte Bildung, mit der die Lohnabhängigen auch zukünftigen Anforderungen gerecht werden können, oder um eine Bildung entsprechend den kurzfristigen Interessen des Kapitals. Gelingt letzteres dem Kabital nicht, so verlagert es die Ausbildung seiner Kader in den eigenen Bereich, was eine umfassende Analyse der Bildungsausgaben erschwert.

Gleichzeitig wird durch die Zerschlagung feudaler Strukturen an Schulen und Hochschulen unter den Schlagworten Demokratisierung und Chancengleichheit die Einflußnahme des Kapitals auf Dauer und Inhalt von Ausbildung und Forschung, zum Teil über den Staat, erleichtert.

Die Einschränkung der Allgemeinbildung und die Reduzierung der fachlichen Bildung auf das für das Kapital unmittelbar notwendige entspricht dem permanenten Streben des Kapitals, Mehrwert und Gewinn durch Entwertung der Ware Arbeitskraft zu steigern, Die Entwertung tritt ann ein, wenn die zusätzlichen Ausgaben für die Qualifizierung der Lohnabhängigen geringer sind als die dadurch erreichten Produktivitätsgewinne, das heißt, wenn die Ware Arbeitsfraft mit geringeren Aufwand reproduziert werden kann als vorher. Dabei muß man jedoch die Lohnabhängigen als Gesamtheit sehen. Innerhalb dieser Gesamtheit vollzieht sich eine Differenzierung, die einerseits eine gewisse relative Qualifizierung technischer und ökonomischer Berufsgruppen, welche für das ökonomische und Herrschaftsinteresse des Kapitals wichtig sind, und andererseits eine Dequalifizierung von Berufen mit vorwiegend ausführender Tätigkeiten beinhaltet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich hinter der Propaganda von höheren Ausgaben für Bildung und Wissenschaft und einer stärkeren Chancengleichheit eine allgemeine Tendenz zur Entwertung der Arbeitskraft steht, die in krassem Widerspruch zur allseitigen Entwicklung der Lohnabhängigen, also ihrer Lebensqualität steht.

Vermögensbildung als Moment der Lebensqualität

Ein Paradebeispiel, das propagierte Streben der Lohnabhängigen nach Eigentum für die materiellen und ideologischen Interessen des Kapitals umzufunktionieren, ist das Konzept der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Daß dieses Konzept von der CDU und den Unternehmern stammt, die an sich bei einer Vermögensumverteilung etwas zu verlieren hätten, macht es von vornherein verdächtig.

Als Beispiel soll das 624-DM-Gesetz dienen, weil in ihm alle Aspekte des Problems anzutreffen sind. Die nach diesem Gesetz mit der Zeit angesammelten Mittel setzen sich aus folgenden Quellen zusammen:
Dem Beitrag des Unternehmers, falls ein entsprechender Tarifvertrag abgeschlossen wurde,
den Sparleistungen des Lohnabhängigen,
den staatlichen Prämien und den Bankzinsen.
Zahlt der Unternehmer einen Beitrag, so wird er mit Hinweis darauf bei der nächsten Lohnverhandlung versuchen, den Direktlohn zu drücken. Gelingt dies nicht, wird er seine Abgabe auf die Preise überwälzen. Unter Umständen kann er den Betrag noch von der Steuer absetzen.
Diese Argumentation gilt auch für Konzepte des Beteiligungs- oder Investivlohns und der Belegschaftsaktien.

Eine Sparleistung der Lohnabhängigen, Voraussetzung für die staatliche Prämie, setzt voraus, daß sie zu diesem Konsumverzicht in der Lage sind, was bei Kleinverdienern durchaus problematisch sein kann. Ihre Steuerersparnisse sind dann sowieso kaum erwähnenswert.

Die Herkunft des Geldes für die staatlichen Prämien haben wir schon bei der Analyse der Steuereinnahmen geklärt: Die Werktätigen bezahlen ihre Prämie selbst.

Was macht nun die Bank oder der Unternehmer mit dem eingezahlten bzw. einbehaltenen Geld. Die Bank gibt es meisten an einen Unternehmer weiter, fungiert quasi nur als schröpfende Zwischenstation. Der Unternehmer legt das Geld in seinem Betrieb an und erzielt damit eine Rendite, die über dem Zinssatz der Bank und noch mehr über dem für den Lohnabhängigen liegt.

Und wer schafft den materiellen Gegenwert der zusätzlichen Gewinne, an denen Unternehmer und Bank partizipieren und für den Lohnabhängigen nur einen kleinen Rest lassen: der Lohnabhängige selbst. Er gibt also den Kapitalisten zusätzliches Kapital für seine eigene verschärfte Ausbeutung. Soweit die Erscheinungsformen.

Das Wesen der Vermögensbildungskonzepte ist die Bereitstellung von mehr und billigem Fremdkapital für die großen Pläne des Kapitals. Die niedrigen Zinsen für den Lohnabhängigen erhöhen die Rentabilität des Eigenkapitals der Unternehmer.
Um den Lohnabhängigen ihre Spargroschen aus der Tasche zu ziehen, setzt der Staat den materiellen Anreiz der Prämien ein, die wiederum von deren eigenen Steuern bezahlt werden.

Beteiligt er sich nicht an dieser Form der Vermögensbildung, erleidet er ökonomische Nachtteile. Damit erfüllt sich der Tatbestand einer eleganten Art des „Zwangssparens“ mit

dem früher Kriege finanziert wurden. Die Lohnabhängigen bekommen durch dieses Zwangssparen keinen größeren Anteil am Sozialprodukt, sondern eher weniger. Sie erhalten ihren Anteil nur in anderer Form und dann nach mehrjähriger Bindungsfrist durch Inflation entwertet.

Gleichzeitig haben sie aber die Illusion, sie bekämen vom Sozialstaat etwas geschenkt. Mit der Bildung von Minieigentum, dem vor allem das Merkmal der ständigen Verfügbarkeit fehlt, soll eine Eigentumsideologie vermittelt werden, die ein Engagement bei Arbeitskämpfen und für sozialistische Ziele verhindern soll. Die Absicht ist, die soziale Isolation des Großkapitals durch seine eigenen Opfer abfzuheben. An dem Verhältnis Lohnarbeit zu Kapital ändert sich nichts. Zum anderen sollen Mitbestimmungsforderungen, die nicht auf Eigentumsrechten beruhen, unterlaufen werden. Welchen Einfluß jedoch die Minieigentümer gegenüber dem Großkapital haben, dürfte bekannt sein.

Wachstumsfetischismus und Lebensqualität

In vielen Publikationen wird auf einen Widerspruch zwischen dem Wachstumsfetischismus und der Lebensqualität hingewiesen. Hierbei wird die Umweltkatastrophe als Ergebnis übersteigerten Wachstums interpretiert. Damit stellt sich allerding die Frage, ob dieser Widerspruch allgemein für industrialisierte Gesellschaften gilt oder ob es sich nur um ein „kapitalistisch entstelltes Wachstum" handelt. Kapitalistisch entstelltes Wachstum basiert auf einem Produktionssortiment und einer Produktionstechnologie, die beide durch Profitinteresse und Konkurrenz geprägt sind. Um seine Waren absetzen, das heißt, Mehrwert realisieren zu können, ist der Kapitalist gezwungen, billige Produkte mit einer entsprechenden Technologie herzustellen. Diese „billige" Produktion hat aber Konsequenzen für die Umwelt, die von der Allgemeinheit getragen werden, also nicht im Preis erscheinen.

Ein Beispiel: Der Gebrauchswert ‚Auto' verursacht bei seiner Herstellung und seinem Gebrauch gesellschaftliche Kosten. Das sind die Herstellungskosten, die Betriebskosten (notwendige „Extras", Benzin, Öl, Reparaturen usw.) und die Folgekosten (Straßen, Abwehr von Lärm und Schmutz, Behebung direkter und indirekter Gesundheitsschäden usw.). Der Kapitalist wird also die Produktion eines Autos veranlassen, das alle unbedingt notwendigen Gebrauchswertfunktionen hat, aber möglichst billig ist, um damit einen Markteinbruch zu erzielen und die Lebensgewohnweiten der Bevölkerung nach seinem Profitinteresse zu formen (Beispiel: Volks(!)wagen). Die Folgekosten fallen bei der Verkaufsentscheidung nicht an, weil sie öffentlich finanziert werden und/oder zum Teil erst Jahre später anfallen. Durch die Möglichkeit die Folgekosten der Produktion und des Verbrauchs eines Produkts auf die öffentliche Hand überzuwälzen, wird also der Charakter eines Produktes und seiner Herstellung bestimmt.

Würden in den Verkaufspreisen auch die Folgekosten des Produkts und seiner Produktion eingerechnet, würden verschiedene umweltschädigende Produkte ihren ökonomischen und auch sozialpsychologischen Stellenwert einbüßen. Die Kapitalisten hätten dann aber die Möglichkeit, ein Auto mit niedrigen Folgekosten herzustellen. So hätte ein Sicherheitsauto mit Elektroantrieb wahrscheinlich höhere Herstellungs- und Betriebskosten, aber niedrigere Folgekosten, damit jedoch geringere Chancen auf dem Markt und als Vehikel zur Realisation von Mehrwert. Letzteres ist aber Grundprinzip der kapitalistischen Produktionsweise.

In einer sozialistischen Gesellschaft wird die Trennung von privaten und gesellschaftlichen Kosten der Produktion durch die gesamtwirtschaftliche Rechnungsführung des Staates prinzipiell aufgehoben. Was die Gesellschaft auf der einen Hand durch „billige" Produktion gewönne, müßte sie als Folgekosten aus der anderen Hand bezahlen.
Daß es gegenwärtig in den sozialistischen Ländern noch eine kapitalistisch beeinflußte Produktionssturktur gibt, hängt mit der noch ungenügenden Vergesellschaftung der Produktion, dem Einwirken des kapitalistischen Weltmarktes und den Nachwirkungen der vorsozialistischen Zeit zusammen. Solange die sozialistischen Länder für den Bezug hochentwickelter Technik noch auf den kapitalistischen Weltmarkt angewiesen sind, müssen sie sich der dortigen Angebots- und Nachfragestruktur bis zu einem gewissen Grade anpassen.

Ein weiteres Beispiel für die Verlagerung der Kosten privater Produktion auf die Allgemeinheit sind die Einwegflaschen. Würden die Unternehmer gezwungen, die Flaschen zurückzunehmen und wiederzuverwenden, anstatt neue einzusetzen, würden die Preise der in den Flaschen abgefüllten Produkte steigen, weil die Wiederverwendung gebrauchter Flaschen teurer als der Kauf neuer Flaschen ist und die Folgekosten der „Ent"sorgung der Bevölkerung von einmal gebrauchten Flaschen ja nicht in den Kosten der Kapitalisten erscheint.
Diese Argumentation gilt analog für die geringe Wiederverwendung von Produktions- und Konsumabfällen als Sekundärrohstoffe.

In den Publikationen wird allgemein dem privaten Hausbrand cirka ein Drittel der Luftverschmutzung zugerechnet. Auch hier läßt sich nachweisen wie durch kapitalistisches Profitinteresse und bürgerliche Ideologie bedingte Wohn- und Siedlungsformen Umweltschäden herbeigeführt werden. Die rationelle Lösung der Heiz- und Abgasprobleme durch allgemeine Einführung der Fernheizungen in Neubausiedlungen scheitert an den in den Verkaufspreis für Eigenheime und Eigentumswohnungen umgelegten hohen Kosten für das Fernheizwerk. Zudem zielen gewisse Wohn- und Siedlungsformen bewußt auf eine Verein-

zelung und auf die Verhinderung von Solidaritätsmöglichkeiten der Lohnabhängigen. Einige handfeste Unterlagen dazu finden sich im Frankfurter Historischen Museum.
Die Probleme der Stadtentwicklung und Kapitalismus können in der dsz Nr. 128 eingehender nachgelesen werden.

Ausgehend von der bisher entwickelten Argumentation wird dieses Verursachungsprinzip, auf das sich auch die Gewerkschaften haben einschwören lassen, erheblich relativiert. Nach der gängigen Interpretation dieses Prinzips sollen die Unternehmer zwar die Umweltschäden ihrer Produktionsverfahren bezahlen, aber von der Steuer abgesetz werden können. Die Umweltfolgen des Ge- und Verbrauchs eines durch Profitinteresse und Konkurrenz bedingten Produktionssortiments sollen aber von den Endverbrauchern getragen werden. Die Endverbraucher, von denen über 80% Lohnabhängige sind, bezahlen dann direkt oder indirekt über höhere Preise und Steuern die Folgen einer kapitalistisch geprägten Produktionsstruktur.

Der wahre Verursacher der Umweltkatastrophe im weitesten Sinne sind also die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und nur ihre revolutionäre praktische Aufhebung ist die Ausgangsbasis einer grundlegenden Verbesserung der Lebensqualität der arbeitenden Klassen.

Um die Konsequenzen kapitalistische Produktion einzuschränken wird von einigen Autoren die Einführung einer gesellschaftlichen Planung empfohlen. Die bisherigen wachstumsorientierten Planungsversuche in kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Niederlande usw. basieren auf wertbezogenen volkswirtschaftlichen Größen, die inhaltlich kaum spezifiziert sind. Diese Planungen werden vom Staat in der Regel zugunsten des Großkapitals durchgeführt, entsprechend sind auch die Ergebnisse. Die Umweltprobleme sind die gleichen wie in der BRG. Eine Steuerung des Wachstums einschließlich der Festlegung einer umweltfreundlichen Produktionsstruktur verlangt eine gebrauchsorientierte Planung, in der Herstellungsverfahren, Eigenschaften, Menge und Preise des Produktionssortiments spezifiziert werden. Abgesehen von den planmethodischen Problemen stellt sich sofort die Machtfrage, das heißt: wer bestimmt den Inhalt der Planung? Würde das Kapital dem Staat die Feder führen, entspräche die Produktionsstruktur den Bedürfnissen des Kapitals und nicht denen der Lohnabhängigen, trotz aller kapitalinternen Widersprüche. Eine gebrauchswertorientierte Planung im Interesse der Lohnabhängigen würde eine Aufhebung von Verfügungsrechten des Kapitals — etwa über die Mitbestimmung — am Produktivermögen und eine Einschränkung des Marktmechanismus bedingen. Damit wären aber praktisch kapitalistische Produktions und Verteilungsverhältnisse aufgehoben, und das wird das Kapital mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Zudem stellt sich die Frage, wie sich der Kapitalismus entwickeln würde, wenn das Wachstum gleich Null ist. Dabei darf nicht vergessen werden, daß ein Nullwachstum nicht automatisch die Probleme einer kapitalistisch entstellten Produktionsstruktur und damit einer höheren Lebensqualität mitlöst.

Für das Kapital sind Mehrwert und Gewinn die entscheidenden Wachstumsgrößen. Da die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen nur Mittel zum Zweck der Mehrwert- und Gewinnsteigerung ist, ist ihr Wachstum nur von sekundärer Bedeutung. Von daher ist eine Steigerung von Mehrwert und Gewinn bei stagnierendem oder gar abnehmendem materiellen gesellschaftlichen Gesamtprodukt durchaus möglich. Das setzt aber eine Entwertung und verschärfte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft voraus und widerspricht damit höherer Lebensqualität. Gleichzeitig ist da-

ACHTUNG ER IST DA!!!

der Sommerprospekt 1973

Holen Sie ihn sich sobald
wie möglich, denn jetzt sind
noch fast alle Reisen zu buchen.

Besonders zu empfehlen sind unsere
Holiday-Clubs auf Mallorca, sowie
unsere **Entdecker-Reisen** entlang an
den Spanischen Küsten.

Information und Anmeldung bei:

STUDENTENREISEN DARMSTADT
Zweigstelle der Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.
61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

für eine zunehmende Entwertung von Kapitalteilen mit verschärfter Konzentration oder weiterer Kapitalexporte notwendig. Alle die Phänomene lassen sich in der BRD aufgrund der niedrigen realen Wachstumsraten beobachten. eine Entwertung von Kapital kann zum Beispiel die Übernahme „unrentabler" Bereiche durch den Staat beinhalten, der dann nach dem Prinzip der Kostendeckung über Vorzugspreise auf seinen Anspruch auf gesellschaftlichen Mehrwert verzichtet. Das sollte bei Verstaatlichungen im bürgerlichen Staat beachtet werden.

Bei der Verwendung bürgerlicher Wachstumskategorien darf nicht übersehen werden, daß diese aus der Addition von Einkommen resulieren, die zum Teil Doppelzählungen bzw. abgeleitete Einkommen enthalten. So kann es sein, daß eine Ausweitung des errechneten Sozialprodukts ein Rückgang der materiellen Produktion einschließlich der Rüstung sowie des Lebenstandards gegenüberstehen.

Zwei Beispiele: Ein produktiver Arbeiter wird Polizist. Dadurch wird materiell weniger produziert, wenn dies nicht eine steigende Produktivität der verbliebenen Arbeiter ausgeglichen wird. Aber das Volkseinkommen bleibt oder steigt sogar, da Polizisten allgemein mehr als Arbeiter verdienen. Oder: das Sozialprodukt kann fallen, wenn durch öffentliche Wohnungsvermittlung die hohen Einkommen der Wohnungsmakler verschwinden.

Die Abwanderung von Lohnabhängigen aus dem produktiven in den unproduktiven Bereich, um die Folgen des kapitalistischen Produktionsprozesses zu mildern, um die Schwierigkeiten bei der Mehrwertstabilisierung zu verringern oder um die herrschenden Produktionsverhältnisse polizeilich und militärisch zu sichern, zeigt eindeutig das historische Dilemma des Kapitalismus. Es drückt sich zum Teil in den wachsenden Inflationsraten aus. Dabei darf allerdings die Übernahme der Aufgaben des produktiven Bereiches durch niedriger entwickelte Länder nicht übersehen werden.

Damit sind einige Gründe für das sinkende reale Wachstum im Kapitalismus angegeben und es liegt nahe, die Null-Wachstums-Hypothese als Verschleierungstaktik für die wahre Entwicklung anzusehen.

Abschließend sei noch bemerkt, daß der Umweltschutz eine ähnliche Funktion im kapitalistischen Reproduktionsprozeß wie über die Rüstung übernehmen kann. Er schafft Einkommen, ohne auf dem Konsumgütermarkt zu erscheinen und ohne die Produktionskapazität zu erweitern. Dazu ermöglicht er besonders in den forschungsintensiven Bereichen die private Aneignung öffentlich finanzierter Forschungsergebnisse für andere Zwecke und die Realisation von Extraprofiten bei den öffentlichen Umweltschutzaufträgen. Die Kapitalisten verdienen hinter der Nebelwand progressiv klingender Phrasen nach zusätzlich an den Schäden, die ihre Produktionsweise verursacht. Das haben sie allerdings schon lange begriffen und ihr Verhältnis zum Umweltschutz so verändert, daß gemäß dem von ihnen propagierten Verursachungsprinzip die Lohnabhängigen direkt oder indirekt über die öffentlichen Haushalte noch zusätzlich ausgeplündert werden können.

Abschließende Bemerkungen

Die vorliegende Analyse sollte einige polit-ökonomische Hintergründe der Formel von der ‚verbesserten Lebensqualität' erhellen, die von der SPD als wichtiges Moment ihres demokratischen Sozialismus angesehen wird. Die Ausweitung des Anteils der öffentlichen Hand am Bruttosozialprodukt trägt dazu bei, den unmittelbaren Charakter der verschärften Ausbeutung der Lohnabhängigen durch Zwischenschaltung von Umverteilungsprozessen zugunsten des Großkapitals zu verschleiern. Zur besseren Tarnung dieses Prozesses werden die Vehikel ‚Sozialmaßnahmen', ‚Vermögensbildung', ‚Umweltschutz', ‚Schaffung von Arbeitsplätzen', ‚Chancengleichheit', ‚Lebensqualität' usw. benutzt, um die Loyalität der Lohnabhängigen zu erhalten.

Die SPD hat aufgrund ihrer überlieferten Stellung in der Arbeiterbewegung bei der Durchsetzung diese Präventivstrategie des Kapitals eine wichtige Rolle zu erfüllen. Ob die SPD-Führung dabei bewußt oder unbewußt mitmacht wird sie in Zukunft noch näher zeigen.

Vielleicht liegt hier der Grund dafür, daß die Auseinandersetzung um Lebensqualität und Umwelt in anderen kapitalistischen Ländern, wo sich ein zur SPD vergleichbarer Diskussionsführer nicht anbot, viel politischer als in der BRD geführt wird. Trotzdem sehen sich Genscher und Co. genötigt, die linken Systemveränderer zu warnen, dieses „rein technische Problem" auf seinen polit-ökonomischen Hintergrund zurückzuführen und politisch umzusetzen.

Interessant ist auch, wie die Vermittlung eines bestimmten Umweltbewußtseins, einschließlich der Bejahung des Verursacherprinzips, abläuft. Untersucht man Zeitpunkt und Inhalt von Veröffentlichungen zum Problem des Umweltschutzes und der Lebensqualität, so läßt sich folgende Kette feststellen: Veröffentlichung durch Ideologen des Kapitals, eventuell zusammen mit Regierungsvertretern, Übernahme durch die Public-Relations-Abteilungen der betroffenen öffentlichen Stellen, Weitergabe an die bürgerliche Presse und die entsprechende öffentliche Meinung ist fertig.

Die Formel Lebensqualität gibt der SPD — und hier besonders den Juso's — die Möglichkeit zu zeigen, auf welcher Seite der Barrikaden sie stehen. Die Regierungserklärung, die Reaktion des Kapitals und der Börsenkurse haben die Richtung schon angedeutet.

Das im September 1925 in Heidelberg verabschiedete, weitgehend von Karl Kautsky und Rudolf Hilferding beeinflußte Programm analysierte das kapitalistische Herrschaftssystem mit seinen Elementen, die den Menschen erniedrigen und die Arbeitslosigkeit zur ständigen Drohung machen.

„Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedrohte die Gesellschaft ständig mit Konflikten und Kriegsgefahr.“ [42])

Dem entgegengestellt wird als Aufgabe und Endziel der Sozialdemokratie im Heidelberger Programm gefordert:

„Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. [. . .]
In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“ [43])

Was jedoch getan werden mußte, sollte die Republik in einer neuen Krise verteidigt werden — denn die Kreise, die im Kapp-Putsch ihre Interessen durchzusetzen versuchten, waren nicht entmachtet und warteten nur auf eine neue Gelegenheit —, diese Frage wurde allerdings im Heidelberger Programm nicht ernsthaft durchdacht. Auch gibt das Programm keinen Aufschluß darüber, wie denn der Umschlag von „Schutz der Republik“ in „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum“ vollzogen werden sollte. Stattdessen habe sich, mein Abendroth, ein „abstraktes, republikanisches ‚Staatsbewußtsein‘“ [44]) geltend gemacht, das nicht dazu angetan war, die realen Machtverhältnisse in der Weimarer Republik kritisch abzuwägen und daraus politische Konsequenzen für die sozialdemokratische Politik zu ziehen.

Die Sozialdemokratie am Ende der Weimarer Republik

Trotz aller Skepsis gegenüber der politischen Praxis der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik gilt es auf einen Unterschied zur bundesrepublikanischen Sozialdemokratie hinzuweisen: die Freiheit, politisch divergierende Ansichten in der Partei zu vertreten, solange die Partei nicht in allzugroße Schwierigkeiten geriet. Die Linke in der SPD um Levi, Ströbel, Seydewitz versuchte — auch in von ihnen geleiteten Wochen- und Monatsschriften **(Sozialistische Politik und Wirtschaft, Klassenkampf)** — die nur-parlamentarisch-republikanische Einstellung der Sozialdemokratie aufzuheben und eine flexiblere — den konkreten Verhältnissen stärker angepaßte — linke Politik zu betreiben. Jedoch kamen sie mit diesen kleinen Blättern gegen die große Parteipresse nicht an. Mit letzteren wurde eine wesentlich wirkungsvollere Meinungsbildung erreicht, wenn man die allgemeine Funktion und Bedeutung der Parteipresse zu dieser Zeit (im Gegensatz zu heute) bedenkt. So war es durchaus möglich, divergierenden Ansichten in eigenen Problikationsorganen freien Ausdruck zu geben, da deren Verbreitungsmöglichkeit einfach nicht stark sein konnte.

Selbst in der Wirtschaftskrise und dem sprunghaften Anstieg des faschistischen NSDAP war weder Gewerkschaft noch Partei bereit, ihre parlamentarische Beschränkung durch außerparlamentarische Aktionen zu ergänzen, um die Republik zu sichern. Linke Kritiker drängte sie aus der Partei heraus (die sich darauf unter anderem in der SAP — Sozialistische Arbeiter Partei — organisierten, ohne jedoch entscheidenden Einfluß zu gewinnen) und wiederholte damit wie bereits im ersten Weltkrieg die Methode, allzulaute Kritiker auf der Linken lieber aus der Partei herauszuwerfen als sich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen. Die innerparteiliche Demokratie konnte also nur in Zeiten der gesicherten und blühenden bürgerlichen Gesellschaft gedeihen.

Das Fehlen jeglicher Strategie und Taktik gegen die zukünftige Krise der bürgerlichen Gesellschaft — wie es abstrakt im Heidelberger Programm richtig analysiert worden war — machte sich wieder einmal für die Weiterexistenz der Partei in einer selbstmörderischen Weise bemerkbar.

Die Sozialdemokratie unter dem Faschismus

Nachdem die NSDAP im Januar 1933 mit finanzkräftiger Unterstützung der Großindustrie zur stärksten Partei geworden war, zuallererst die Kommunisten als deren schärfste Gegner verboten hatte und das Verbot der Sozialdemokratie direkt vor der Tür stand, setzte der moralische Verfall dieser Partei vollends ein, nachdem der politische bereits offen sichtbar war.

„Während zahllose untere und mittlere Funktionäre die Aufnahme des illegalen Kampfes verlangten, erklärte der Parteivorsitzende den Austritt aus der Internationale, weil diese die Wahrheit über die Lage in Deutschland sagte [45]). **Er hoffte, dann werde die nationalsozialistische Regierung für diesen Liebesdienst (der Hilfe bei der Täuschung der ausländischen Öffentlichkeit) mit der Erhaltung der Legalität der SPD zahlen. Der Vorstand verbot der Jugendorganisation die Aufnahme illegaler Organisationsarbeit. Die Gewerkschaften versuchten unter Preisgabe der SPD, sich Hitler als Hilfskraft anzubieten, wenn auch vergeblich.“** [46])
Diese Rechnung ging jedoch nicht auf. Bald wurden Sozialdemokraten geauso wie die Kommunisten verfolgt, in Konzentrationslager geworfen und vielfach brutal ermordet.

Der nun auf unterster und mittlerer Ebene einsetzende illegale Widerstandskampf gegen die Herrschaft des Faschismus war weitgehend unabhängig von dem ins Ausland geflüchteten sozialdemokratischen Parteivorstand und durchbrach (dadurch?) teilweise die politisch-ideologisch differierenden Vorstellungen zwischen KPD und SPD über den Faschismus. Der gemeinsame Widerstand führte, wenn auch verspätet, zu einer neuen Form der Einheitsfron aller Sozialisten und Demokraten gegen das

neue Herrschaftssystem, ohne jedoch dieses System gefährden zu können. Wegen der grausamen Unterdrückung und Ermordung tausender illegaler Widerstandskämpfer konnte jedoch keine politische Änderung in der deutschen Politik durch dieses Gruppen herbeigeführt werden. Sie belehrte aber manchen Sozialisten (sei er aus der KPD oder aus der SPD), daß ihr gegeneinander geführter Kampf vor 1933 politisch falsch war. Die kommunistische These der „Sozialfaschisten" — bis Anfang 1933 an die Adresse der SPD gerichtet — wie die sozialdemokratische Politik, den Bolschewismus aus jeden Fall zu verhindern — an die Adresse der KPD gerichtet — brachte vor 1933 eine antifaschistische Einheitsfront nicht zustande. Der Faschismus konnte **vor** seiner Herrschaftsinstallierung nicht geschlagen werden. Dies war eine Niederlage für beide Parteien. Erst die Alliierten Streitkräfte konnten Deutschland vom Faschismus befreien.

Der Sozialdemokratische Parteivorstand im Exil: Das Prager Manifest

Im „Prager Manifest von 1934 — Kampf und Ziele des revolutionären Sozialismus. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei" wurde vom Exilvorstand der SPD eine Rückbesinnung auf klassenkämpferische Positionen unternommen. Nach einer scharfen Kritik der SPD in der Weimarer Republik, insbesondere der Anfangsphase 1918/19 („Daß sie den alten Regierungsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler." [47]) wird — über die die Parteien trennenden divergierenden politischen Vorstellungen hinweg — ein einheitlicher sozialistischer Kampf gegen den Faschismus gefordert:

„Im revolutionären Kampf die Knechtschaft durch das Recht der Freiheit, die Gesetzlosigkeit durch die Ordnung des Sozialismus zu überwinden, ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterbewegung. [. . .]
Der revolutionäre Kampf erfordert die revolutionäre Organisation. Die alte Form, der alte Apparat ist nicht mehr, und Versuche zu seiner Wiederbelebung entsprechen nicht den neuen Kampfbedingungen, neue Organisationsformen mit opferbereiten Kämpfern müssen entstehen.
In der Wahl dieser Formen sind wir nicht frei [. . .] Kleine Gruppen bilden sich, sie müssen in teuer erkauften Erfahrungen die Technik ihrer Arbeit erwerben — ein Elite von Revolutionären." [48])

Ziel dieses revolutionären Kampfes ist u. a.:
„Sofortige entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer [. . .]
Sofortige entschädigungslose Enteignung der Schwerindustrie [. . .]
Vergesellschaftung und Übernahme der Großbanken durch die vom Reich bestimmten Leitungen.
Erst nach der Sicherung der revolutionären Macht und nach restloser Zerstörung der kapitalistisch-feudalen und politischen Machtpositionen der Gegenrevolution beginnt der Aufbau des f r e i e n Staatswesens mit der Einberufung einer Volksvertretung." [49])

Vergleicht man diese Forderungen mit der praktischen Politik der Sozialdemokratie nach 1918 — also mit einem Zeitpunkt, in der sie die Macht hatte und dies hätte möglicherweise durchführen können — so erkennt man ganz entscheidende Unterschiede. Rudolf Hilferding, der dieses Programm prägte, verschaffte sich hierdurch bei **allen** Widerstandsgruppen ein größeres Vertrauen.
Der Einfluß jedoch, den dieses Programm neben anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Exilgruppen auf die Widerstandsarbeit im Deutschen Reich hatte, darf nicht überschätzt werden.

Andererseits knüpfte das 1945 veröffentlichte „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald" noch an diese Einstellung sehr deutlich an. Hier ließt man:

„Begründet auf die Gedanken des Klassenkampfes und der Internationalität und auf das Bewußtsein, daß die Verwirklichung des Sozialismus nicht eine Frage des Zukunftsstaates, sondern die unmittelbare Gegenwartsaufgabe ist, wollen wir die Einheit der sozialistischen Bewegung als eine Einheit des praktischen Handelns, der proletarischen Aktion herstellen." [50]

Wurde diese Erkenntnis des gemeinsamen antifaschistischen Widerstandskampfes vor 1945 nach der Befreiung genutzt, oder fiel man wieder in die alte Parteistrukturen und den gegenseitigen Kampf der Weimarer Republik zurück? Dies gilt es zu prüfen, wenn man die Entwicklung der bundesrepublikanischen Sozialdemokratie betrachtet.

Von der Befreiung vom Faschismus bis zum Godesberger Programm

Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland braucht hier nicht ausführlich behandelt zu werden, vier Punkte mögen genügen:

1. **Alliierte Besatzung in den vier Besatzungszonen**
Die Alliierten führten jeweils ihre Gesellschaftsordnung in ihren Zonen ein, wobei sie auf stärkere und/oder schwächere Unterstützung der Bevölkerung rechnen konnten.

2. **Herausbildung des Kalten Krieges**
Mit der Zerschlagung des Faschismus war die gemeinsame Grundlage der Alliierten beseitigt. Die aus verschiedenen sozialen Systemen entstandenen Vorstellungen, was mit dem besiegten Deutschland zu machen sei, bewirkten bald ein Ende jeder Kooperation. Die amerikanische Besatzungsherrschaft — die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung die englischen und französischen Interessen weitgehend ausschalten konnten — versuchten bald, einen bürgerlich-demokratischen, antikommunistischen Teilstaat aufzurichten. For-

derungen nach Sozialisierung der Grundstoffindustrien wurden durch die Militärgouverneure unter fadenscheinigen Argumenten untersagt, Unterstützung erhielten hauptsächlich die Unternehmerorganisationen, gegenüber Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften oder Sozialdemokratie) war man äußerst skeptisch; die Währungsreform (1948) bevorzugte eindeutig die alten Sachwertbesitzer und stellte somit das erste Bindeglied zwischen der alten und der neu zu errichtenden Gesellschaftsordnung dar.

3. **Steiler wirtschaftlicher Aufstieg der westdeutschen Industrie**
Marshall-Plan, der den Amerikanern direkten Einfluß auf Investitionsrichtung und -höhe gewährte, Korea-Boom, günstiges Verhältnis von Qualifikation der Arbeiterklasse und Arbeitsplatzstruktur, Zustrom hochqualifizierter Arbeiter und Akademiker aus der DDR (bis 1961), Konsumnachholbedarf bei den cirka 12 Millionen Flüchtlingen.

4. **Wahlerfolge der CDU/CSU, solange der wirtschaftliche Aufstieg Erfolg versprach**
Mit Erhards „sozialer Marktwirtschaft", die politisch in allen Wahlen für die CDU-Regierung ausgenutzt wurde, einem ganz rigiden Antikommunismus, mit dem man — in Hinblick auf die SPD (wenn auch fälschlich) — immer wieder Stimmen erringen konnte, dem allgemeinen Aufstieg, der nur der CDU gutgeschrieben wurde, konnten die führenden Kreise der Gesellschaft in Wirtschaft und Verwaltung mit tatkräftiger finanzieller Unterstützung für die CDU — als der Partei, die ihre Interessen am besten vertrat — einen Wahlsieg nach dem anderen feiern.

Die Nachkriegsentwicklung der Sozialdemokratie

Direkt nach der Befreiung im Mai 1945 entwickelten sich innerhalb der Sozialdemokratie zwei, wenn auch ungleich starke Gruppen: die eine — später zur alleinigen Wirksamkeit gelangende SPD — um **Kurt Schumacher** und dem sozialdemokratischen Exil-Parteivorstand in Hannover, die andere in Berlin um **Otto Grotewohl**. Während Schumacher als entschiedener Gegner der Sowjetunion jegliche gemeinsame Arbeit mit der wiederentstehenden und von der Sowjetunion deutlich geförderten KPD ablehnte, da die Kommunisten — so Schumacher — lediglich „rotlackierte Nazis" [51]) seien, er also die falsche [52]) „Totalitarismus-These" von Rot=Braun wieder aufwärmte, um jegliche Einigungsbestrebungen dadurch von Anfang an abzublocken, versuchte Grotewohl in Berlin — wie auch andere in vielen Städten spontan ohne jede zentrale Weisung — aus dem antifaschistischen Kampf eine neue Organisation aller Sozialisten zu schaffen, um nicht wieder in die alten Parteistrukturen der Weimarer Republik zurückzufallen. Aber ebensowenig wie sich Jakob Kaiser in der CDU gegen Konrad Adenauer durchzusetzen vermochte — um hier eine soziale, christliche Partei zu schaffen — ebensowenig konnte sich Grotewohl gegen Schumacher durchsetzen, der bald die Führung der Sozialdemokratie in den Westzonen übernahm. Sicherlich ist es auch hierbei von Bedeutung, daß alle vier Besatzungsmächte (wenn auch aus unterschiedlichen Motiven) sich zu Beginn gegen eine geeinigte sozialistische Arbeiterpartei wandten, weil sie hierin eine Gefahr für ihre Besatzungspolitik sahen (die West-Alliierten, da sie eine starke antifaschistisch, anti-kapitalistische Bewegung fürchteten, die Sowjets, da sie um den Einfluß der von ihr geförderten KPD um Walter Ulbricht bangten).

Ebenso, wie die Alliierten nach Kriegsende auseinanderfielen, da nichts mehr ihre unterschiedlichen politischen Ansichten zusammenhielt, ebenso war es auch mit den antifaschistischen Kämpfern in Deutschland. Die Furcht vor einer Einheitsfront der Sozialisten, sowie die apolitisch, traditionelle Bindung an bestimmte Parteiorganisationen (die Rosenberg bereits für die Zeit nach dem ersten Weltkrieg analysiert hatte [53]) schuf wieder die traditionellen Parteien. Fast 95% der SPD-Mitglieder nach 1945 waren bereits vor 1933 in der SPD oder einer ihr angeschlossenen Organisation als Mitglied gewesen [54]).

Die Sozialdemokratie von 1949 bis zum Godesberger Programm

Nachdem die Politik der Schumacher-SPD in Bezug gegenüber der KPD eindeutig festgelegt und festgeschrieben war, die ausschließliche Arbeit im Parlament wieder als einzige Aufgabe der alten SPD (die nun fraktisch wiedergegründet, nicht neu gegründet wurde) angesehen wurde und jegliche außerparlamentarische Aktionen zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele als politische Waffe nicht in Frage kam, blieb als politisches Betätigungsfeld nicht viel übrig.

Während der Beratungen über das zukünftige Grundgesetz (1948/49) beschränkte man sich in der politischen Aktivität lediglich darauf, Möglichkeiten sozialstruktureller Veränderungen nicht ausschließen (so im Artikel 15 zu Fragen der Sozialisierung), da man irrigerweise — ebenso wie 1919 — davon ausging, daß bei den im Jahre 1949 anstehenden Bundestagswahlen die SPD die absolute Mehrheit erringen werde, und damit politische Veränderungen danach möglich würden.

So ließ man sich auch die Möglichkeiten der Veränderung **vor** der Institutionalisierung bundesweiter Gremien — wie etwa den bi-zonalen Wirtschaftsrat — leichtsinnig von der CDU aus der Hand nehmen, da man ja glaubte, nach 1949 die entscheidende Politik betreiben zu können, wenn eine demokratische Legitimation vorhanden war. Man war — so scheint es im nachhinein — blind gegenüber den realen politischen und wirtschaftlichen Vorentscheidungen, die zur ersten Bundestagswahlen getroffen wurden und die danach kaum noch rückgängig gemacht werden konnten, wollte man nicht mit Gewalt — und Gefahr für den wirtschaftlichen Aufbau — das ganze System umkrempeln, eine Vorstellung, die sicherlich nicht für die SPD charakterisierend ist.

Das Fehlen jeglicher Faschismus-Analyse bedeutete in diesem Zusammenhang, daß man dort wieder anknüpfte, wo man 1933 hatte aufhören müssen. Die Parteineugründungen entsprachen weitgehend denen der Weimarer Republik, wenn auch die CDU nicht nur die katholischen Wähler, sondern auch die Konservativen für ihre Politik mobilisieren konnte. Die katholischen Arbeiter zumindestens wählten insgesamte CDU. Ob möglicherweise dabei das Fehlen einer geeigneten, antifaschistischen, sozialistischen Arbeiterpartei eine Rolle spielte, daß man wieder die alte Partei wählte, ist nicht völlig auszuschließen.

So brachte die Wahl 1949 nicht nur eine politische Ernüchterung, sondern sie legte die SPD auch für die weitere Entwicklung als Oppositionspartei fest. Zwar stieg in den folgenden Wahlen der Stimmenanteil der SPD weiter (Genosse Trend) – so von 1949 29,2% (1953) 28,8%, (1957) 31,8%, (1961) 36,2%, (1965) 39,3%, (1969) 42,7% bis auf 1972 mit 46,2% – doch war die SPD (ausgenommen der jüngsten Wahlen) gegenüber den bürgerlichen Parteien stets im Nachteil.

„Nachdem die Wahlen 1953 wieder verloren waren, verlor die Parteiführung die Geduld und lief den Massenstimmungen des Wirtschaftswunders nach, statt sie als Operationsgrundlage zu betrachten und zu gestalten." [55])

Der von Schumacher konzipierte und für die Sozialdemokratie auch nach seinem Tod (1952) weiter gültige „dritte Weg" zwischen Kapitalismus und Bolschewismus, bedurfte – wollte man einerseits die Interessen der Arbeiter vertreten, anderseits bei den katholischen Arbeitern und bis in die Mittelschichten Stimmen bei Wahlen gewinnen – einer zumindest programmatischen Untermauerung. So war man seit Mitte der fünfziger Jahre mit der Formulierung und Ausarbeitung eines neues Programms beschäftigt, welche auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg im September 1959 verabschiedet wurde und bis heute Gültigkeit besitzt.

Das Godesberger Programm

„In der geschichtlichen Entwicklung der Sozialdemokratie bildet das Parteiprogramm von Godesberg vom November 1959 jenen Kilometerstein, an dem sich die Sozialdemokratie endgültig entschloß, nach ‚rechts' abzubiegen. Sie wollte nicht mehr länger eine Arbeiter- und Klassenkampfpartei sein – was sie im ursprünglichen Sinne schon in der Weimarer Republik nicht mehr gewesen war –, sondern eine ‚Partei des Volkes', wie es in dem Kapitel ‚Unser Weg' im Godesberger Programm heißt. Um diese Wandlung – oder besser: die nachträgliche Bestätigung einer schon längst vollzogenen Wandlung – zu unterstreichen, erhob die SPD das Godesberger Programm zum Grundsatzprogramm, was sicher heißen sollte, daß jedes Teil- oder Aktionsprogramm in Zukunft nicht von diesen Grundsätzen abweichen dürfe." [56])

Damit knüpft die SPD – vergegenwärtigt man sich die verschiedenen skizzierten Programme – an das anpassungsbedürftigte Görlitzer Programm an. Es bietet keine marxistische Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit, sondern nur allgemeinen Beschreibung über die menschliche Gesellschaft. Es ersetzt konkrete Analyse durch allgemeine **Grundwerte**, die je nach Interessenlage verschieden auslegbar sind. Ja es fordert sogar, die die bürgerliche Gesellschaft konstituierende private Marktwirtschaft aufrechtzuerhalten und sie auszubauen und geht in sofern noch über das Görlitzer Programm hinaus. In dem allgemein-gesellschaftlichen Teil liest man:

„Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens. [. . .]
Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung in Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren." [57])

Hier gleicht der Sozialismus einer Fata Morgana: Immer danach streben, es nie erreichen, nie verzagen, Mensch bleiben.

Faktisch besteht kein Endziel mehr, welche Folgen die allgemeinen Gesellschaftsreformen, die im Programm gefordert werden, im Endeffekt haben, bleibt im unklaren. Ebenso kann man nur rätseln, wie die Gesellschaft aussieht, wenn die Forderungen erfüllt sind (wie in den Skandinavischen Ländern?).

Am Beispiel der Aussagen über „Eigentum und Macht" soll die Methode der programmatischen „Analyse" kurz beschrieben werden. Nachdem auf die ständig weitergehende Konzentration in der Wirtschaft hingewiesen wird (allerdings nicht in Form einer Analyse der kapitalistischen Beweggungsgesetze, sondern auf der Ebene der Darstellung von Erscheinungen) heißt es:

„Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessengruppen werden. Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können." [58])

Hier bleibt so ziemlich alles im Unklaren und an der Oberfläche. Was ist das für ein Tier, das „gebändigt" werden muß, damit man ihm nicht zur „Beute" wird? Wo beginnt die „Hinderung des Aufbaus der Sozialordnung"? Was ist ein „leistungsfähiger mittlerer oder kleiner Betrieb", der gestärkt werden soll, um in Konkurrenz mit der Großindustrie bestehen zu können? Ist damit einer der 30 000 privaten, kleinen Zulieferfirmen von Siemens oder Mercedes gemeint? Erhofft man sich von diesen bedrohten Firmen Wahlunterstützung durch diese Anbiederung? Klar ist eines in diesem Kontext: Die Sozialdemokratie versucht sich in den allgemeinen Konzentrationsprozeß einzuschalten und die Klein-Kapitalisten vor den Groß-Unternehmen zu schützen. Bahnt sich hier eine neue Politik an???

Bei der Darstellung der Großindustrie wird es geradezu abenteuerlich:
„In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen." [59])
Emil Bandholz schreibt zu diesem Abschnitt: **„Für die großen Fragen, insbesondere für die Fragen mit den ‚anonymen Mächten' – in deren Diensten die Manager stehen – bedarf es nach Ansicht der Väter des Godesberger Programms offenbar ganz besonderer, spiritueller Fähigkeiten, mit denen die Parteiführung jetzt auch aufwarten zu können glaubte."** [60])

In welchen Teilbereichen des Programms man auch immer sich vertiefen mag, es verändert sich nichts an der Gesamteinschätzung: ein wohlformuliertes, liberales und demokratisches Programm einer Partei, die in der bürgerlichen Gesellschaft damit möglichst viele Menschengruppen anspricht (nach dem Motto: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen). Ein echtes Programm einer Volkspartei, die für alle wählbar sein will. Klassenbewußtsein oder Endziel? – davon hat man

sich gelöst, man ist über Marx hinaus(hinweg) gegangen, hat ihn „aktualisiert", angepaßt. Oder deutlicher: Man hat nicht Marx angepaßt, sondern ihn über Bord geworfen; angepaßt hat man nur die eigene Partei an die allgemeine Entwicklung einer monopolistisch-bürgerlichen Gesellschaft.

Diese Anpassung – bisher nur in der Praxis – jetzt auch im Programm, bedurfte der „äußerlichen Bestätigung", daß man aller radikalen Theorien „abgeschworen" hatte. Wie im ersten Weltkriege die kritischen Stimmen um Liebknecht, in den dreißiger Jahren die Stimmen Rosenfelds und Seydewitz ausgeschlossen wurden, so wurden nach Godesberg (rechtzeitig vor den nächsten Wahlen) die kritischen Stimmen im SDS und die sie stützenden Professoren (um Wolfgang Abendroth) ausgeschlossen; jüngst wiederholte sich dasselbe mit dem SHB, der seinerseits nach Ausschluß des SDS als „parteifromme" sozialdemokratische Studentenorganisation von Herbert Wehner aus der Taufe gehoben wurde. Die beginnende Notstandsdiskussion markierte in der Entwicklung einen weiteren Meilenstein der anpassungswilligen und anpassungsbedürftigen westdeutschen Sozialdemokratie.

1967 war die Sozialdemokratie schon bereit mit F. J. Strauß in eine Koalition zu gehen und die Wahl des letzten Jahres erbrachte ihr einen unverhofft klaren Erfolg. Es war der Sozialdemokratie gelungen, sich als Volkspartei auch den bisher CDU-wählenden katholischen Arbeiter und großen Teilen der Mittelschichten als wahre Volkspartei anzubieten. Die Unionparteien waren nach zwanzigjähriger Regierungszeit verbraucht. Neue Kräfte waren nötig, um diese Gesellschaft vor schlimmeren zu bewahren. Die Sozialdemokratie war dazu bereit.

Das Fazit

Kann man aus der Entwicklung der sozialdemokratischen Partei und ihren Programmen den Schluß ziehen, daß immer wieder „radikalere" Programme sich trotz gegenläufiger Entwicklung durchgesetzt haben: so in Erfurt, Heidelberg, im Prager Manifest und auch nach dem zweiten Weltkrieg in der Erklärung aus Buchenwald? Folgt nicht daraus, daß man in der SPD für eine kritisch-rationale Aufgeschlossenheit und Analyse der Gesellschaft kämpfen müsse, um sie wieder auf

den richtigen Weg zu führen? Zeigt nicht etwa die Geschichte nach der Vereinigung mit der Rest-USPD im Jahre 1922, daß durch das kritisch-marxistische Potential wieder in der Partei wirksam wurde, daß man also **in** der Partei die Partei ändern kann?

Die vielfältigen Möglichkeiten, innerhalb der Partei unbequeme Frager nicht erst zu Wort kommen zu lassen, sind an anderer Stelle bereits genauer untersucht worden. [61]) Untersuchungen etwa über die Innerparteiliche Demokratie oder über Modalitäten der Ausschlußordnung (wie kann man aus der Partei herausgeworfen werden und welche Rechte hat man) zeigen sehr deutlich, wie wenig (um nicht zu sagen: garnicht) die „Basis" — selbst wenn man einen Ortsverein „erobern" könnte — an Möglichkeiten besitzt, sich in der Gesamtpartei durchzusetzen. Die Abstimmungen auf sozialdemokratischen Parteitagen über Anträge von Ortsvereinen zeigen, daß der Parteivorstand durch geschicktes Taktieren und Handhaben von Geschäftsordnungen eigentlich immer nur ihm genehme Anträge passieren läßt (durch das System der „Empfehlungen" vom Parteivorstand), andere sang- und klanglos unter den Tisch fallen.

Außerdem — und das darf nicht vergessen werden — muß daran erinnert werden, daß trotz „radikalerer" Programme sich in der Geschichte der SPD damit deren realer Kurs, ihre reale Politik kaum geändert hat. Im Programmatischen konnte man sich solche Freiheiten leisten, solange sie nicht Wirklichkeit werden.

Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Entwicklungsgeschichte, so sieht man, daß an einigen Stellen Entscheidungen getroffen wurden (so in der Revisionismusdebatte und in der Massenstreikresolution), die über den Tag hinaus eine politische Einstellungsveränderung der Sozialdemokratie signalisierten, die für die Gesamtentwicklung von entscheidender Bedeutung war und ist.
Ihre selbstgewählte Beschränkung auf die parlamentarisch-bürgerliche Gesellschaft die als taktische Politik in einem bestimmten Zeitpunkt sicherlich sinnvoll sein kann, als politisches Endziel jedoch eine Preisgabe sozialistischer Vorstellungen gleichkommt, ist an einigen Nahtpunkten beschrieben worden.

Hier soll keinem platten Anti-Parlamentarismus das Wort geredet werden. Es gibt genügend Beispiele aus der linken Sozialdemokratie, in der Gegner des parlamentarischen Systems auch dessen Institutionen benutzten, um ihre politischen Absichten zu propagieren. Ähnlich könnte man auch die Politik studentischer Vertreter in Hochschulgremien interpretieren. Die Beschränkung der gesamten politischen Aktivität alleine auf solche Gremien — wie sie sich typisch innerhalb der Entwicklung der Sozialdemokratie immer mehr durchsetzte — ging einher mit einem immer weiteren Abrücken von vorhandenen Grundeinsichten und daraus abgeleiteten Vorstellungen über eine zu verändernde Gesellschaft.

Was übrig geblieben ist — und heute in der SPD zu studieren ist — sind eben nicht christliche Demokraten, nicht liberale Demokraten, sondern auf dem Boden unserer gewachsenen, parlamentarisch-kapitalistischen FDGO (freiheitlich-demokratische Grundordnung) soziale Demokration.

ANMERKUNGEN

[1]) Die jeweiligen Programme sind immer den entsprechenden Parteitagsprotokollen beigegeben. Die zitierte Stelle ist wiederzufinden in **Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891,** Berlin, S. 4; siehe hierzu auch Karl Kautsky, Bruno Schoenlank **Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm,** Berlin 1912. — Im folgenden werden Zitate aus sozialdemokratischen Parteiprogrammen nur aus dem Anhang des folgenden Buches zitiert, um das Wiederfinden zu erleichtern:
Wolfgang Abendroth, **Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Dos Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenz von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse,** Stimme-Verlag: Frankfurt am Main o. J., 2. Auflage 1969 [Copyright 1964], hier, S. 96.
[2]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. vor. Anm.), S. 133.
[3]) **Ebda.,** S. 93.
[4]) Karl Marx, „Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei", in **Marx-Engels-Werke, Bd. 19,** Berlin [DDR], 1962, SS 15-32.
[5]) **Ebda.,** S. 28.
[6]) siehe Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), SS 91f.
[7]) siehe **Marx-Engels-Werke, Bd. 4,** Berlin [DDR], 1959,
[8]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 24.
[9]) siehe hierzu Karl Erich Born, „Der soziale und wirtschaftliche Strukturwandel Deutschlands am Ende des 19. Jahrhunderts", in, Hans-Ulrich Wehler, Hrsgb., **Moderne deutsche Sozialgeschichte** (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 10), Köln, Berlin, o. J., [Copyright 1966], SS 271-284.
[10]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), SS. 27f.
[11]) siehe hierzu: Helga Grebing, **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick,** München, o. J., [Copyright 1966], SS. 94ff.
[12]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), SS. 95f.
[13]) **Ebda.,** S. 96.
[14]) Rosa Luxemburg, **Sozialreform oder Revolution?,** zitiert nach der 2. Auflage, in, dies., **Gesammelte Werke, Bd. 1, 1. Halbbd.,** Berlin [DDR], 1970, SS. 369-466, hier S. 427.
[15]) **Ebda.,** S. 428.
[15a]) Grebing, **Geschichte** . . . (s. o. Anm. 11) S. 101.
[16]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 39f. — Diese Fragen hat zuerst Robert Michels in seiner Arbeit untersucht. Vgl. hierzu Robert Michels, **Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens,** 2. verm. Auflage, Leipzig, 1925.
[17]) Friedrich Engels, „Einleitung [zu Karl Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895)]", in **Marx-Engels-Werke, Bd. 22,** Berlin [DDR], 1963, SS. 509-527, hier S. 519.
[18]) **Ebda.,** S. 525.
[19]) Friedrich Engels an Karl Kautsky vom 1. April 1895, in **Marx-Engels-Werke, Bd. 39,** Berlin [DDR], 1969, S. 452.
[20]) Friedrich Engels an Paul Laxfargue vom 3. April 1895, in, **Ebda,** S. 458
[21]) Engels, „Einleitung . . ." (s. o. Anm. 18), S. 524.
[22]) **Ebda.,** S. 525.
[23]) Eduard Bernstein, **Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie,** Hannover, 1921, S. 6 [Neudruck in der Reihe ro-ro-ro Texte des Sozialismusund Anarchismus, Reinbeck,1969, S. 9].
[24]) **Ebda.,** S. 12 [Neudruck, S. 14].
[25]) Henryk Grossmann, Carl Grünberg **Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus. Aufsätze aus dem ‚Wörterbuchder Volkswirtschaft'** [1931-1933], (Hrsgg. von Claudio Pozzoli), Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main, o. J. [Copyright

1971], S. 289. – Das in dieser Passage wiedergegebene Zitat von Bernstein ist zu finden in : Bernstein, **Die Voraussetzungen . . .** (s. o. Anm. 24), S. 230 [Neudruck, S. 196].

[26]) zitiert bei Grebing, **Geschichte . . .** (s. o. Anm. 11), S. 120.

[27]) Grossmann, Grünberg, **Anarchismus . . .** (s. o. Anm. 26), S. 285.

[28]) Im folgenden Buchtitel sind die wichtigsten Aufsätze aus **Die Neue Zeit** mit einer Einleitung über dieses Thema zusammengefaßt und neu herausgegeben worden: Antonia Grunenberg, Hrsgg., **Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek.** (= Reihe: Arbeiterbewegung. Theorie und Geschichte), Europäische Verlangsanstalt: Frankfurt am Main, o. J., [Copyright 1970].

[29]) Peter Nettl, **Rosa Luxemburg, Vom Autor gekürzte Volksausgabe,** Kiepenheuer & Witsch: Berlin-Köln, o. J. [Druck 1969], S. 137. Titel der Originalausgabe: **Rosa Luxemburg, Abridged edition,** Oxford Univertity Press 1969.

[30]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 32.

[31]) Erklärung Hugo Haases vor dem deutschen Reichstag, in, **Verhandlungen des Reichstages, XIII. Legislaturperiode, II. Session,** Bd. 306, Berlin 1916, S. 8/9, wieder abgedruckt u. a. in Eugen Prager, **Geschichte der U. S. P. D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,** Verlagsgenossenschaft Freiheit: Berlin 2. Auflage 1922, SS. 24f.

[32]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 47.

[33]) Wolfgang Abendroth, **Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration.** Rothe-Verlag: Heidelberg 1954, S. 19.

[34]) Arthur Rosenberg. **Entstehung der Weimarer Republik,** (Hrsgg. von Kurt Kesten), Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main, o. J., [Copyright 1961], S. 155.

[35]) Die Politik dieser drei Gruppen in der Novemberrevolution und deren allgemeiner Forderungen lassen sich anhand ihrer Zeitungsorgane jeweils verfolgen: **Vorwärts** (SPD), **Die Freiheit** (USPD), **Rote Fahne** (KPD(S). Die ersten Forderungen im November sind u. a. abgedruckt in: Richard Müller, **Vom Kaiserreich zur Republik, Band 2. Die Novemberrevolution,** Malik-Verlag; Wien, o. J., [Copyright 1925], SS. 234ff.

[36]) Grebing, **Geschichte . . .** (s. o. Anm. 11), S. 162.

[37]) **Ebda.,** S. 169.

[38]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 102.

[39]) **Ebda.,** S. 57; vgl. hierzu Grebing, **Geschichte . . .** (s. o. Anm. 11), SS. 178ff.

[40]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 102f.

[41]) Grebing, **Geschichte . . .** (s. o. Anm. 11), S. 170.

[42]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 108.

[43]) **Ebda.**

[44]) **Ebda.,** S. 58.

[45]) Erich Matthias, „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands", in, Erich Matthias, Rudolf Morsey, Hrsgg., **Das Ende der Parteien 1933,** Droste-Verlag: Düsseldorf, o. J., [Copyright 1960], SS. 101-278, hier SS. 170ff.

[46]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 68; vgl. ferner Matthias „Die Sozialdemokratische . . ." (s. vor. Anm.), SS. 175ff.

[47]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 116.

[48]) **Ebda.,** S. 114.

[49]) **Ebda.,** S. 117.

[50]) **Ebda.,** S. 126f.

[51]) zitiert nach Ernst-Ulrich Huster, Gerhard Kreuker, Burkhard Scherer, u. a., **Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949,** Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, o. J., [Copyright 1972], S. 146.

[52]) vgl. hierzu u. a. Helga Grebing, **Rechts = links. Links = rechts. Die falsche Gleichung,** (= Information und Analyse. Materialien zur politischen Bildung, hrsgg. von Hessische Landeszentrale für politische Bildung) Nr. 1, 1971, Wiesbaden.

[53]) siehe hierzu Arthur Rosenberg, **Geschichte der Weimarer Republik,** (Hrsgg. von Kurt Kersten), Europäische Verlangsanstalt: Frankfurt am Main, o. J., [Copyright 1961], SS. 25ff.

[54]) Huster . . ., **Determinanten . . .** (s. o. Anm. 52), S. 147.

[55]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 74.

[56]) Emil Bandholz, **Zwischen Godesberg und Großindustrie oder Wo steht die SPD,** Rowohlt-Verlag: Reinbeck, o. J., [Copyright 1971], S. 11.

[57]) Abendroth, **Aufstieg . . .** (s. o. Anm. 1), S. 129.

[58]) **Ebda.,** S. 134.

[59]) **Ebda.**

[60]) Bandholz, **Zwischen Godesberg . . .** (s. o. Anm. 57), S. 14.

[61]) vgl. etwa Hans See, **Volkspartei im Klassenstaat oder das Dilemma der innerparteilichen Demokratie,** Rowohlt- Verlag: Reinebeck, o. J., [Copyright 1972]; Gert Börnsen, **Innerparteiliche Opposition, Jungsozialisten und SPD,** Runge-Verlag: Hamburg, o. J., [Copyright 1969]; Sylvia Streek, Wolfgang Streek **Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt,** Suhrkamp-Verlag: Frankfurt am Main, o. J., [Copyright 1972].

„Verbesserung der Qualität des Lebens" oder Erhaltung der Qualität des Leidens?

„Das Kapital, das so „gute Gründe" hat, die Leiden der es umgebenden Arbeitergenerationen zu leugnen, wird in seiner praktischen Bewegung durch die Aussicht auf zukünftige Verfaulung der Menschheit . . . so wenig und so viel bestimmt als durch den möglichen Fall der Erde in die Sonne." (Marx-Engels-Werke Bd. 23 S. 285)

Als „Regierung der inneren Reformen" war 1969 die erste SPD/FDP-Regierung unter Führung von Willy Brandt angetreten. Gleich bei sich selbst wollten die Sozialdemokraten übereifrig mit den Reformen beginnen. Nicht die wichtigste Reform, aber dennoch ein Zeichen für den Neubeginn sollte dieser Ansatz sein:

„Die Regierung muß bei sich selbst anfangen, wenn von Reformen die Rede ist. Die Zahl der Ministerien wurde vermindert, eine erste Flurbereinigung der Ressortzuständigkeiten vorgenommen. Wir werden diese Bemühungen fortsetzen, um Verantwortlichkeiten klarer festzulegen und Doppelarbeit zu vermeiden." [1])

Von diesen guten Vorsätzen ist heute allerdings nicht mehr viel übrig geblieben. Man schaue sich die neue Regierung an und sieht ein aufgeblähtes Kabinett, Kompetenzenwirrwarr, die Verteilung von Pfründen an meist „gestandene" Herrschaften. So wenig die SPD/FDP-Regierung das Bei-sich-selbst-anfangen durchgehalten hat, brachte sie auch auf dem Terrain gesellschaftlicher Reformen zustande. Weder wurden – soweit überhaupt derart vage Aussagen in ihrer Erfüllung meßbar sind – „mehr Humanität in unserer Gesellschaft, gleiche Lebenschancen, mehr soziale Gerechtigkeit" noch „mehr Freiheit für den einzelnen" [2]) – wie die Versprechen gelautet haben – durchgesetzt. Daß auch die „neue" Ostpolitik einem intuitiv-positiven Verständnis von „Reform" nicht gerecht werden kann, wurde an anderer Stelle in dieser Zeitung nachgewiesen. [3]) Stattdessen geht die SPD heute dazu über, lediglich die selbe Melodie in einer anderen Tonart erklingen zu lassen: Das Schlagwort, mit dem die SPD 1969 die Wahlen gewann, die „inneren Reformen", wird ausgetauscht gegen „Verbesserung der Lebensqualität".

Ob davon mehr zu erwarten ist als von den „inneren Reformen" soll in einigen Aspekten beleuchtet werden. *)
(Anmerkung nebenstehend)

Ideologie . . .

Prinzip der SPD scheint es zu sein, an geeigneten Stellen auf die Fehler und Versäumnisse von 20 Jahren CDU-Politik hinzuweisen, um sich selber als Retter in der Not präsentieren zu können. Die Ablösung der Erhard-Regierung durch die Große Koalition – erstmalige Regierungsbeteiligung der SPD – leistete solchen Interpretationen Vorschub; besonders des ehemaligen SPD-Mannes Schillers Verdienst soll es danach gewesen sein, die Rezession zu beenden. Auf der gleichen Welle lief die Argumentation zur „neuen" Ostpolitik. Und weil bisher gut damit gefahren, bedient man sich dieser Darstellungsweise auch in Bezug auf den komplexen Problemkreis, dessen Bewältigung heute mit dem Stichwort „Verbesserung der Lebensqualität" zusammengefaßt wird.

Die Situation (1971):
„Seit über zehn Jahren weiß man, daß die Vermögensbildung höchst unbefriedigend verläuft; daß mehr getan werden muß für Bildung und Ausbildung, daß das Angebot an öffentlichen Leistungen nicht ausreicht, daß wir den Umweltschutz vernachlässigt haben." [5])
Die Versäumnisse der Vergangenheit:
„das langjährige Fehlen jeglichen Vorausdenkens des Entwicklungsprozesses macht sich nun überall bemerkbar." [6])
Die Voraussicht der Partei, die nun handeln will:
„Ich habe vor mehr als zehn Jahren zum Kampf gegen die Umweltgefahren aufgerufen." Aber: „Als diese Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, fand sie noch nicht einmal eine Konzeption für Umweltschutz vor." [7])
Doch die SPD kommt – nun quasi in Erfüllung des Willens des Weltgeistes – zur Macht und zieht die Konsequenzen:
„Die Bundesregierung ist jetzt dabei, das verbesserte Instrumentarium zur mittelfristigen Planung mit der erforderlichen langfristigen Aufgabenplanung zu verknüpfen." [5])

. . . und Realität

Diese Darstellung, die Brandt hier gab als Argument für die Notwendigkeit einer SPD-Regierungsverantwortung wird der Entstehungsgeschichte von Konzepten der Verbesserung der Lebensqualität jedoch nicht gerecht – unabhängig davon, ob Brandt seit längerem bereits die Probleme des Umweltschutzes gesehen hat. Immerhin war die SPD zu jener Zeit (1971) schon seit vier Jahren (mit) an der Macht, o h n e entscheidendes zu tun, was Brandt mit der Notwendigkeit umfassender Planung entschuldigte. Diese (durchaus notwendige) Planung eingeleitet zu haben, ist allerdings n i c h t der SPD ins Erfolgsbuch zu schreiben, obwohl sie das gerne beansprucht. Vielmehr zeichnet dafür wie auch in mancherlei anderen Beziehungen wieder einmal der „große Bruder" in Amerika verantwortlich.

Drei Dimensionen und ein Interesse

Den USA stellen sich Fragen des Umweltschutzes, der Bildung, der Gesundheitspflege etc. schon seit Jahren mit einer derartigen Schärfe, daß, nur um größere soziale Unruhen, gar systembedrohende Revolten zu vermeiden, die amerikanische Regierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen ist. Seit 1960 werden deshalb in den USA im Auftrage der Regierung systematisch Untersuchungen angefertigt, als wissenschaftliches Fundament von Lösungstrategien für soziale Probleme und als Zielfindungsforschungen [8]), die dem für breite Massen immer unerträglicher werdenden System noch Entwicklungsperspektiven und -ziele unterstellen sollen. Die Nixon-Administration hat schließlich Ende der 60-er Jahre den Begriff „Quality of life" hervorgebracht, mit dem die amerikanische Regierung noch immer ihr Nichtstun gegenüber dem amerikanischen Volk zu kaschieren sucht. Wo sie aber handelt, wird „Quality of life" über organisierte Völkermordprogramme vernichtet.

Der Träger dieser Vernichtungsprogramme ist die NATO – ebenso wie sie der Überträger der „Quality of life"-Idee nach Europa ist.
Es begann am 10. April 1969. Im Jubiläumsjahr – 20 Jahre NATO – trafen die Außenminister der NATO-Staaten in Washington zusammen. (Westdeutscher Vertreter: Bundesaußenminister Willi Brandt!)
„Rapide soziale Veränderungen in den Nato-Staaten zwangen den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Mr. Nixon, einen gewagten Vorschlag zu machen . . . er sprach die Überzeugung aus, daß „die westliche Allianz . . . eine soziale Dimension braucht, um sich mit unseren Sorgen um die Qualität des Lebens in diesem letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts zu beschäftigen." [9])
Was „rapide soziale Veränderungen" noch eher signalisieren, die latente Systemgefährdung, die in einem Anwachsen der neuen gesellschaftlichen Probleme (Umweltverschmutzung etc.) liegt, wird allerdings in der offiziellen Begründung des

---

*) Größte Beschränkung angesichts der Komplexität des Themas ist in einem solchen Artikel leider notwendig. So konnte z. B. überhaupt nicht der wichtige Beitrag, den die **gewerkschaftliche Diskussion** zum Thema liefert, behandelt werden. Immerhin war es die IG-Metall gewesen, die auf einer Arbeitstagung zum Thema „Lebensqualität" 1972 in Oberhausen für die BRD-Geschichte die bisher einzige umfassendere Bestimmung von Inhalten und politischen Konsequenzen durch eine breite Diskussion zwischen Wissenschaftlern, Politikern und Gewerkschaftern versuchte. Vielleicht kann zu dieser Diskussion im Zusammenhang mit einem anderen hier ebenfalls herausgelassenen Bereich später Stellung genommen werden: Dem **Entwurf eines SPD-Langzeitprogrammes.** Im April wird dieser Entwurf auf einem SPD-Parteitag in Hannover der Partei zur Stellungnahme vorgelegt, wo heftige Kritik der Parteilinken zu erwarten ist.
Keineswegs zuletzt fehlt hier auch eine Darstellung der weiteren **geschichtlichen Dimension,** eine Zerstörung der Vorstellung, als sei das Problem der Lebensqualität e i n Novum in der Geschichte des Kapitalismus, dessen sich die SPD sofort annimmt. Denn es finden sich „ausreichend Belege dafür, daß die kapitalistische Naturvereinnahmung seit der Industrialisierung eben immer auch ihr Katastrophen-Bild mitproduzierte." [4]) (Kade, Krusewitz)

Nixon-Vorhabens hinter schwammigen Worten und dadurch verschleiert, daß die Behebung der von dem Gesellschaftssystem angerichteten Schäden flugs an das System als „Zukunftsaufgabe" zurückgegeben wird, unter die die Massen und ihre Hoffnungen zu subsumieren sind:
„Die Industriestaaten haben keine dringendere gemeinsame Aufgabe als die, den Menschen des 20. Jahrhunderts mit seiner Umwelt in Einklang zu bringen — (wohlgemerkt: Den Menschen mit der Umwelt und nicht umgekehrt! d. Verf.) die Welt für den Menschen einzurichten und ihm zu zeigen, wie er mit der sich rasch wandelnden Welt in Harmonie zu leben vermag." [10])

Die Frage kann in diesem Zusammenhang allerdings nicht sein, warum sich ausgerechnet die NATO einem solch unmilitärischen Thema, wie „Verbesserung der Lebensqualität" annimmt. Vielmehr ist diese Tatsache für das Selbstverständnis der NATO-Staaten logisch und konsequent. Indem dies erläutert wird, sollte eher die Frage gestellt werden, was es mit der „Lebensqualität" auf sich hat, wenn sich gerade die NATO ihrer (im internationalen Zusammenhang sogar als erste Organisation) besonders angenommen hat.

Im Mai 1956 wurde von der Nord-Atlantik-Versammlung, dem höchsten Gremium der NATO, ein Dreierkomitee für nichtmilitärische Zusammenarbeit gegründet, zur Entwicklung politischer, ökonomischer und kultureller Zusammenarbeit. Damit wurde die **Hauptaufgabe der NATO** deutlich gemacht,
„die Erhaltung militärischer und politischer Solidarität, um einer Aggression zu begegnen." [11])
Die NATO versteht sich in diesem Sinne allerdings schon seit ihrer Gründung als multinationale Organisation mit nicht nur gegen äußere Feinde gerichteter militärischer Zweckbestimmtheit, sondern ebenso als **Garant der politischen Ordnung der Mitgliedsstaaten** bzw. ihres globalen „Einflußbereiches".

Als **„second dimension"** hob die NATO 1967 aus der Taufe, was sich später auch als die „neue" Ostpolitik der SPD darstellte:
„eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs mit der UdSSR und ihren Partnern." [12])

Systemstabilisierung im besonderen und im allgemeinen

Als **„Nato's third dimension"** wurde schließlich die Notwendigkeit bezeichnet, über die militärische Polarisierung gegen die osteuropäischen sozialistischen Staaten zur Stabilisierung des politischen Systems des Kapitalismus („Kalter Krieg") hinaus **den westlichen kapitalistischen Gesellschaftssystemen durch interne, direkte Eingriffe die Stabilität zu erhalten, die durch zunehmende soziale bzw. gesellschaftliche Widersprüche und Probleme gefährdet erscheint.**
Oder um die Funktion der NATO mit den Worten des ehemaligen Assistant Secretary General of NATO for Sientific Affairs, Prof. Gunnar Randers zu beschreiben:
„Die NATO ist mehr als eine militärische Allianz. Sie ist eine Allianz für die Stabilität ihrer Mitgliedsstaaten." [13])
Was der Vertreter Westdeutschlands, Ralf Dahrendorf mit den Worten ergänzte:
„Sicherheit hängt genauso von der Lebensfähigkeit unserer Gesellschaften ab, wie von der Kraft unseres Militärs." [14])

Die NATO-Außenministerkonferenz 1969 nahm die Nixon-Initiative prompt auf und gründete ein **„Komitee für die Aufgaben der modernen Gesellschaft" (CCMS).** Seitdem führt das CCMS eine wachsende Zahl von Forschungsprojekten durch, die — meist von den USA vorgeschlagen — zum einen wesentlich deren Interessen an der kurzfristigen Lösung ihrer eigenen Probleme entsprechen, zum anderen die Funktion langfristiger Herrschaftsstabilisierung in den anderen NATO-Staaten durch die USA vermittels des Instruments NATO haben. Für einen Kenner der Szene ging es beim Beschluß der diversen Projekte, bei der Auswahl der teilnehmenden Länder und vor allem bei der Verpflichtung der „pilot countries", die die Projekte finanziell und organisatorisch zu tragen haben, nie ohne US-Druck auf die „Verbündeten" ab:
„. . . haben jetzt die wichtigsten westeuropäischen NATO-Regierungen unter US-Druck eine „Konvention über Informationsaustausch" mit Washington abgeschlossen."
„. . . mußte unter US-Druck die kanadische Regierung die „Führung" in einem Studienprojekt . . . übernehmen, weil die USA den St. Lorenz Strom und die großen nordamerikanischen Seen säubern wollten."
„Für „Meßmethoden" für die Luftverschmutzung wurden die Bundesregierung und Ankara von den USA zur Zusammenarbeit genötigt" etc. etc. [15])
Noch 1969 bestand für die USA weit mehr als für die anderen NATO-Staaten die
„Notwendigkeit, sehr schnell brauchbare — wenn nicht gar notwendigerweise perfekte — Lösungen für einige krisenhafte Probleme zu finden." [16])
Trotzdem wäre der Eindruck falsch, daß die USA in Ausnutzung ihrer Vormachtstellung die „Verbündeten" ausschließlich zur Lösung amerikanischer Probleme funktionalisierten. Vielmehr **ist der Druck auf die Verbündeten vor dem Hintergrund der Antizipation ähnlicher zukünftiger Problemlagen in den anderen NATO-Staaten als Versuch zu verstehen, schon damals langfristige Strategien zur frühzeitigen Bekämpfung der erwarteten Krisenerscheinungen besonders in den europäischen Ländern zu entwickeln.** Die Tatsache, daß erst nach der Nixon-Initiative die anderen NATO-Staaten
„plötzlich meinten, daß es grundlegend wichtig sei, organisierte Strukturen herauszubilden, über die man sich mit Umweltproblemen beschäftigt" [17])
wird daraus erklärt, daß
„die NATO im Stande ist, die Aufmerksamkeit und die Reaktionen der Regierungen in hohem Grade zu lenken." [18])
Was nichts anderes heißt, als daß die „Führungsmacht der westlichen Welt" mit Hilfe der NATO als Instrument zur langfristigen Sicherung kapitalistischer Herschaftsverhältnisse über die „Verbündeten" schalten und walten kann.

Wenn die USA derartig die NATO („der politische Ausdruck der höchst lebendigen Bindungen zwischen Europa und Nordamerika" [19])) benutzen, um die anderen NATO-Staaten zum Umweltschutz zu zwingen, so tun sie dies, indem sie derart ihren Beitrag zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftssysteme leisten, wohlwissend des „Neben"effekts, daß sie damit auch die Existenz der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in den USA stärken, weil sie der Gefahr der Isolierung durch die Festigung des Bündnisses begegnen. **Es ist dann auch kein Zufall, daß andere internationale Organisationen, wie UN oder OECD nur soweit Unterstützung in Sachen Umwelt-**

schutz finden, daß sie den NATO-Programmen fortwährend hinterherhinken. So „beeindruckend" ist die „Qualität der NATO". [20])

„Quality of life" across the ocean

Nachdem so über die NATO die Fragen des Umweltschutzes, der Sozialpolitik etc., allgemein der Lebensqualität den europäischen Staaten nahegedrängt wurden, **finden sich prompt die Spuren auch in der westdeutschen Politik.** Brandt selbst war ja — noch in den Zeiten seiner Außenministertätigkeit — persönlich an den entsprechenden Sitzungen beteiligt und hatte, wie er auf der 72-er Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung betonte, an NATO-Entschlüssen „einigen Anteil", wie es „den Eingeweihten . . . bekannt" ist. [21])
Unverarbeitet und noch nicht den politischen Verhältnissen in Westdeutschland angepaßt tauchen noch 1971 die amerikanischen Originalvokabeln auf:
„Standard of living und quality of life sind . . . nicht das selbe." [22]) *und analog dem Namen des NATO-Ausschusses „geht es . . . um die Bedingungen und Möglichkeiten eines modernen Staates."* [23])
Selbst in jüngsten Äußerungen läßt sich noch immer ein **Moment von Distanz zum Begriff Lebensqualität** bei Brandt feststellen, während zumindest die SPD-„Linken" den Begriff schon mit großer Selbstverständlichkeit gebrauchen: Um die Linken der SPD nicht arg zu sehr abzudrängen, machte er marginale Zugeständnisse bei der Ausfertigung seiner Regierungserklärung und empfahl:
„sich der Diktion seines Kabinettslinken Erhard Eppler anzupassen und problembewußter zu schreiben: „Das Problem, das man (!) Qualität des Lebens nennt, muß in der Einleitung zu IV noch deutlich werden." [24])

Unter dieser Blickwinkel erscheint Brandt's Rede auf dem SPD-Parteitag 1970 in Saarbrücken über „die Aufgaben und die Möglichkeiten der Sozialdemokratie in den 70-er Jahren" eher bestimmt durch die Einwirkungen der- und aus den USA, denn als überzeugender Ansatz, den die Sozialdemokratische Partei selbst hervorgebracht hätte, der originär mit der SPD zu identifizieren wäre. Eher **wurde hier wiederholt, was Nixon in den USA schon vorexerziert hatte und worauf auch die Bundesregierung mit Hilfe der NATO gestoßen wurde:**

Gekonnt gekupfert

Im Juni 1969 beauftragte Nixon ein eigens dazu gegründetes Team, den **National Goals Research Staff,** ein langfristiges Programm auszuarbeiten, das Auskunft geben sollte über zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen, längerfristige Konsequenzen der feststellbaren sozialen Tendenzen, alternative Entscheidungsstrategien, Entscheidungssysteme, die Qualität des sozialen Wandels und die Messung der Qualität des amerikanischen Lebens. Zur Erforschung dieser Fragestellungen sollten die Techniken der modernen Ökonomie zur Anwendung gebracht werden [25]). Das wesentlichste Ergebnis der Studie, die bis Juli 1970 fertiggestellt wurde, war, daß sie in das Zielbündel traditioneller Globalsteuerungskonzepte: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, ausgeglichene Außenhandelsbilanz, hohes Wirtschaftswachstum die Dimension der Lebensqualität als fünfte Komponente eingliederte.

Ähnliches konzipierten denn auch die Sozialdemokraten auf ihrem '70-er Parteitag, wenngleich Lebensqualität nicht als Begriff, so doch mit dem damit verbundenen Inhalt auftauchte:
„Was wir . . . dringend brauchen, das ist ein gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept, ein quantifiziertes Langzeitprogramm der deutschen Sozialdemokraten." [26])
„Wir brauchen Zielvorstellungen und Zukunftsplanungen" [27])
„Es soll darum gehen, die Weichen so zu stellen, daß die wachsenden wirtschaftlichen Möglichkeiten der 70-er und 80-er Jahre mit Entschiedenheit für die Infrastruktur, für die Lösung der Umweltprobleme, für die gesellschaftliche Komponente des Wohlstandes eingesetzt werden können." [28])
„Sozialdemokratische Zielvorstellungen von einer humanen Welt treffen sich hier mit den Zielvorstellungen der Ökonomen!" [29])
Als Inhalte, die langfristiger Planung unterworfen werden sollen, werden von Brandt genannt, ein qualitativ bestimmtes Wirtschaftswachstum, ein Ausbau der Infrastruktur verbunden mit der Behebung der „öffentlichen Armut" durch eine überproportional zum Wirtschaftswachstum sich vollziehende Steigerung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, Bildung, Mitbestimmung, Umweltschutz u. a. Dies alles sollte von einer Kommission durchgearbeitet werden, die den Auftrag bekam, bis 1972 ein „Langzeitprogramm" vorzulegen. Insofern tradierte sozialdemokratische Inhalte in diese Diskussion und Konzeption der Kommissionsarbeit mit eingingen, übertrafen die SPD-Pläne sogar die Nixon-Vorstellungen. Doch in der Folgezeit wurde es wieder ruhiger um die Fragen der Lebensqualität. Auf dem '71-er Parteitag in Bonn traten Bekenntnisse zum Gegebenen in den Vordergrund. Weitgehende Anpassung an die „Sachzwänge", denen die Regierung im kapitalistischen Staat ausgesetzt ist, kennzeichnen die Brandt'schen Statements:
„Zu diesem Staat, den sie mitgeschaffen haben (!) stehen die deutschen Sozialdemokraten ohne wenn und aber!" [30])
oder gegen die Selbsttätigkeit der „Bürger":
„Das gewählte Parlament muß das letzte Wort haben, nicht nur im Bund, auch in Ländern und Gemeinden." [31])
Zu den Problemen der Lebensqualität blieb eine einzige völlig allgemeine und konsequenzlose Äußerung übrig:
Es gelte,
„den Alptraum einer Zukunft zu bannen, über die wir Menschen die Herrschaft verlieren, die Furcht vor einer übertechnisierten Zivilation, die an sich selbst erstickt." [32])
Zwar keinen Deut konkreter benannte Brandt das Thema immerhin doch in seiner Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises in Stockholm. Offensichtlich saß inzwischen fest, was seit 1969 offizielle NATO-Definition war, daß auch Umweltpolitik Friedenspolitik sei — Brandt hat dies so auch selbst einmal betont — eine Friedenspolitik allerdings, die dafür sorgt, daß die Herrschaft des Kapital „in Frieden gelassen" wird. Und so konnte er nicht umhin zu erwähnen, was seit zwei Jahren in der NATO als „third dimension" Bedeutung hatte:
„Wenn die natürlichen Vorräte an Wasser, Sauerstoff und lebendiger Substanz unseres Planeten zur Neige gehen, wird eine vergiftete und verhungernde Menschheit nicht mehr nach einer Friedensordnung fragen, um die wir uns heute bemühen (!). Die Frage, wie die endlichen Ressourcen dieser Erde zu verwalten sind . . . wird zunehmend gestellt und beantwortet werden müssen." [33])

Wenn, abgesehen von Äußerungen und Planvorhaben, die als

angeregt durch die amerikanische Initiative zu interpretieren sind, auch in den vergangenen Jahren einer SPD-bestimmten Regierung recht wenig getan wurde, was auf Erfüllung der großen Versprechen aus wäre, ja nicht einmal in erforderlichem Maße konkrete Initiativen ergriffen wurden, dann ist dies nur ein Zeichen, daß der öffentliche Druck zum Handeln noch nicht so stark geworden ist, daß er Maßnahmen vorantreiben könnte, die über die einseitig auf Systemstabilisierung zielenden NATO-Anstrengungen hinaus wirksam das Problem Lebensqualität angegangen hätten. Je mehr aber die Probleme drängen, desto mehr entwickeln sich linke Kräfte — auch innerhalb der SPD — zum Träger notwendiger Änderungen. Die SPD gerät dabei zunehmend in die Zwickmühle, mit der Bekämpfung der Linken das Kind mit dem Bade auszuschütten. Dies signalisiert die Brandt'sche Distanz zu Fragen der Lebensqualität.

Ein „Verbündeter" wird lebendig

Die Bemühungen der SPD laufen somit auch mehr in andere Richtungen. **Als der getreue Eckard der USA verfolgt die Bundesregierung in der Europäischen Gemeinschaft die Verbreitung und Fundierung jener Systemstabilisationsanstrengungen, wie sie auf die Nixon'sche NATO-Initiative zurückgehen.**

Schon im Mai 1970 kündigte Brandt an, was sich zwei Jahre später in einer westdeutschen „Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik", eingebracht auf der Pariser Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft im Oktober 1972, niederschlug:

„Die Wirtschaftskraft dieses großen europäischen Zusammenschlusses muß dazu führen, Fortschritte für die gesellschaftliche Ordnung der Europäer zu ermöglichen. Diese Wirtschaftskraft muß die Grundlage sein für eine fortlaufende Verbesserung der sozialen Situation der Menschen in Europa, für einen systematischen und intensiven Ausbau der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten und für eine moderne Infrastruktur in allen in Betracht kommenden Regionen Europas." [34])

Die NATO ist auch diesmal dabei. Einen Monat vor dieser Ankündigung Brandt's, im April 1970, berichtete Gunnar Randers dem CCMS:

„Es ist vorgesehen, mit dem gemeinsamen Markt in Verbindung zu treten, der offensichtlich . . . erwägt, eine Initiative auf dem Gebiet der Umwelthygiene zu ergreifen." [35])

Das Ergebnis dieses „in Verbindung treten" läßt sich dann auch in den Brandt'schen Äußerungen auf der Pariser Gipfelkonferenz deutlich feststellen:

„Wir werden über unser Verhältnis zu den großen Partnern der Industriewelt (!), insbesondere den Vereinigten Staaten, zu sprechen haben" . . . „Die erweiterte Gemeinschaft kann sich nicht damit begnügen, in der Welt lediglich durch ihr wirtschaftliches Gewicht präsent zu sein. Sie muß diese Präsenz in den Dienst allgemeinpolitischer Aufgaben stellen" . . . „Der Indentität im Innern muß zunehmend auch die Identität nach außen entsprechen" . . . „Die Bundesregierung d r ä n g t deshalb darauf, daß wir uns hier dazu entscheiden, einen organischen Dialog z u n ä c h s t mit unserem w i c h t i g s t e n Partner, den USA, in die Wege zu leiten." [36])

Die Bundesregierung, deren Aufgabe es schon früher war, in Westeuropa eine internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit für NATO-CCMS-Projekte herzustellen, vollzieht hier die Rückkopplung der Nixon-Initiative, indem sie die Europäische Gemeinschaft auch politisch im Rahmen der Sozial- und Umweltpolitik auf die engste Zusammenarbeit mit den USA zu verpflichten sucht. Der Hinweis auf den großen Partner der **Industriewelt** macht dabei einmal mehr deutlich, wo die „Identität im Innern" zu suchen ist — wenn man den verschleiernden Begriff Industriewelt durch das dort und nicht nur dort herrschende Kapital ersetzt. Daß unter „Identität nach außen" die Nordatlantische Allianz zu verstehen ist, spricht aus sich selbst.

Na - Prima!

Damit hat geklappt, was Nixon über die NATO („eine handlungsorientierte Organisation") zu erreichen suchte:

„Das CCMS-Programm zielt, so wie es konzipiert ist, darauf ab, die Regierungen in Bezug auf Umweltfragen zum Handeln zu bewegen." [37])

Der Handlungsz w e c k wird ebenfalls im in Paris vorgelegten Programm benannt:

„Gleichrangig neben der wirtschaftlichen Integration sollte die sozial- und gesellschaftspolitische Integration stehen, um zur dauerhaften Sicherung und dynamischen Entfaltung der W i r t s c h a f t s - u n d W ä h r u n g s u n i o n (!) zu gelangen." [38])

„Klasse! In 2 Meter Tiefe bin ich auf Wasser gestoßen."

Dazu sei es notwendig, daß insbesondere auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Verbesserung der Lebensqualität *„mit anderen im Bereich des Umweltschutzes tätigen internationalen Organisationen . . . verstärkt zusammengearbeitet" wird.* [38a])
— was auf Grund seines Vorsprungs und Vorrangs in allererster Linie nur das NATO-CCMS-Projekt sein kann.

Derart auf die Sicherung der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedacht, vielschichtig durchgeführt auf der Basis umfassender NATO-Programme in Abhängigkeit von den Initiativen, die gen Europa das Weiße Haus verlassen, erhält Brandts Bekenntnis in einer seiner Friedensreden einen für die SPD fatalen Beigeschmack:
„Unsere Modelle sind keine Exportware!" [39])
In der Tat, denn importiertes wird man wohl schlecht wieder exportieren wollen und können.
Nachdem hier kurz der Zusammenhang umrissen wurde, dem praktische Konzepte (nicht die bloße Erkenntnis des Problems!) der „Verbesserung der Lebensqualität" ihre Entstehung verdanken und aus der heraus sie zur inneren Stabilisierung des kapitalistischen und imperialistischen Systems erfunden wurden, wäre der Blick auf **einige Dimensionen der inhaltlichen Probleme** selbst zu lenken:

Akkumuliert! Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten

Schon seit längerer Zeit wird — zunächst vor allem von Wissenschaftlern — das Problem formuliert, daß das in der angeblich trotz Monopolisierung und Staatsintervention immer noch „freien Marktwirtschaft" essentiell notwendige und ihr immanente — bzw. von der staatlichen Wirtschaftspolitik nach Kräften zu garantierende — stetige, möglichst hohe Wirtschaftswachstum zunehmend fatale Folgeerscheinungen abwirft. Besonders bezogen auf die Umweltverschmutzung und -zerstörung bedarf es heute nicht einmal allein der wissenschaftlichen Analyse, sondern es genügt oft der Augenschein, bzw. tiefes durchatmen, um festzustellen, daß die — wie die herrschenden Ideologen behaupten — durch hohes Wirtschaftswachstum erreichte „Lebensqualität" wieder vernichtet wird. **Offensichtlich passieren oder passierten wir bereits einen Wendepunkt in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, an dem weiteres Wachstum umfassend die Lebensbedingungen der Massen in Frage zu stellen beginnt.** Die gewaltigen Produktivkräfte, die durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise entfaltet wurden, wenden sich nunmehr d e s t r u k t i v gegen ihre Träger, die vom Kapital gesellschaftlich, arbeitsteilig und kooperativ organisierte Klasse der produktiven Arbeiter, bzw. gegen alle, die in den hochentwickelten kapitalistischen Metropolen leben und nicht das Privileg idyllischer, grüner, Tessiner Wohlstandsinseln innerhalb einer verdreckten Umwelt genießen. Aktuell wird damit wieder, was Marx bereits vor über 100 Jahren als historisches Entwicklungsprinzip der kapitalistischen Produktionsweise erkannt hat:

„In der Entwicklung der Produktionsverhältnisse tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktivkräfte mehr sind, sondern Destruktivkräfte." [40])
„Diese gewaltigen und leicht zu vermehrenden Produktionskräfte (sind) so sehr dem Privateigentum und den Bourgeois über den Kopf gewachsen . . . daß sie jeden Augenblick die gewaltsamsten Störungen in der gesellschaftlichen Ordnung hervorrufen." [41])

Die kapitalistische Produktionsweise, gesellschaftlich bestimmt als anarchisches Gegeneinander konkurrierender Einzelkapitale, zwingt das einzelne Kapital vermittelt durch die Konkurrenz, fortwährend seine Produktionsweise zu revolutionieren, immer umfassendere Techniken zur Verbilligung der Produktion anzuwenden, um auf der Jagd nach Profiten. bzw. Extraprofiten bestehen zu können. Sie zwingt jedes Einzelkapital, unabhängig von der Qualität jener Bedürfnisse, zu deren Befriedigung die Waren auch dienen sollen, primär auf die Verwertung des vorgeschossenen Kapitals zu achten; Kapital vorzuschießen, um Waren, Werte bzw. M e h rwert durch die eingekaufte kombinierte Gesamtarbeitskraft der Lohnabhängigen produzieren zu lassen, um den selben Prozeß auf immer höherer und umfassenderer Ebene sich endlos wiederholen zu lassen — bis (Überproduktions)Krisen diesen Akkumulationsprozeß von Zeit zu Zeit gewaltsam stören.
„Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten" — könnte ihr Wahlspruch lauten. [42])

Wachstumsstopp?

Derart auf die T a u s c h wertseite der produzierten Waren fixiert — lediglich daran interessiert, wieviel Profit die Produktion ganz gleich welcher Waren abwirft — wird für das Kapital der G e b r a u c h s wert der produzierten Waren — also die Seite, die auf die Bedürfnisse der Konsumenten bezogen, die konkrete Nützlichkeit von Gütern bezeichnet — erst dann von Wichtigkeit, wenn die produzierten Waren nicht mehr auf Bedürfnisse treffen, bzw. keine Bedürfnisse mehr für die produzierten Waren zu produzieren sind. Oder aber — und das kennzeichnet die aktuelle Situation wachsender Umweltzerstörung — wenn die Produktion von Waren mehr und mehr destruktive „Gebrauchs"wertseiten aufweist, sei es z. B. durch massenhaften Gebrauch des unsicheren und umweltschädlichen Individualverkehrs oder durch kostensparende Billigproduktion, die für Umweltschutzeinrichtungen keinen Raum läßt.
In dieser Situation ist es allerdings nicht mehr mit dem Umsteigen auf die Produktion von Waren getan, nach denen Nachfrage besteht. Der resultierende gesellschaftliche Konflikt greift tiefer und kann zur Konsequenz führen — wie sie bereits mehrfach artikuliert wird —
„daß nur noch eine radikale Drosselung dieser Wachstumsraten einen Ausweg biete." [43])

Diese Forderung allerdings – die zwar den gesellschaftlichen Ursachen der sich abzeichnenden „Umweltkrise" nahekommt – insofern sie in der Produktionssphäre lokalisiert werden – aber keine Alternative bestimmt, sondern nur den gegenwärtigen Zustand einfrieren will, kann der Herrschaft des Kapitals trotz allem gefährlich werden, da eine Drosselung der Wachstumsraten die Existenzgrundlagen kapitalistischer Produktion in Frage stellt. (So kommt natürlich auch der Spiegel in seiner Umwelttitelgeschichte, treu seinen Anzeigenkunden zu Diensten, unter Berufung auf konservative Umweltforscher wie Bombach zur Konsequenz, daß die Wachstumsraten selbstverständlich nicht geschmälert werden dürften.)

Ideologische Krisenbekämpfung

So werden auch von der herrschenden Klasse, der ihr ideologisch verbundenen Wissenschaft und dem kapitalistischen Staat alle Register gezogen, um eine Ursachenanalyse zu hintertreiben und die Bewältigung der Krise auf systemungefährlichen Gleisen zu versprechen.

Allein der Begriff **„Umweltkrise"** leistet dieser beabsichtigten Verschleierung Vorschub: Es ist nicht die „Umwelt" – seit eh und je „krisenfrei" – die in eine Krise geraten ist; es sind im Gegenteil die spezifischen kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die mit wachsender Aneignung der Natur ihre Krisenhaftigkeit in der Zerstörung der Umwelt durch die (spezifisch, nämlich unter der Herrschaft des Kapitals organisierte) Gesellschaft zum Ausdruck kommen lassen. D. h. die „Umweltkrise" ist nicht in erster Linie ein Umwelt- sondern ein gesellschaftliches Problem, und darin wieder ein Problem der kapitalistischen Gesellschaften.

Gerade davon soll aber der notorisch rekurrierende Verweis ablenken, die sozialistischen Staaten Osteuropas hätten ja die selben Probleme, deshalb sei die „Umweltkrise" eben kein Problem, das lediglich der Kapitalismus hervorgebracht hat. So „verweisen bürgerliche Wissenschaftler und Politiker auf den Schwefelgehalt der Luft im Bitterfelder Industriegebiet, und schließen von der Anzahl der Schwefelmoleküle auf „industriegesellschaftlich-technische" Ursachen der DDR-Luftverschmutzung." [44])
(Die Frage, ob etwa in der DDR noch bestehende Reste kapitalistischer Verhältnisse für die Entstehung derartiger Probleme verantwortlich sind, läßt sich nicht als Angriff gegen den dortigen Versuch, sozialistische Produktionsverhältnisse aufzubauen, wenden. Vielmehr würde gerade eine derartige Differenzierung der Analyse die Verantwortlichkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse für die Zerstörung der Umwelt weiter bestätigen.)

Damit hat man auch schon den Schlenker gefunden, mit dem die Probleme problemlos zu erklären sind: technologisch – als Probleme einer systemindifferenten „Industriegesellschaft".
„Wer an der Erklärung der Kausalzusammenhänge interessiert ist, die zu der Intensivierung der Umweltkrise geführt haben, sollte sich weniger mit durchschnittlichen Wachstumsraten befassen, als mit der radikalen Transformation der Technik und der Art und Weise, wie neue Produktionsfaktoren und Produkte ohne Berücksichtigung ihrer zerstörenden Wirkung auf ökologische Kreislaufsysteme zur Anwendung gebracht werden." [45])
Immerhin: würde der Verfasser etwas weiter gehen, statt von „Intensivierung der Umweltkrise" zu reden, untersuchen, wie sie gesellschaftlich hervorgebracht wurde und außerdem weniger bemängeln, daß die zerstörende Wirkung der neuen Produktionsfaktoren nicht berücksichtigt wird, sondern auf der Basis konkurrenzvermittelter und auf Mehrwertproduktion ausgerichteter kapitalistischer Produktionsverhältnisse vom jeweiligen Einzelkapital nicht berücksichtigt werden kann, so könnte er das Problem der Anwendung entwickelter Produktivkräfte und der Verhinderung ihrer destruktiven Wirkung als gesellschaftliches Problem diskutieren, dessen Lösung andere Diskutanten in Sachen Umwelt zwar immer noch im gegebenen verhaftet, dennoch weniger eng sehen:
„. . . wird man von vorwiegend kapitalistischen Methoden mehr und mehr abkommen müssen zugunsten neuer Gesellschaftsstrukturen, die die gerechte Verteilung in der Gegenwart stärker betonen . . . Und weiter werden wir des Sozialismus bedürfen." [46])

Doch Herr Kapp hat sich in dieser Richtung durch sein bürgerliches Erkenntnisinteresse feste Schranken gesetzt, denn für ihn und die Masse seiner Kollegen ist die Fragestellung bestimmend:
„Wie läßt sich verhindern, daß die Umweltkrise zu einer Erschütterung des Marktsystems Anlaß gibt." [47])
– womit ja wohl nur die Erhaltung der bestehenden kapitalistischen Ordnung wieder einmal gemeint ist, die zwar grundlegende Schranken hat:
„Umweltziele, d. h. die Aufrechterhaltung lebensnotwendiger ökologischer Gleichgewichte sind dem Marktsystem nicht immanent" [48])
die aber auf Teufel komm raus erhalten bleiben muß, auch wenn man absieht, daß das herumlaborieren langfristig nichts helfen wird.

Rückgriffe auf's „Marktsystem"

Will man die Gesellschaft im wesentlichen unverändert lassen, muß man aber Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung ergreifen, so bietet sich als Lösungsinstrumentarium nur an, was in diesem System selbst vorzufinden ist und nicht in Widerspruch zum Interesse des herrschenden Kapitals gerät. Das heißt aber, das „Marktsystem" auf den Umweltschutzbereich auszudehnen, also die Produktion von Schutzanlagen etc. als neues Feld für die Entwicklung und Anwendung der Wissenschaft und Technik und für weitere Akkumulation des Kapitals zu erschließen, schließlich den Absatz dieser neuen Waren allgemein durch staatliches Gesetz zu sichern. Das aber kann nicht gutgehen. Die Einzelkapitale würden die notwendigen einschneidenden Auflagen der Gesetze, falls diese überhaupt beschlossen würden, immer wieder unterlaufen (wie es die Geschichte des Kapitalismus von Beginn an oft genug gezeigt hat) [49]) und durch eine sich in der Konkurrenz aufschaukelnde Drosselung der Umweltschutzausgaben immer wieder wirksame Schutzmaßnahmen zum Scheitern bringen.
Zum anderen könnte die Schaffung auch dieses zusätzlichen Feldes der Akkumulation die Erschöpfung der natürlichen

Ressourcen beschleunigen und die Krise der Rohstoffversorgung nur noch schneller einleiten.
Weiterhin würden die Finanzierungsprobleme und die daraus folgenden Steuererhöhungen bald an die Grenze der Belastbarkeit der Massen gelangen, denn die lohnabhängige Bevölkerung hätte wiederum über wachsende Steuerbelastung den Großteil der Kosten zu tragen.

Die Reihe der Einwände ließe sich beliebig vermehren. Allein die genannten drei zeigen aber, wie stark untereinander verflochten die verschiedenen Komponenten sind, deren Berücksichtigung bei wirksamen Umweltschutzmaßnahmen Bedingung ist. Wo man aber ansetzt, sogleich stößt man auf die Interessen des Kapitals, die den Reformen, obwohl gerade das Kapital sie brauchte, entgegengesetzt sind:
Maßnahmen in der Produktion, wie Anlagen zur Säuberung von Emissionen in Luft und Wasser, sowie Steuerbelastungen wirken schmälernd auf die Profitrate.
Rationalisierung und Planung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen untergraben die Akkumulationsmöglichkeit des Kapitals.
Ersetzung des Individualverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel verringert die Masse des Produktionsausstoßes und bedeutet Desakkumulation etc.

Der Umfang dieser Widersprüchlichkeit, in dem das Kapital als herrschendes gesellschaftliches Verhältnis auf die Zerstörung seiner Reproduktionsgrundlagen einwirkt — geschaffene Produktivkräfte zunehmend destruktiv wendet — soll an zwei Beispielen erläutert werden.

I. Bierkonsum und Akkumulation

Schon das simple Beispiel des Bierkonsums verdeutlicht den Trend. Während in Amerika die Zunahme des Pro-Kopf-Konsums von Bier in den Jahren 1950 bis 1967 nur um 5% über dem Bevölkerungswachstum lag, stieg im gleichen Zeitraum der Verbrauch an Wegwerfflaschen um ein vielfaches, um 595%. Die Folgelasten sind enorm: wachsende Müllberge, nicht abbaubare Abfallprodukte, bei Verbrennung von Plastikflaschen, deren Verbrauch ebenfalls steil anstieg, anfallen von Salzsäure. [50])
Es war und ist offensichtlich in diesem System nötig, um zu einer vergleichsweise geringen Steigerung etwa des Bierkonsums zu kommen, die Produktion völlig sekundärer Waren, hier der Verpackung, über alle Maßen hinaus zu steigern.
Gerade an diesem Beispiel wird deutlich, daß die Produktion eben nicht wesentlich zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse dient (hier: Bier zu trinken), sondern wesentlich den Interessen des Kapitals, das nach immer neuen Sektoren strebt, in denen seine fortschreitende Verwertung möglich gemacht werden kann. Produktion um der Produktion bzw. des Mehrwerts willen, damit der Moloch am leben bleibt — und er bleibt nur am Leben, wenn er unaufhörlich wächst.

„Die kapitalistische Produktion (ist) an und für sich gleichgültig gegen den bestimmten Gebrauchswert, überhaupt gegen die Besonderheit der Ware, die sie produziert. In jeder Produktionssphäre kommt es ihr nur darauf an, Mehrwert zu produzieren, im Produkt der Arbeit ein bestimmtes Quantum unbezahlter Arbeit sich anzueignen. . . . Zweitens ist in der Tat eine Produktionssphäre nur so gut und so schlecht wie die andere . . . Werden die Waren aber zu ihren Werten verkauft, so entstehen . . . sehr verschiedene Profitraten in den verschiedenen Produktionssphären. Das Kapital entzieht sich aber einer Sphäre mit niedriger Profitrate und wirft sich auf eine andere, die höhere Profite abwirft.“ [51])
Die Möglichkeiten, über die Produktion essentieller Reproduktionsmittel der Massen (Nahrung, Kleidung, Wohnraum) noch größere Profite zu realisieren, sind aber längst ausgeschöpft. Die Zunahme in der Produktion dieser Waren liegt in den USA nicht viel über der Rate des Bevölkerungswachstums. **Dagegen hat das Kapital seine Selbstverwertung auf andere Bereiche umgestellt und in der riesenhaften Produktion meist sehr umweltschädlicher Waren in Verbindung mit der Weckung entsprechender Bedürfnisse neue Möglichkeiten gefunden, große Profite zu machen und zu akkumulieren.**
„Die Produktion von synthetischen Fasern wurde um 5980% erhöht. Quecksilber für die Produktion von Clorin und resistenten Farbstoffen ist um 3930% bzw. 3120% gestiegen; Kunststoffmaterialien um 1960%, Stickstoffdünger und synthetische, organische Chemikalien um ca. 1000%, Aluminium: um 680%, Pestizide: um 390%.“ [52])

Dies mag — sich empörend — als grandiose Vergeudung produktiver Möglichkeiten und Ressourcen denunziert werden, ist aber inclusive der umweltschädlichen Folgelasten solange eine absolute Notwendigkeit, wie in einer „freien Marktwirtschaft“ Freiheit immer noch die unantastbare Freiheit der Kapitale ist, ungestört Profit zu machen und zu akkumulieren.
Als Lösungsmöglichkeit kann deshalb nur noch eine vollständig andere Organisation der Produktion gelten, für die nicht mehr Akkumulationsraten Planungskriterium sind, sondern eine grundlegende Umorientierung und Planung der Produktionsprogramme nach Maßgabe gesellschaftlicher Bedürfnisse, die nicht als durch den gegebenen Konsumterror verdinglichte zu begreifen sind.

II. Das System macht krank!

Aber nicht nur die räuberische Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die Produktion von Waren mit umweltschädigender Wirkung, die Degradierung des Menschen zur bloßen Vertilgungsmaschinerie einer immer noch steigenden Unmasse von Waren, deren einziger Zweck darin liegt, in ihrem Verkauf Profit zu realisieren — nicht nur dies bestimmt Momente, in denen Kapital in seinem Bestreben der Selbstverwertung täglich neu an der Zerstörung seiner gesellschaftlichen Basis, den Menschen, arbeitet — auch in scheinbar weit davon entfernten Bereichen beginnt dieser Erosionsprozeß zu wirken, etwa in der Gesundheitsfürsorge:
„Immer mehr wird von Politikern und Praktikern darauf hingewiesen, daß bei weiter steigender Morbidität, trotz aller medizinischen Erfolge, mit einem ständig wachsenden Bedarf an Krankenhäusern gerechnet werden muß. Diese Zunahme ist allerdings nur in zweiter Linie gesundheitsmäßig bedingt. Sie ist wahrscheinlich vor allem das Ergebnis einer nur teilweise gewollten, dennoch in verschiedener Hinsicht durch die Sozialpolitik verursachten gesellschaftlichen Veränderung: der immer größeren Isolierung der einzelnen Menschen oder — wie es auch heißt — der Vereinsamung, der Abnahme von Solidarität, Mitverantwortung und dergleichen.“ [53])

Es ist jedoch weniger die staatliche Sozialpolitik, die den bezeichneten Isolationstrend, der für das Anwachsen von Krankheiten ursächlich immer stärker bestimmend wird, hervorgebracht hat. Die Erklärung ist eher im auf Tauschbeziehungen verdinglichten Charakter der Masse menschlicher Beziehungen zu suchen. Das ‚Ware Arbeitskraft gegen Lohn', ‚Lohn gegen Waren zur Reproduktion' usw., das ‚Gibst du mir — so ich dir' oder im negativen ‚Wie du mir — so ich dir' bestimmt als Konkurrenz-vermitteltes Verhalten grundlegend die Beziehungen zwischen den Menschen im Kapitalismus — und ist im herrschenden Produktionsverhältnis angelegt.
Die tägliche Notwendigkeit, auf einen akzeptablen Preis für die einzige Ware, die 87% der Menschen zu Markte tragen können, ihre Arbeitskraft, zu achten und auf der anderen Seite aufzupassen, daß der Lohn bzw. das Gehalt nicht durch Steuer- oder Preiserhöhungen wieder aufgefressen wird, muß den Egoismus erzeugen, der bewirkt, daß „das allgemeine Interesse . . . eben die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen" ist. [54])

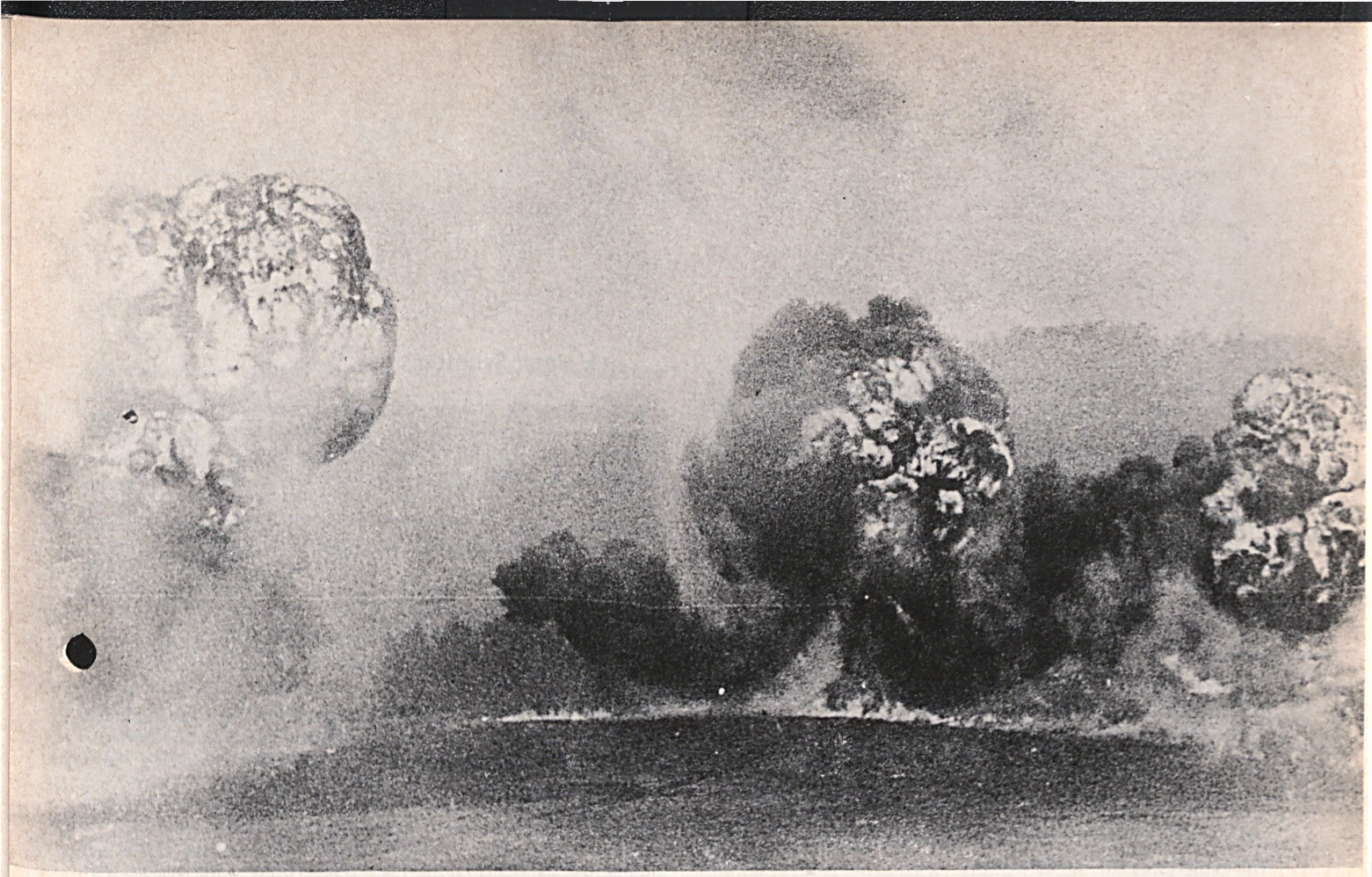
Erzeugt so das umfassend auf Tauschbeziehungen basierende System täglich das Gegeneinander, die Konkurrenz, letztlich damit auch die Vereinzelung, so kann Solidarität nur geschaffen werden in Wendung, Kampf g e g e n dies System. Einigend wirkt allerdings kaum, wenn zur Beseitigung der Konsequenzen wiederum nur monetär reformiert wird, indem der Staat etwa über Steuern die gesellschaftlich besonders isolierten Alten finanziell erhält, während die noch Arbeitenden die dafür notwendigen finanziellen Lasten tragen müssen:
„Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmern . . . und der Regierung in immer mehr Ländern . . . sind ein deutlicher Hinweis, daß die Erwerbstätigen immer weniger bereit sind, neue staatlich geforderte und fremdbestimmende Verzichte für die noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen zu leisten." [55])
Denn die „Verstaatlichung" von Funktionen, die früher innerhalb der inzwischen fast vollständig zerstörten großen Familienverbände wahrgenommen wurden (wie z. B. die Kranken- und Altenversorgung) und die der Staat übernehmen mußte, weil die zunehmende Vereinzelungstendenz sowie die Reduktion von Familienverbänden auf die heutigen Formen der Kleinstfamilie wachsende Ansprüche der Vereinzelten freisetzte — bedeutet immer eine Reduktion von bedürftigen Menschen auf die bloße Abstraktion von Geldempfängern. Das mit „Verstaatlichungs"-prozessen (gleichbedeutend mit realen Abstraktionsprozessen) zwischen die Menschen tretende Geld- bzw. Tauschverhältnis (Du zahlst heute Sozialversicherung, damit du morgen deine Rente hast) verdrängt die Möglichkeiten von Solidarität, Kommunikation etc. bis die Probleme letztlich in Form von Krankheiten unkenntlich gemacht wieder ans Licht treten und zu neuen Ansprüchen nach Krankenhäusern etc. führen — dies wiederum gilt in besonderem Maße für die Alten und abgeschwächter auch für die 20% (gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen) Einpersonenhaushalte. Doch nicht die gesellschaftlichen Ursachen, sondern „der t e c h n i s c h bedingte Bedarf an Krankenhausanstalten (wird) berücksichtigt." [56])
Technisch wird ebenfalls der Bedarf an Pflegepersonal geplant; das aber werden Beschäftigte sein, die natürlich als Lohnabhängige eben gerade hier ihre Arbeitskraft verkaufen und aus dieser objektiven Lage keine Veranlassung entwickeln werden, Solidarität gegenüber den „Objekten" ihrer Tätigkeit zu entfalten. Die Ursachen der Vereinzelungstendenz und damit auch zunehmender Krankheitsanfälligkeit und Versorgungsbedarfs verhindern wiederum die wirksame Bekämpfung der Krankheit.

Die Grenzen des Systems

Die verschiedensten Beispiele könnten angeführt werden und würden doch nur wiederum deutlich machen, daß systemimmanente Lösungsansätze für die rapide zunehmenden Probleme, wie sie jetzt unter dem Begriff „Verbesserung der Lebensqualität" durch die SPD zusammengefaßt werden, immer in einem Zirkel enden, bestimmt von den dem kapitalistischen System immanenten Widersprüchen. Gewiß spiegelt dies auch die Verwendung des Begriffes „Qualität" wieder, wenn das notwendige Andere umschrieben werden soll, obwohl doch in den meisten entsprechenden Analysen die Ursachenbestimmung viel zu kurz greift und daher in der Konsequenz der Sache gegenüber völlig unzulänglicher Reformpolitik Vorschub leistet (bzw. leisten soll). Dennoch werden (zumindest in der wissenschaftlichen Diskussion) die Grenzen bisheriger Politik gesehen:
„Die hochindustrialisierten Volkswirtschaften (insbesondere auch die BRD) haben eine Entwicklungsstufe erreicht, auf der die Entwicklung neuer Zielstrukturen erforderlich wird, deren quasiautomatische Realisierung allein durch die Mechanismen des bestehenden Systems aber kaum erwartet werden kann." [57])

Diese Grenze, die Marx noch klar als die Grenze der bestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse erkannte, die für die entwickelten Produktivkräfte viel zu eng geworden sind und innerhalb derer die Produktivkräfte mehr und mehr destruktive Wirkungen zeigen, bilden inzwischen auch den Gegenstand von Untersuchungen, von denen eine das bisher größte Aufsehen in Sachen Umweltschutz erregt hat: **„Die Grenzen des Wachstums"** [58]), entstanden als ein Projekt des exklusiven Club of Rome, in dem Vertreter des Kapitals, der Wissenschaften und der Politik vereinigt sind. Entsprechend ihrem Interesse an der Erhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse untersuchen die Autoren nicht grundlegend die Grenze der Produktionsverhältnisse, sondern — verengt — die Grenzen des Wirtschaftswachstums, bedingt durch Bevölkerungswachstum, sich verschlechternde Versorgung mit Nahrungsmitteln, zu Ende gehen der Rohstoffvorräte und wachsende Umweltverschmutzung. Durch die Konstruktion eines Welt-Simulationsmodells und mit Hilfe von Computerprogrammen prognostizieren die Autoren erschreckende Konsequenzen für die Zukunft der Menschheit, sofern nicht radikal einschneidende Maßnahmen zur Abwendung dieser Perspektive getroffen werden:
„Kriege, Epedemien, schwerwiegende Verknappung von Rohstoffen in Industriegesellschaften oder ein allgemeiner wirtschaftlicher Verfall würden zu gefährlicher Zersetzung des gesamten Sozialsystems führen." [59])

Die USA hatten, wie gesagt, schon früher derartiges abgesehen und deshalb die NATO zur Verhinderung der auch von Meadows benannten Konsequenzen instrumentalisiert. Wie drohend die Probleme sind, wird von verschiedensten Seiten bekräftigt. Rufe wie:
„Es geht diesmal schlichtweg um das Überleben der Menschheit insgesamt!" [60])



Originaltext dpa: „Unser Bild zeigt detonierende Napalmbomben am 20. 9. 68 auf der Schwäbischen Alb"

sind nicht selten, wenngleich auch die betreffenden Autoren oft die Menschheit mit dem kapitalistischen System verwechseln, deren Untergang allerdings mit dem Untergang des Systems verknüpft sein kann, wenn eine revolutionäre Umwälzung nicht gelingt. **Die Alternative von Sozialismus oder Barbarei in der Entwicklung des Kapitalismus hat an Bedeutung keinen Deut verloren.**

Der drohende Untergang zwingt aber auch die exklusiven Vertreter der Bourgeoisie, sich Gedanken ums Überleben zu machen. Die Versuche von Meadows, aus der alternativen Konstruktion eines Welt-Gleichgewichtsmodells zukünftige Lebensstandards der Menschheit abzuleiten, führen zur Behauptung,

„daß es möglich sein wird, eine große, aber zahlenmäßig beschränkte Weltbevölkerung mit einem guten Lebensstandard zu versorgen, der eine fast unbegrenzte individuelle und soziale Weiterentwicklung gestatten wird." [61])

Den Weg dort hin sind jene — für die es jenseits des Kapitalismus keine Perspektive mehr gibt — allerdings nicht in der Lage anzugeben, er bleibt allgemein wie diese Aussage:

„Die Bewältigung der beiden wichtigsten Probleme, Entwicklung der unterentwickelten Völker und Umwelterhaltung, kann nur im Rahmen einer gemeinsamen globalen Strategie erfolgreich sein." [62])

Und so bleibt allein die angedeutete blasse Utopie, die zur Hoffnung der Massen gemacht werden kann, wenn die Regierungen wirksames Handeln vorgeben, diese Utopie vielleicht berechtigt Sozialismus nennen, während sie doch nur täglich unter dem Druck der „Sachzwänge" gänzlich unsozialistische, kleinliche Entscheidungen treffen, die keinen anderen Zweck erfüllen, als die aktuelle Reproduktion des Kapitals zu sichern. (Selbst die längerfristige Erhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse müssen sie schon zum Teil gegen das Kapital durchsetzen!)

SPD: Reform der Barbarei

Man sollte nur das Reden und Handeln der regierenden SPD miteinander vergleichen, um angesichts der unbedingt notwendigen Eingriffe in die kapitalistische Organisation der Produktion, ja der objektiv notwendigen Umwälzung der gesamten Produktionsverhältnisse in sozialistische, zu erkennen, in welch erbärmlicher Weise die SPD an den grundlegenden Entscheidungen janusköpfig vorbeimanövriert.

Die jüngste positive Definition von „Lebensqualität" gab der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler:

„Lebensqualität meint Freiheit, Freiheit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung, Freiheit von materieller Not und, soweit dies unter Menschen möglich ist, auch Freiheit von Angst. Lebensqualität meint Sicherheit durch menschliche Solidarität, Bewährung der eigenen Kräfte in der Arbeit aber auch im Spiel und Kommunikation. Lebensqualität meint Teilhabe an den Werten der Kultur, aber auch an einer unzerstörten Natur, die optimale Chance psychischer und physischer Gesundheit." [68])

Das klingt so schön, daß man sich von diesen Vorstellungen gefangen nehmen lassen könnte — und in der Tat hat die SPD in den beiden letzten Wahlen mit solchen Versprechen und Visionen derartig viele Menschen gefangen nehmen können,

daß es zu Wahlsiegen gereicht hat. **Durch solches Reden ist Brandt zum „Hoffnungsträger" für viele geworden, bei denen vom praktischen Bedürfnis nach Selbstverwirklichung nur noch die Projektion auf die Vaterfigur übriggeblieben ist, die den Tummelplatz ihrer Illusionen abgibt. Doch diese Eppler'sche Lebensqualität existiert seit langem! – Allerdings – nicht derart ideologisch überhöht – nur für 3% der Menschen in dieser Gesellschaft. In zynischer Weise malt Eppler hier die Privilegien, die „Lebensqualität" der herrschenden Klasse in den buntesten Farben, ohne auch nur daran zu denken, oder es gar zu sagen, daß diese Lebensqualität für alle realisiert werden soll.**
Im Gegenteil – an anderer Stelle wird die Katze aus dem Sack gelassen:
„Ich habe nicht einmal von der besseren Lebensqualität, sondern überhaupt nur von der Lebensqualität gesprochen. Das ist insofern wichtig, als ja die Wissenschaftler der Meinung sind, daß unsere Lebensqualität sich schon seit dem Jahre 1950 laufend verschlechtert." [64])

„Rentable Investitionen zur Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums" . . .

Es geht der SPD (in der Eppler sogar noch als links-exponiert gilt) **entgegen der Suggestion von der Verallgemeinerungsmöglichkeit der Privilegien der herrschenden Klasse in keiner Weise um den „großen Entwurf", die hehren Ziele, deren Durchsetzung gleichbedeutend wäre mit der qualitativen Verbesserung der Lage der abhängig arbeitenden Massen, es geht ihr allenfalls darum, schlimmeres zu verhindern, die aktuelle Lebensqualität allenfalls zu stabilisieren** (was nur in Relation zum ständig absinkenden Level der Lebensqualität eine „Verbesserung" wäre) und im übrigen alles beim alten zu lassen, dem herrschenden Kapital nicht weh zu tun. Mehr noch – wie anders ist Brandt's Äußerung vor dem Bundestag zu verstehen:
„daß Reformen notwendig sind, um — als rentable Investitionen — das wirtschaftliche Wachstum zu sichern." [65])
– wenn nicht so, daß das vielgepriesene Reformpaket keine andere Funktion hat, als die Selbstverwertung des Kapitals durch staatliche Eingriffe auch in Zukunft global zu sichern. Allein unter diesem Gesichtspunkt werden die Untersuchungen der Wissenschaft verwendet. Wenn Kapp schreibt:
„Die Qualität der natürlichen Umwelt und die menschlichen Lebensbedingungen als auch die Produktivität wirtschaftlicher Prozesse hängt von der Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts ab." [66])
. . . so bedeutet das im Sinne der Brandt'schen „schrittweisen Anpassungen und Veränderungen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit" immer noch, daß weiterhin die Arbeitskraft nichts als eine Ware ist, die nur dann vom Kapital vernützt werden kann, wenn sie gesund und nicht vergiftet ist; daß sich „Qualität der natürlichen Umwelt" immer noch nach dem verdinglichten Auspower-Verhältnis des Menschen zur Natur bemißt, und zwar nach Maßgabe der Menge in der Natur vorfindbarer und verwendbarer Rohstoffe und Energie; daß zur Bewertung der „Produktivität wirtschaftlicher Prozesse" immer noch allein Mehrwert- und Profitraten zählen, die durch einen der Arbeitsmonotonie müden Arbeiter geschmälert werden könnten.

. . . in kleinen Schritten

Die Brandt'schen kleinen Schrittchen sehen nicht vor, die Ursachen von Zerstörung der Arbeitskraft durch verdreckte Umwelt, Auspowerung natürlicher Ressourcen und Arbeitsmonotonie zu beseitigen – Brandt würde an die Arbeiter, die vom Dreck in der Luft mit Vergiftung bedroht sind, Gasmasken austeilen, hinter deren Filter die Luft womöglich noch so sauber ist, wie sie ohne Gasmaskenfilter velleicht einmal vor zehn Jahren war. Brandt würde es genauso machen, wie es seine italienischen Kollegen kürzlich in der verpesteten Hafenstadt Porto Maghera mit 50 000 Arbeitern gemacht haben, die jetzt allesamt bei der Arbeit in dieser Stadt Gasmasken tragen. Wie's auch immer sei – Hauptsache, die „Lebensqualität" bleibt erhalten!

Wie sehr das SPD-Programm der „schrittweisen Anpassungen und Veränderungen" mit den Interessen des Kapitals harmoniert, legt Brandt allerdings nicht auf den Maktplätzen der Wahlreden, sondern nur vor Unternehmern dar:
„Ihre wirtschaftliche Sicherheit, meine Herren, liegt ja auch nicht in der ständigen Reproduktion, im bloßen Festhalten am Althergebrachten, sondern in der ständigen Entwicklung neuer Produkte und Produktionsmethoden, in der Erschließung neuer Absatzmärkte, im Wettlauf mit dem Niveau und den Fortschritten ihrer Konkurrenz." [67])
Brandt streicht die charakteristische Übereinstimmung von SPD-Programm und Unternehmerpraxis heraus, ohne ein einziges kritisches Wort zu den umweltschädlichen Folgelasten der „ständig neuen Produkte" zu sagen, kein Wort zur steigenden Arbeitsmonotonie und Arbeitshetze, die mit den „neuen Produktionsmethoden" verbunden ist, kein kritisches Wort zum rein quantitativ bestimmten Wachstums- d. h. Akkumulationsstreben, sondern Bekenntnisse:
„Auf die Dauer können Stabilität und Wachstum nur in einer funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung erreicht werden. [68]) **und:**
„Der moderne Staat und der moderne Unternehmer sollten nicht Widersacher, sondern Geistesverwandte sein in Sachen gesellschaftlichen Fortschritts und politischer Effizienz." [69]) **und: „Wenn ich von gesellschaftlichen Veränderungen spreche, so bedeutet dies, daß es in sachlicher und zeitlicher Abstimmung (mit wem?! d. Verf.) bestehende Einzelregelungen zu ändern gilt. Die Arbeit daran ist deshalb in hohem Maße Arbeit am Detail."** [70])

Doch hier helfen keine Detailregelungen, die zudem noch berücksichtigen sollen, daß „die Leistungsfähigkeit der Industrie nicht überfordert werden darf" (Brandt). Denn wo die „Leistungsfähigkeit der Industrie" ihre Grenze hat, bestimmt die Industrie:

Das Kapital hat das Wort

„Und da ist zweierlei zu tun: Das eine ist eine Mäßigung der Lohn- und Gehaltssteigerungen, die wiederum in das richtige Verhältnis zur Steigerung der Produktivität gebracht werden müssen. Und das zweite ist eine Einschränkung der öffentlichen Ausgaben. Die öffentliche Ausgabenwirtschaft ist viel zu expansiv." [71])

Zumindest den Forderungen nach Einschränkung der öffentlichen Ausgaben kann selbst die dem Kapital zugeneigte SPD

nicht zustimmen, gerade weil der Staat für das Kapital lebenswichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur ergreifen muß — die Ablehnung der Industrie ist in diesem Zusammenhang nur als Ablehnung vom Standpunkt der E i n z e l kapitale zu begreifen, deren langfristige Stabilisierungsinteressen von ihren Vertretern nicht gesehen oder nicht formuliert werden.

Die SPD ist vielmehr gezwungen, ihre Reformen, die „als rentable Investitionen das wirtschaftliche Wachstum . . . sichern" sollen (Brandt), durchzuführen, indem sie eine langfristige Erhöhung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt anstrebt, wie es im vergangenen Jahr Finanzminister Schmidt bereits angekündigt hat. Doch damit treten — besonders bei Ablehnung tatkräftiger finanzieller Unterstützung durch die Industrie — neue Probleme auf:

„Angesichts der geplanten Ausgabensteigerungen in den erwähnten Bereichen und der geringen Wahrscheinlichkeit, daß diese Ausgabensteigerungen durch Ausgabensenkungen in anderen Bereichen ausreichend kompensiert werden können (Rüstung! d. Verf.), ist also damit zu rechnen, daß die Staatsausgabenquote in den nächsten 10 bis 15 Jahren steigen wird, und zwar in einem solchen Umfang, daß daraus ernste Finanzierungsprobleme entstehen." [72])

Kapital wie Staat haben also kein Geld, um die Reform des kapitalistischen Systems, seine laufende Anpassung an die veränderten Bedingungen und Möglichkeiten der Ausbeutung von Hand- und Kopfarbeit, der Auspowerung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt zu bezahlen. Dies und die Konsequenzen, die zur Finanzierung erzogen werden, sind bezeichnend für die Brandt'sche „Geistesverwandschaft" von „modernem Staat" und „modernem Unternehmer", die sich nun gemeinsam auf die Lohnabhängigen stürzen, die allein übrig bleiben und die Reformen bezahlen sollen.

Deutsche-Bank-Chef Ulrich sagte das unverblümter (s. o.), der Staat etwas vornehmer:

„Da die Steuererhöhungen in diesem Falle eine relativ gleichmäßige Mehrbelastung aller Einkommensbezieher bewirken, besteht doch bei dieser Finanzierungstechnik die größte Wahrscheinlichkeit, daß bei entsprechender Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit und die Wirkungen der zusätzlichen staatswirtschaftlichen Aktivitäten (!) keine erhöhten Lohnforderungen angemeldet werden." [73])

nebenbei: manche können diese „gleichmäßige Mehrbelastung" leicht verkraften, doch die Masse eben nur schwer.

Noch wichtiger aber ist, welche Vorstellungen sich die SPD in der Regierung macht, wie sie den Lohnabhängigen die Steuererhöhungen und neuerdings auch — wie angekündigt — einen weiteren, nicht rückzahlbaren Konjunkturzuschlag o h n e einen entsprechenden Ausgleich durch höhere Löhne und Gehälter schmackhaft zu machen sucht: durch **„entsprechende Aufklärung"**! Dabei greifen sie auf alte Erfahrungen im Umgang mit den „Bürgern" zurück, daß nämlich in

„ruhigen Zeiten Unterschiede in den Ansichten der Bürger und der Regierung über den wünschbaren Umfang der Staatsausgaben und das mögliche Niveau der Besteuerung bestehen. Jedoch „this divergence can be adjusted by social disturbances that destroy established conceptions und produce a d i s p l a c e m e n t e f f e k t." [74]) *Unter dem Eindruck solcher Ereignisse, besonders aber in Kriegen, sind die Staatsbürger nämlich bereit, höhere Steuern zu akzeptieren, und sie gewöhnen sich allmählich an dieses Steuerniveau."* [75])

Die sich heute ankündigenden „social-disturbances" bzw. die „gefährliche Zersetzung des gesamten Sozialsystems" (Meadows) werden, sofern man ihre E r s c h e i n u n g s f o r m e n nur intensiv genug den Leuten einpaukt, durchaus ausreichen können, um von den „Bürgern" die Bereitschaft für Steuererhöhungen zu erhalten. Für Brandt ist das schon jetzt klar:

„Ich zweifle nicht — wenn es darauf ankommt — an der Opferbereitschaft (!) unserer Bevölkerung." [76])

Und vorsichtig beginnt er die latente Gefahr zu suggerieren:

„Gerade um Sicherheit und Wohlstand des einzelnen zu schützen, werden in Zukunft größere öffentliche Leistungen erforderlich werden, und dazu wird es höherer finanzieller Opfer (!) bedürfen. Der einzelne Steuerzahler muß aber wissen, daß es dabei um die Behebung seiner eigenen Sorgen und Nöte gehen wird." [77])

(Der Begriff „opfern" ist durchaus richtig gewählt. Wer opfert gibt etwas an einen anderen weg oder auf, was unwiederbringlich fort ist — hier wird dem Kapital bzw. seinen Reformen geopfert.)

Auch wenn den Massen die E r s c h e i n u n g s f o r m e n der Krise eingebleut werden sollen, um dem Kapital gemäße Reformen zu finanzieren, treibt Brandt kein hysterisches Krisengeschrei wie die CDU. Er wählt eine geschicktere Methode: „staatsmännisch" in die Zukunft blickend weist er auf schwerwiegende Probleme hin, die zu lösen wären. In welchem Interesse sich die Lösungen gestalten werden, was die gesellschaftlich grundlegenden Ursachen der Probleme sind, tritt zurück hinter schönen Worten, die ideologisch wirkend durch Loyalisierung der Massen dem System seine Basis erhalten sollen. Denn:

„nicht zuletzt wollen wir Ernst machen mit der Integration der Arbeiter." [78])

Das Gängeln der Arbeiter mit Hilfe der Gewerkschaften, die immer eindeutiger staatliche Lohnleitlinien in Tarifabschlüsse umsetzen, auf der einen Seite wird auf der anderen trotz aller schönen Worte (Brandt: lieber handeln als reden) hinter den öffentlichen Fronten **durch eine Politik begleitet, die in engster Verflochtenheit mit dem Kapital dessen Reformen durchführt.**

So hätte das gegenüber der Öffentlichkeit als wichtige Reform „zur Behebung der Sorgen und Nöte" eines jeden einzelnen gepriesene Umweltschutzprogramm der Bundesregierung

„ohne den sachverständigen Rat und die Anregungen der Experten der Wirtschaft . . . nicht die Fassung erhalten, die es heute hat." [79])

Denn das Kapital hat ja

„einen Anspruch darauf, daß eine ständige Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft stattfindet, die rechtzeitig über Pläne unterrichtet und kritische Zonen ausleuchtet, die sich bei der Durchsetzung des Umweltprogrammes ergeben." [80])

Gegen Kritiker, die auf systemverändernde Maßnahmen hinweisen, die objektiv notwendig sind zur Behebung der drohenden Umweltkatastrophe, werden Fronten geschmiedet:

„Wir werden zusammenstehen, um diese Angriffe abzuwehren . . ." [81])

und damit allen Vertretern des Kapitals klar ist, daß das „freie Unternehmertum" erhalten bleiben soll und muß:

„Ich mache noch einmal deutlich: Eingriffe zur Abschaffung unserer freiheitlichen und liberalen Marktwirtschaft werden an unserer festen Haltung scheitern." [82])

Denn die Regierung wie das Kapital weiß — spätestens seit die NATO die Regierung zum Handeln gezwungen hat — was auf dem Spiele steht:

„Gelingt die systemimmanente Lösung nicht oder nicht in absehbarer Zeit durch unseren überzeugten Konsens, dann wird eine Regelung gegen unseren Willen unweigerlich im systemüberwindenden Rahmen stattfinden, in welchem für den freien Unternehmer kein Platz vorgesehen ist.“ [83])

Das Kapital hat doch noch einiges zu gewinnen, denn

„Nicht nur die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen sollten im Vordergrund wirtschaftlicher Betrachtung stehen, sondern auch die Chancen auf zusätzlichen Märkten.“ [84])

Diese Gewinnchance durch Verlagerung des Kapitals auf wieder neue, weitere Sektoren, diesmal in der Umweltschutzindustrie, sieht jubend auch einer der größten Umweltverschmutzer, Konrad Henkel, dessen Waschmittelproduktion für die Vernichtung des Lebens in vielen Flüssen und Gewässern verantwortlich ist, und der auch an der Bekämpfung seines Drecks wieder profitieren will:

„Erste Beispiele aus der Praxis — wie die chemische Klärung von Abwässern oder die katalytische Reinigung von Kraftfahrzeugabgasen — zeigen, daß dies für die Industrie keineswegs nur ein Opfergang zu sein braucht. Neue Aufgaben führen zu neuen Lösungen — neue Lösungen schließlich auch zu neuen Märkten.“ [85])

Das ist eben „Stabilität im Wandel“! (Brandt) — daß „an der Beseitigung eines Umweltschadens von drei Millionen Mark mindestens eine Million verdient“ wird. [86])

Steuergelder . . .

Die Probleme der Umweltverschmutzung und -zerstörung, der Arbeitsmonotonie, der Gesundheitsfürsorge etc. werden von den Massen in wachsendem Maße erfahren, die Notwendigkeit aber, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zur Lösung dieser Probleme zu erkämpfen, wird aus der meist individuellen Perspektive der Erfahrung noch nicht begriffen. Jedoch wird die Notwendigkeit gesehen, umfassendes Handeln voranzutreiben. Hier setzt die SPD ein, die, ohne in irgendeiner Weise die für die Probleme ursächlich verantwortlichen kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, antasten zu wollen, Reformen verspricht, die zur Lösung der Probleme geeignet sein sollen. Sie werden es nicht sein! Sie werden gerade soviel zu leisten versuchen, daß die Probleme keine systemgefährdende Dynamik entfalten.

Doch auch diese „rentablen Investitionen“ in die Stabilität des Systems müssen bezahlt werden — und sollen bezahlt werden von den Massen, die noch immer mit aus der Geschichte der SPD tradierten Hoffnungen von dieser Partei endlich qualitative Änderungen erwarten. Daß die Massen diese Reformen der SPD bzw. des Kapitals mehr oder weniger bereitwillig mit Steuererhöhungen bezahlen (was erst ihre Durchsetzung ermöglichen würde) hängt wesentlich davon ab, inwieweit es der SPD gelingt, die Hoffnungen der Massen weiterhin in Loyalität zu —, Identifikation mit — und Integration in dies System umzusetzen. Dazu scheinen aber immer größere Teile des Volkes nicht mehr bereit zu sein. Die massenhafte Ablehnung des IG-Metall-Tarifvertrages durch die Stahlarbeiter in der Urabstimmung vom 11./12. 1. zum Beispiel spricht eine deutliche Sprache. Hier wurde die Ablehnung einer staatlichen Einkommenspolitik, durchgesetzt durch die Gewerkschaft, ausgedrückt, einer Einkommenspolitik, die den Arbeitern Reallohnstopp bis Reallohnsenkung beschert und dies mit Reformversprechen zu rechtfertigen sucht.

. . . und Bedürfnisse sind abzuliefern

Es sind aber nicht nur die schönen Reden, die an Glaubwürdigkeit verlieren werden; andere Loyalisierungsinstrumente werden sich gar in Instrumente gegen die SPD-Politik umwandeln:

Damit ist die oft gewünschte und propagierte **„Partizipation der Betroffenen“** an der Lösung ihrer Probleme gemeint. Der Grund für die Propagierung dieser „Mitbestimmung“ durch nicht allein die SPD ist freilich nicht, daß im Rahmen von „mehr Demokratie wagen“ generöse Zugeständnisse gemacht werden sollen. Zum besseren Verständnis sollte man folgende Worte von Bandt als zu lösende Fragestellung verstehen, die vor dem Hintergrund einer praktischen Politik der Existenzsicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse formuliert wird:

„Die Bedürfnisse der Menschen sind zu vielgestaltig, als daß Regierungen sie je erfassen oder gar befriedigen können.“ [87])

Dennoch braucht auch diese Regierung Einschätzungen über das Maß der Bedürfnisbefriedigung und die Struktur der Bedürfnisse. Würde deren Artikulation weiter subtil bis gewaltsam unterdrückt, so könnten sich leicht angestaute Bedürfnisse in sozialen Unruhen eruptiv und unkontrollierbar entladen. Kontrollierbare Formen der Artikulation der „Betroffenen“ haben in diesem Zusammenhang nicht nur die Funktion, aufgestautes abzulassen, sondern dienen vor allem als Frühwarnsysteme, die der Regierung Punkte indizieren, an denen Interventionen notwendig werden könnten und auf die man sich frühzeitig einstellt.

Doch einmal initiierte Artikulation der Betroffenen kann leicht ihre Eigendynamik entwickeln und sich gegen dies System wenden. So versucht die SPD noch auf der Schneide zu operieren, doch ihre Drohungen sind nicht zu überhören:

„Die aus Wahlen hervorgegangenen zentralen demokratischen Organe dürfen — bei voller Anerkennung der freiheitssichernden Funktion des Pluralismus — nicht durch eine ständische Atomisierung der Staatsgewalt ausgehöhlt werden. Das gewählte Parlament muß das letzte Wort behalten, nicht nur im Bund, auch in Ländern und Gemeinden. „Demokratisierung“ darf nicht als Vorwand dienen, das Parlament und die von ihm auf Zeit beauftragte Regierung ihrer Führungs- und Entscheidungsfähigkeit zu berauben.“ [88])

In diesem Zusammenhang zögert die SPD nicht zu handeln, wie es im Augenblick die Linken in der SPD erfahren und beschreiben:

„Bisher war eine wirkliche Politisierung breiter Bevölkerungsschichten eher ein SPD-intern gefürchtetes Begleitprodukt von Juso-Strategien und Lohnkämpfen, bzw. — wie bei der letzten Wahl — Ergebnis des „Klassenkampfes von oben“. Statt diese Ansätze aufzugreifen, um mit Hilfe der Betroffenen die mit dem Thema „Verbesserung der Lebensqualität“ erweckten Hoffnungen politisch zu vertreten, scheint die sozialliberale Regierungskoalition der drohenden „Revolution der steigenden Erwartungen an den Staat“ mit einer aktiven Depolitisierungsstrategie zu begegnen, die durch Einschüchterung der eigenen Reihen durchgesetzt werden soll.“ [89])

Die SPD will und kann diese Ansätze nicht aufgreifen, vielleicht wird aber aus den zuletzt genannten Erfahrungen endlich die Konsequenz gezogen, daß die SPD — auch für Linke — nicht der richtige Ort ist, den Emanzipationskampf der Massen voranzutreiben.

Zitatnachweise

[1]) Regierungserklärung vom 28. 10. 1969, in: Jahresbericht der Bundesregierung, Bonn 1970 S. 23
[2]) Bulletin, Hrg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (im folgenden zit. als „Bulletin") Nr. 45/1971/S. 458
[3]) vgl. den Artikel „Handel und Wandel – Entstehungsgeschichte sozialdemokratischer Ostpolitik" in: dsz Nr. 129 S. 15ff
[4]) G. Kade/K. Krusewitz, Zur Rolle des Systemvergleichs in der Umweltdiskussion, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (im folgenden zitiert als „GMH") Nr. 9 1972 S. 556
[5]) / [6]) Erklärung der Bundesregierung zur Reformpolitik, in: Bulletin Nr. 45/1971 S. 458
Rede Bundeskanzler Willy Brandt's vor dem Politischen Club der evangelischen Akademie in Tutzing, in: Bulletin Nr. 108/1971 S. 1182
[8]) vgl. etwa die Studie der „President's Commission on National Goals" „Goals for Americans" 1960, US Government Printing Office
[9]) J. R. Huntley (NATO-consultant on International Affairs), Man's Enviroment and the Atlantic Alliance, Hrg.: NATO-Information Service, Brüssel 1971, S. 6f (alle hier zitierten Stellen wurden übersetzt)
[10]) Amerika Dienst, XXIII/1, United States Information Service, Bonn-Bad Godesberg
[11]) Huntley a. a. O. S. 6
[12]) ebenda S. 6
[13]) ebenda S. 32
[14]) ebenda S. 32
[15]) Frankfurter Rundschau vom 10. 1. 1973 S. 3
[16]) Huntley a. a. O. S. 41
[17]) ebenda S. 43
[18]) ebenda S. 36
[19]) ebenda S. 35
[20]) ebenda S. 34
[21]) Bulletin, Nr. 161/1972/S. 1909
[22]) Bulletin Nr. 108/1971/S. 1182
[23]) Bulletin Nr. 45/1971/S. 457
[24]) SPIEGEL Nr. 2 1973 S. 17
[25]) vgl. die Studie „Toward Balanced Growth: Quantity with Quality" insbes. S. 221ff, Washington 1970
[26]) W. Brandt, Rede auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken am 13. Mai 1970, in: Reden und Interviews, Hrg.: Presse- und Informationsomt der Bundesregierung, 1971, S. 214
[27]) ebenda S. 215
[28]) / [29]) ebenda S. 217
[30]) W. Brandt, Der Wille zum Frieden, Hamburg 1971, S. 176
[31]) ebenda S. 177
[32]) ebenda S. 172
[33]) ebenda S. 378
[34]) W. Brandt, Rede . . . a. a. O. S. 222
[35]) NATO-Brief Nr. 5/1970, S. 9 Hrg.: NATO Information Service, Brüssel
[36]) Bulletin Nr. 147/1972/S. 1753 und S. 1755 (Hervorhebung v. Verf.)
[37]) Huntley a. a. O. S. 34
[38]) Deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik, in: Bulletin 147/1972/S. 1757 (Hervorhebung v. Verf.)
[38a]) ebenda S. 1760
[39]) W. Brandt, Der Wille . . . a. a. O. S. 174
[40]) Marx-Engels-Werke (im folgenden zitiert als „MEW") 3 S. 69 Dietz-Verlag, Berlin (Hauptstadt der DDR) 1969
[41]) MEW 4 S. 372
[42]) MEW 23 S. 621
[43]) K. W. Kapp, Ökonomie der Umweltgefährdung und des Umweltschutzes, in: GMH 9 1972 S. 545
[44]) Kade/Krusewitz a. a. O. S. 555
[45]) Kapp a. a. O. S. 540 (Hervorhebung v. Verf.)
[46]) K. Kühne, Menschheitsapokalypse und Wachstumswarnung, in: GMH Nr. 12 1972 S. 710
[47]) Kapp a. a. O. S. 546
[48]) ebenda
[49]) entfällt
[60]) vgl. die Studie von B. Commoner, The Closing Circle, New York 1971, zitiert nach Kapp a. a. O. S. 540
[51]) MEW 25 S. 205f
[52]) Kapp a. a. O. S. 541
[53]) E. Liefmann-Keil, Sozialinvestitionen und Sozialpolitik – Zur Perpetuierung der Sozialpolitik, in: GMH Nr. 1 1972 S. 25
[54]) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie S. 156, Berlin 1953
[55]) E. Liefmann-Keil a. a. O. S. 36
[56]) ebenda S. 33 (Hervorhebung v. Verf.)
[57]) G. Glasstetter, Einige Bemerkungen zu einer langfristigen Konzeption der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: GMH Nr. 6 S. 350
[58]) D. Meadows, Die Grenzen des Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972
[59]) ebenda S. 169
[60]) W. Schaffernicht, Wissenschaftliches Zentrum für Umwelttechnik und Umweltplanung, in: Jahrbuch 1972, Technische Hochschule Darmstadt, S. 44
[61]) Meadows a. a. O. S. 175
[62]) ebenda S. 172
[63]) E. Eppler, Funktion und Selbstverständnis des DGB, in: Bulletin 139/1972/S. 1689
[64]) mm-Gespräch mit Erhard Eppler, in: Manager Magazin Nr. 10 1972 S. 19 (Hervorhebung im Original)
[65]) Bulletin 45/1971/S. 464
[66]) Kapp a. a. O. S. 539
[67]) W. Brandt, Ausbau der sozialen Demokratie als fortdauernde Aufgabe, Rede vor der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages, Februar 1971 („Ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft") in DIHT Schriftenreihe Heft 124, Bonn 1971, S. 43
[68]) ebenda S. 39
[69]) ebenda S. 42
[70]) ebenda S. 43
[71]) Gespräch mit Deutsche-Bank-Chef Ulrich, in: Wirtschaftswoche Nr. 3 1973 S. 24
[72]) Gutachten des finanzwissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen zur „Finanzierung eines höheren Staatsanteils am Sozialprodukt", Bonn 1972, S. 10
[73]) ebenda S. 40
[74]) entfällt
[75]) K. Schmidt, Zu einigen Theorien über die relative Ausdehnung der öffentlichen Ausgaben, in: Finanzarchiv N. F. Bd. 24 S. 199 Tübingen 1965
[76]) / [77]) Bulletin Nr. 45/1971/S. 464
[78]) W. Brandt, Rede . . . S. 216
[79]) G. Hartkopf, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Rede vor Vertretern der Umweltausschüsse des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im April 1972, in: Bulletin Nr. 64/1972/S. 900
[80]) ebenda S. 901
[81]) / [82]) / [83]) ebenda S. 903
[84]) ebenda S. 904
[85]) SPIEGEL Nr. 2 1973 S. 38
[86]) ebenda
[87]) Bulletin Nr. 108/1971/S. 1182
[88]) W. Brandt, Der Wille . . . a. a. O. S. 177
[89]) links, Sozialistische Wochenzeitung, Nr. 40, Januar 1973, S. 3

Das rote Gespenst rast

NS-Propaganda

Vom ‚Streikverein' zum Ordnungsfaktor

I.

Man glaube nicht, derartige Positionen hätten sich erst in der Folge des Revisionismus (siehe den Artikel „Historie der Sozialdemokratie", S. 18) oder als Resultat klassenverräterischer Aktivitäten in einer ehedem revolutionären Organisation durchsetzen und laut ausgesprochen werden können. **Einhundert Jahre sozialdemokratischer Praxis waren nie auf ein anderes Ziel ausgerichtet.** Dabei kann man getrost absehen von linksoppositionellen Gruppierungen, etwa in Süddeutschland oder Bremen. **Praktische** Relevanz erlangten sie, wenn überhaupt, erst unter der Perspektive einer sich anbahnenden Kommunistischen Partei anläßlich der deutschen ‚Revolution'.

Woher sollte auch die Motivation zu anderer Praxis ihre **theoretische** Begründung herbeziehen? Der Verbalradikalismus linker Parteiliteraten war nicht vermittelt, knüpfte nicht am realen Bewußtsein der Parteibasis an; auch konnten Konzeptionen, die den zwangsläufigen, unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus predigten, kaum etwas anderes bewirken als unerschütterlichen Glauben. Und der vom häufig als Marxpapst apostrophierten Kautsky prophezeite ‚große Kladeradatsch', – dereinst – erzeugte bestenfalls frohes Hoffen. Zum theoretischen Rüstzeug der Genossen gehörte vor allem anderen der ‚Anti-Dühring', **das** Nachschlagewerk des ‚wissenschaftlichen Sozialismus', die unerschöpfliche Quelle zur Erledigung aller möglichen Fragen. So wurde der Marxismus als geschlossenes, ganzheitlich-gesellschaftstheoretisches System begriffen, das den Lauf der Dinge, die da waren und derer man harrt, vorzeichnete. Das Resultat: **Der Glaube an den großen Augenblick der Revolution – einst, wenn der Kapitalismus zusammenbricht – vertagt die Zukunft nach Übermorgen. Heute ist da kein Raum für revolutionäres Handeln!** Darin eben lag der Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen Funktionär und Mi-en-leh; der „nannte viele Bedingungen für den Umsturz. Aber er wußte keine Zeit, wo nicht an ihm zu arbeiten war." (Brecht)

Der Bernsteinsche Revisionismus brachte also nur aufs Papier, was immer schon gängige Praxis war. Er wollte die Bewegung um Phrasen erleichtern, die eine konsequente Reform-Praxis mitunter erschwerten und bei manchen Parteigruppierungen möglicherweise falsche Hoffnungen bestärkte.

Jedoch auch theoretisch war der Bruch nicht **so** groß, wie man gemeinhin annimmt. **Die Haltung zum Staat,** die hier interessiert, **war programmatisch nie ausgewiesen marxistisch.** So kommentiert Karl Korsch „Marx' Randglossen zum Gothaer Programm (1875)": „Nach der Marx nur zu wohl bekannten und durch den sonstigen Inhalt des Programms vielfach bekräftigten tatsächlichen Lage der Dinge . . . (wollte man) also im Grunde . . . nur die Umwandlung des ‚bürgerlich beschränkten Staates' in den ‚die sittliche Freiheitsidee voll erfüllenden sozialistischen Staat' **erlisten . . .**" Auch dem gemeinhin als marxistisch geltenden ‚Erfurter Programm' (1891), das bis 1921 Geltung hatte, gegenüber muß man feststellen, daß der praktische Teil (von Bernstein verfaßt) unmöglich als vermittelte Konkretion des (von Kautsky formulierten) prinzipiellen Teils verstanden werden kann. Beide Teile entsprechen dem schon erwähnten **fatalen Dualismus:** der prinzipielle Teil rückt das **Endziel** aus dem Gegenwartsbereich in den **‚frommen Harrens';** der praktische Teil beschränkt sich auf Reformen, die in sich keine sozialistische Perspektive **konkret** aufzeigen. Insofern entsprechen sie sich in ihrer Unvermitteltheit.

„Wer die Jugend für den Staat gewinnen will, muß sie zunächst für den Parlamentarismus gewinnen", meint Bundestagspräsidentin A. Renger (SPD). Eben das gleiche, „für den Staat gewinnen", „an den Staat heranführen" — nur in bezug auf die Arbeiterklasse — sei eine der Hauptaufgaben sozialdemokratischer Politik (K. Schumacher) und weitgehend gelungen.

Praktisch bestimmend blieb also auch aufgrund – und nicht trotz – des ‚marxistischen Erfurter Programms' die Gothaer Perspektive: **die Umwandlung des bestehenden Staates in einen sozialistischen zu ‚erlisten'.** Dabei müsse man bedenken, daß „trotz der großen Fortschritte, welche die Arbeiterklasse in intellektueller, politischer und gewerblicher Hinsicht seit den Tagen gemacht hat, wo Marx und Engels schrieben, . . . sie doch . . . noch nicht entwickelt genug (ist), die politische Alleinherrschaft zu übernehmen"; dazu müsse sie erst „sehr starke eigene Organisationen wirtschaftlichen Charakters besitz(en) und durch Schulung in Selbstverwaltungskörpern einen hohen Grad von geistiger Selbständigkeit erreicht" haben. (Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus . . ., Rowohlt Klassiker, S. 214). Die Orientierung der Arbeiterorganisationen auf dieses Ziel hin, die Integration der Arbeiterklasse und ihre Erziehung zu diesem Zweck waren und sind bezeichnend für die vorherrschende Strömung der deutschen Arbeiterbewegung. Sie soll „für den Staat gewonnen", „an den Staat herangeführt" werden. Unter dieser Perspektive soll jetzt das Verhältnis von SPD, Gewerkschaften und Staat gesehen werden. Auf eine eingehende Analyse der sozio-ökonomischen Tatbestände, die jene ideologischen Tendenzen aufkommen ließen und bestärkten, andere hingegen nicht, muß im vorgegebenen Rahmen dieses Artikels verzichtet werden. Schwerpunkt ist die **Kontinuität der Haltung von Partei und Gewerkschaft dem Staat gegenüber und deren Konsequenzen.**

II.

Unmittelbar auf den Gothaer Partei-Kongreß folgte einer verschiedener **gewerkschaftlicher Lokalvereine.** Man wollte sich zu Zentralverbänden zusammenschließen. Zwar wurde aus Gründen, die sich aus dem Aspekt der Gewerkschaften – Widerstandsorganisationen gegen das Kapital auf dem Boden des Kapitalismus im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft zu sein – zwangsläufig ergeben, das **Prinzip**

parteipolitischer Neutralität aufgestellt, die Gerwerksgenossen aber wurden aufgefordert, der **Sozialistischen Arbeiterpartei** beizutreten. Mit Erfolg. „Das bekannte Wort des früheren Bauarbeiterverbandsvorsitzenden Bömelburg ‚Partei und Gewerkschaften sind eins' drückt aus, wie eng SPD und Gewerkschaften miteinander verbunden waren. Das war so sehr der Fall, daß die Gewerkschaften allgemein nur als ein Teil der von der SPD geführten sozialistischen Arbeiterbewegung betrachtet wurden." (Rote Gewerkschaftsbuch, Berlin 1932, S. 98).

Natürlich gab es Loslösungsversuche. Dies umsomehr, als die organisatorisch und mitgliedermäßig stärker werdenden Gewerkschaften, aufgrund ihres genannten Begründungszusammenhanges, immer schon stark legalistisch fixiert und fast ausschließlich reform-orientiert Praxis **und** Theorie betrieben; weswegen ihnen das verbal-revolutionäre Gedöns von Parteiliteraten nicht in den Kram passen konnte. Dennoch lenkte man ein, nachdem der Versuch, die in Halberstadt (1892) gegründete ‚Generalkommission der Gewerkschaften' gleichberechtigt neben den Parteivorstand zu stellen, die ‚Führer' böse gemacht hatte. Auf dem Parteitag (1893 wurde solch Ansinnen von R. Fischer für „Größenwahn" gehalten und Genosse Ignatz Auer erbot sich, „dem Korrespondenzblatt der Generalkommission, dem das Fell arg jucken scheine, es gelegentlich auch zu streicheln."

Erst mit dem sich theoretisch allmählich durchsetzenden Revisionismus veränderte sich dieses Verhältnis so, daß die Parole der „Gleichberechtigung" von Partei und Gewerkschaften auch in der Partei platzgriff. Rosa Luxemburg kommentierte, man wolle so „den politischen Kampf der Arbeiterklasse auf den parlamentarischen reduzieren und die Sozialdemokratie aus einer revolutionären proletarischen in eine kleinbürgerliche Reformpartei umwandeln". Als wenn das nicht längst faktisch gewesen wäre!

Die Massenstreikdebatte 1905 — unter dem Eindruck der russischen Revolution — dokumentierte die immer engere ideologische Verschmelzung der praktisch bestimmenden Elemente von Partei und Gewerkschaft eindrucksvoll. Vorherrschend war die Ansicht, die gewerkschaftliche Macht würde nahezu unbeschränkt zunehmen, man würde **von seiten der Gewerkschaften nicht nur imstande sein, die kapitalistische Ausbeutung auf das ‚Normale' zu reduzieren, sondern die Ausbeutung selbst stufenweise abzubauen.** Vollends besiegelte diese ideologische Verschmelzung der 1. Weltkrieg. Der 4. August 1914 präsentierte die heilige Dreifaltigkeit der deutschen Arbeiterbewegung: die Mehrheitssozialisten der Fraktion, Gewerkschafts- und Parteiapparat — drei und doch eins im Geiste!

Für die Entwicklung von Gewerkschaft und Partei, ihre Haltung zum Staat, war diese **Periode des „Burgfriedens" prägend bis heute.** Im folgenden einige Zitate, die diese Haltung kennzeichnen. Legien, einflußreicher Gewerkschaftsfunktionär, schrieb am 18. Februar 1918 an Reichskanzler Bethmann-Hollweg: „Es scheinen sich unheilvolle Einflüsse an den maßgebenden Stellen geltend zu machen, seit Ew. Exzellenz von dem verantwortungsvollsten Posten verdrängt worden sind. Unsere Bemühungen an den verschiedensten Stellen, zuletzt im Großen Hauptquartier, diese Einflüsse zu beheben, scheinen keinen Erfalg gehabt zu haben. Man scheint nicht begreifen zu können, wie ungeheuer man dadurch **die Arbeit der Gewerkschaften** erschwert und ihren **günstigen Einfluß auf die Arbeiterschaft** herabmindert. **Die Ursachen für einen Konflikt sind sicherlich nicht von den Gewerkschaften gegeben."** Die Antwort hierauf, mit bezug auf die ‚Anstifter' des Munitionsarbeiterstreiks: **„Ihre Ziele sind das nicht.** Daß Sie mit Ernst und Treue . . . usw. Arbeiten Sie auch **fernerhin an Ihrem Teile . . . daran, die deutsche Arbeiterschaft . . . mitarbeitend bei dem Staate zu erhalten."** (Rotes Gewerkschaftsbuch, S. 19) „Mit Stolz vermerkt Leipart in seiner Legienschrift noch rückschauend, daß den Gewerkschaften im Jahre 1915 in den ‚Sozialistischen Monatsheften' bezeugt worden war, daß sie sich **nicht als Fremdkörper im Wirtschaftsleben** benommen hätten, ‚wie ihre alten Feinde immer behaupteten'." (ebd.)

Die nach dem Krieg, im Zuge der scheiternden Deutschen Revolution entgültig etablierte ‚Arbeitsgemeinschaft' von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften wird beschrieben: „Die Arbeitsgemeinschaft ist **nichts anderes als die konsequente Fortführung jener Tarifpolitik, die in den gewerkschaftlichen Organisationen seit Beginn dieses Jahrhunderts getrieben worden ist . . ."** (Legien) Wie wahr! „Der einstmals von der Polizei verfolgte und von den Unternehmern nur von oben herab angesehene ‚Streikverein' (war) selber zu einem Stück des neuen Staates" geworden. (ebd.)

Die Konzeption der **Wirtschaftsdemokratie** wurde zur vorherrschenden Ideologie! Der ‚arbeitende Mensch' stand im Mittelpunkt! „. . . die Macht des Eigentums (tritt) der Arbeit gegenüber zurück. Das Eigentum, das zuerst den Menschen . . . beherrschte, besteht nicht mehr . . . Er (der Mensch; d. R.), der früher nur Sache war, dann zur Person aufstieg, wird durch das Arbeitsrecht zum Menschen . . . Auch wenn der Mensch über kein Eigentum verfügt, sollen ihm, weil er Mensch ist, die zum Leben notwendigen Güter und Kräfte zustehen und gewahrt sein . . . So tritt in den freien Raum, der durch den Abbau des Eigentums entsteht, das Menschentum ein als ein neues, selbständiges Rechtsprinzip . . ." Diese Sätze aus der 1928 im Auftrag des ADGB von Fritz Naphtali herausgegebenen Schrift „Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel" (Neuauflage 1966, EVA, zit. S. 149ff.), die fatal in Stil und Vokabular bereits astreine NS-Terminologie vorwegnehmen, verdeutlichen, warum der ‚Zukunftsstaat des Sozialismus' nichts mehr sein konnte, dem zuzuarbeiten lohnend gewesen wäre.

Ist es verwunderlich, daß die Neuauflage dieser Schrift 1966 von L. Rosenberg und Otto Brenner sehr begrüßt wurde, die sich zu Aussagen hinreißen ließen, wie: „Diese Denkschrift enthält . . . eine ebenso kühne wie umfassende Konzeption der Gesamtordnung von Wirtschaft und Gesellschaft . . . Sie (rückt) — wie die Mitbestimmung auch — den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt allen Geschehens . . . Leitidee war die Marxsche Kritik der Selbstentfremdung des Arbeiters . . . Vor allem das Kapitel über die Stellung der Gewerkschaften im Staat von großem Interesse . . . Hier wird deutlich, wie sehr sich die deutschen Gewerkschaften nach 1918 bereit fanden, die Interessen der Gesamtheit mit zu vertreten . . . Die in den letzen Jahren oft gebrauchte Formel von der Notwendigkeit einer **Integration der Gewerkschaften** in unser demokratisches Gemeinwesen **ist . . . schon nach dem ersten Weltkrieg Richtschnur des gewerkschaftlichen Handelns gewesen."**

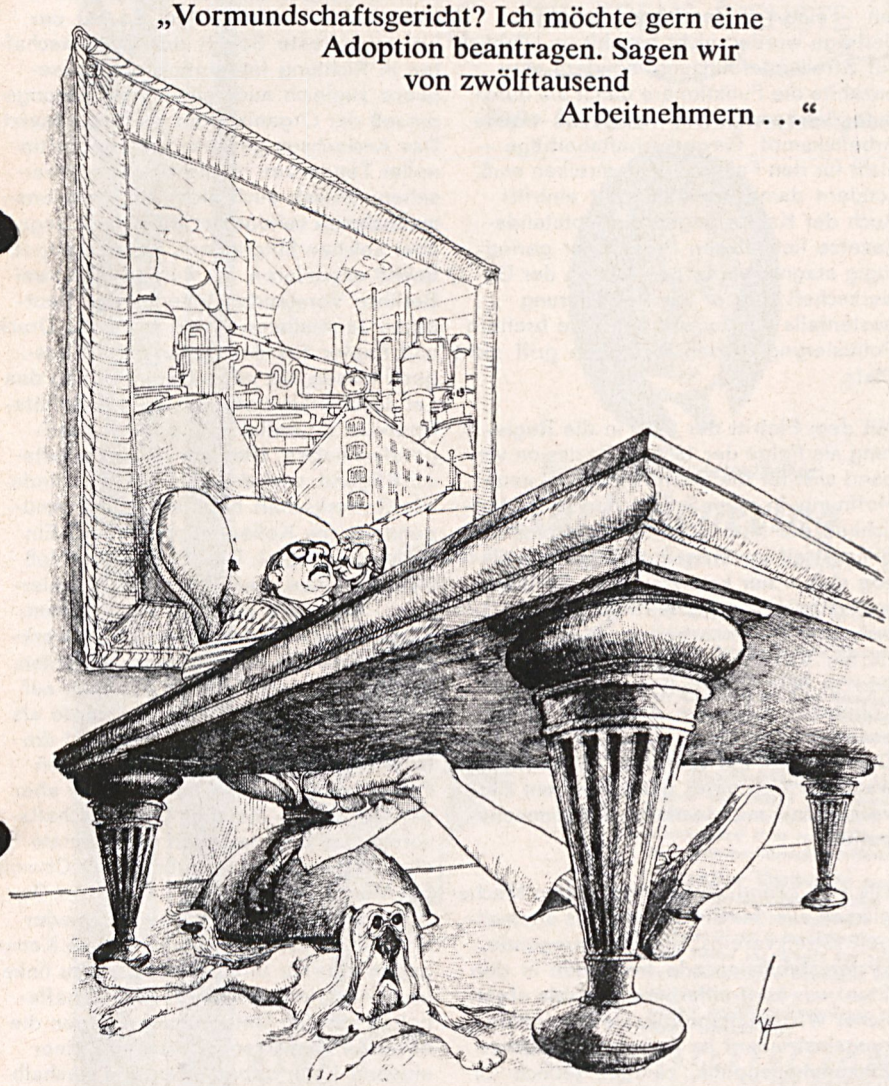
Soviel zur Stellung der Gewerkschaften gegenüber Staat und Gesellschaft in der Zeit der Weimarer Republik. Ihre Haltung zur SPD wird vielleicht am klarsten, wenn man sieht, wie in dieser Zeit des Nebeneinanders von SPD und KPD — trotz des formalen Bekenntnisses zur parteipolitischen Neutralität — **„Apparat und Mittel** der Gewerkschaften ganz offen in der ungeniertesten Weise für die Zwecke der SPD (mißbraucht wurden)." (Rotes Gewerkschaftsbuch, S. 103)

III.

Die Wurzeln der deutschen Gewerkschaftsbewegung des ‚Neuanfangs' nach 1945 werden von Otto Brenner – selbst konzeptiver Ideologe und Mittäter der ‚1. Stunde' – folgendermaßen bezeichnet: „Die führenden Gewerkschaftler der Aufbauperiode nach 1945, an ihrer Spitze Hans Böckler, erster Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hatten den Verfall der Weimarer Republik miterlebt und an den Diskussionen um das Konzept der Wirtschaftsdemokratie teilgenommen. Sie bildeten mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen die lebendige Brücke zwischen den gewerkschaftlichen Vorstellungen der zwanziger Jahre und den gesellschaftlichen Aufgaben, die sich für die einheitliche Gewerkschaftsbewegung nach dem Zusammenbruch stellten . . **Damit gewann das Konzept der Wirtschaftsdemokratie . . . für die Gewerkschaftsbewegung erneut praktische Bedeutung.**" (F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie . . ., EVA, S. 10f.)

Jene kommunistischen, sozialdemokratischen und Gewerkschaftsgruppen, die während des Faschismus im Widerstand tätig waren, KZ's überlebten und gleich nach dem Zusammenbruch den Wiederaufbau an der Basis organisierten, **wurden bald ausgeschaltet.** In den USA und Großbritannien geschulte Funktionäre formierten die zerschlagene Gewerkschaftsbewegung auf Direktive und unter Obhut der alliierten Besatzer neu. Dabei war für die entscheidenden Gremien der neukonstituierten Gewerkschaften der **demokratische Charakter** der westlichen Besatzungsmächte eine klare Sache. Sie waren überzeugt davon, daß deren Intentionen einzig auf die Zerschlagung der faschistischen Diktatur und Einrichtung der Demokratie in Deutschland abzielten. Bestärkt wurden sie in dieser Auffassung noch dadurch, daß ihnen in einer Reihe von Fragen – so der Demontage, der Entflechtung der Nazi-Wirtschaft, der Mitbestimmung – Einflußmöglichkeiten eingeräumt wurden. Dies scheinbare Entgegenkommen, diese vermeintliche Großzügigkeit der Besatzer gründete jedoch in der Tatsache, daß nach 1945 die Gewerkschaften neben den Kirchen zu den einzigen funktionierenden und vertrauenswürdigen Organisationen der drei Westzonen gehörten.

„Vormundschaftsgericht? Ich möchte gern eine Adoption beantragen. Sagen wir von zwölftausend Arbeitnehmern . . ."



Doch auch als die Willkür der Militärdiktatur, die nationalistischen Bestrebungen der Demontagepolitik **das kapitalistische Wesen des westlichen Demokratismus** bloßlegten, änderten die Gewerkschaften ihre Haltung nicht. Sie waren beseelt von der Vorstellung der **Sozialpartnerschaft,** ihre Theorie war die der **Wirtschaftsdemokratie.** Aus den Erfahrungen des Faschismus zogen sie keine andere Konsequenz, als: „. . . eine sich selbst überlassene Großwirtschaft (und) unkontrollierte Macht (konnten) eine verhängnisvolle Rolle spielen. Deshalb war es damals, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, auch einhellige Ansicht aller in Deutschland wirkenden gesellschaftlichen Gruppen, bis hin zu den Religionsgemeinschaften, daß wirtschaftliche Machtgebilde in einer demokratischen Ordnung der Kontrolle bedürften." (Otto Brenner, ebd.)

Ein weiteres Indiz für die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und der damit verbundenen Fixierung auf den Staat ist die Tatsache, daß **alles getan wurde, um Basisbewegungen zu verhindern, zu bremsen, zu kanalisieren.** Beispiele sind die Aktionen gegen die Demontagen, der Kampf gegen die Hungerlöhne und für die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien. Man verließ sich lieber auf die vermeintlich demokratischen Besatzer, als auf die Kraft der Organisierten zu vertrauen. Skepsis gegenüber Geschehnissen an der Basis, die nicht sofort in geordnete Bahnen zu lenken waren, gegenüber Angelegenheiten, die nicht staatlich und allgemein geregelt wurden, kennzeichnet seit je diese Ideologie.

Die Illusionen, die man sich in den Reihen der Gewerkschaften über den Charakter der Westmächte machte, gerieten allerdings hart mit der Realität aneinander, als 1947/48 von eben diesen Mächten die Restauration der alten Kräfte in die Wege geleitet wurde. Die sich verschärfende Weltlage machte erforderlich, das militärische Potential der späteren BRD zu mobilisieren, und das hieß notwendigerweise: **die alten kapitalistischen Kräfte stützen und aktivieren.**

Es gab so für die Konzeptionen der deutschen Gewerkschaften nur eine Überlebenchance – ihr ehemaliges **Vertrauen** gegenüber den Besatzungsmächten **übertragen auf den neuen Staat in Westdeutschland.** Das hört sich paradox an. Man kann es jedoch verstehen, wenn man berücksichtigt, daß sie diesen Staat als ihr ureigenstes Kind begriffen und mit einigem Recht auch begreifen konnten. Die kommunalen Verwaltungsinstanzen, die zonalen Wirtschaftsräte, **alle zu dieser Zeit tragenden Institutionen des neuen Staates trugen die Handschrift der Gewerkschaften.** Selbst der Aufbau der Parteien, besonders der SPD, war zu großen Teilen mit ihr Werk. **Dieser neue Staat war ihr Staat.** Den einzelnen Länder-

verfassungen — soweit es um wirtschaftliche Fragen ging — drückten sie ihren Stempel auf. Und selbst im Bereich der Exekutive hatten sie in der Tat anfangs mehr Einflußmöglichkeiten als zur Zeit der Besatzungsregime. Drei Minister des ersten deutschen Kabinetts waren Gewerkschaftsfunktionäre. „Noch im Jahr 1952 erklärte sich der DGB bereit, in wirtschaftspolitischen Fragen in paritätischen Kommissionen mit der Bundesregierung zusammenzuarbeiten. Dies . . . **obwohl in diesem Jahre die Frage der Remilitarisierung der BRD aktuell wurde** und damit auch der Wille der Bundesregierung, die alten kapitalistischen und militaristischen Mächte wiederum in ihre Macht einzusetzen. Der Kulminationspunkt dieser Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften wurde durch die **Niederlage der Gewerkschaften im Kampf um die Betriebsverfassung** gesetzt." (Agartz, Trikont Nr. 25, S. 46f.)

Man sieht, wie die Geschichte der BRD nach 1945 mit einem **Machtübergewicht** der Gewerkschaften begann; der Glaube an die Sozialpartnerschaft, die mögliche Arbeitsgemeinschaft von Unternehmern, Staat und Gewerkschaften im Sinne wirtschaftsdemokratischer Vorstellungen, — bei **Verzicht auf Basismobilisierung** — dieses Übergewicht jedoch zusehends schwinden ließ. Die jahrelange Disziplinierung zum Zwecke des Aufbaus, „für das Wohl aller", veränderte die Machtverhältnisse radikal. **„Die politische Situation der Bundesrepublik ist von 1945 bis 1955 durch eine Selbstdisziplinierung der Gewerkschaften beherrscht, das heißt von einem scharfen Klassenkampf von oben."** (ebd.)

IV.

Die Defensivposition der Gewerkschaft dieser Phase spiegelt sich förmlich in der zunehmenden Verflachung programmatischer Äußerungen. 1949 wurde noch die Forderung nach grundlegender Umgestaltung der Wirtschaftsordnung erhoben. (Freilich im Namen der oben beschriebenen Konzeption); das Aktionsprogramm 1955 trennte die „Fernziele" endgültig von den „Nahzielen", wobei Nahziele sich erschöpften in einer immanenten Korrektur kapitalistischer Wirtschaft. Man rundete — um es wie Willy Brandt zu sagen — die harten Kanten jenes Tisches, um den die Gesellschaft sich versammelt, damit auch die Arbeiter einen Platz daran finden können.

Nach dem KPD-Verbot, dem von seiten der Gewerkschaften nichts entgegengesetzt wurde — im Gegenteil: in vielen Gewerkschaften wurden kommunistische Funktionäre ‚abgesägt' — ist bezeichnend für ihre Position zur restaurativen Entwicklung der BRD die Ostermarschbewegung. „Kampf dem Atomtod", zunächst von den Gewerkschaften gestützt, von Gewerkschaftslinken wesentlich getragen, wurde **von vornherein derart institutionell kanalisiert, daß diese Kampagne ohne große Schwierigkeiten jederzeit liquidiert werden konnte.** So geschah es, daß Gewerkschaftsjugendgruppen und anderen zum Zweck der Kampagne gebildeten Ausschüssen von einem Tag auf den anderen mitgeteilt wurde, daß man sich nicht mehr zu beteiligen habe. Die Mittel wurden gestrichen. Die Kampagne brach zusammen. Die Folge: **zunehmende Entpolitisierung der Mitglieder.** ‚Gewerkschaft' wurde mehr noch als zuvor einzig als Dienstleistungsunternehmen begriffen — eine Art **Versicherungsbetrieb.** Beiträge wurden nicht bezahlt im Hinblick auf Streikunterstützung, sondern man bezahlte die Funktionäre damit sie durch gutes Verhandeln was rausholen — ohne Arbeitskampf; Gewerkschaftsbeiträge — nicht für den Fall, daß man streiken muß, sondern damit der Fall nicht eintritt! Auch der Kampf gegen die Notstandsgesetze ließ diesen Prozeß nur geringfügig stagnieren. In den Reihen der Gewerkschaft trug er zur Politisierung bestenfalls der Jugend bei. Eine breitere Politisierung in den Betrieben griff nicht Platz.

Mit dem Eintritt der SPD in die Regierung als Folge der 1966/67 Rezission verband sich für die Gewerkschaften neue Hoffnung ‚in alten Schläuchen'. Die Möglichkeit der Mitbestimmung erschien als Silberstreif am Horizont. **Zugleich vollzog sich — nur konsequent — die bisher weitestgehende Integration.** Man erklärte sich bereit, mitzuarbeiten in der ‚Konzertierten Aktion'; nach dem Grundsatz „do, ut des" akzeptierte man niedrige Lohnerhöhungen am Ausgang des Rezession, „dem Gemeinwohl verpflichtet". **Der Wunsch, ein Wörtchen mitzureden, wandelte sich unter der Hand zum Einverständnis mit staatlicher Einkommenspolitik.**

Die sich zwangsläufig ergebenden Mechanismen aus der Einbindung des ehemaligen ‚Streikvereins' als staatstragende, **systemstabilisierende Institution** in den Staat, als **kontrollierbare Variable staatlicher Wirtschaftspolitik,** als **Disziplinierungsinstrument im Rahmen staatlicher Einkommenspolitik,** zeitigen jedoch für die Gewerkschaften folgendes Dilemma: „Bei einer gesamtwirtschaftlichen Kooperation, die die wachstumsgerechten Löhne sichert, sind Streiks, die darüberhinausgehende Ziele verfolgen (etwa die Verschiebung der Verteilungsproportionen; d. R.) disfunktionale Elemente; besteht indes Konsens über die gesamtwirtschaftlichen Ziele, dann sind Streiks unwahrscheinlich. Gleichwohl hängen aber von der potentiellen Mitgliedermobilisierung Stärke und Einfluß der Gewerkschaften im gesamtwirtschaftlichen Bargaining-Prozeß ab." (IfS-Studie Zwischenbericht 1969, S. 54) „Eine rigide Praxis der Einkommenspolitik, die die Gewerkschaften zu einem Disziplinierungsinstrument herabsetzt, läuft freilich Gefahr, unwirksam zu werden oder gar manifeste Unzufriedenheit bei den Lohnabhängigen zu erzeugen, **die in unkontrollierbare Massenaktionen umschlagen kann."** (ebd.)

V.

Die „wilden" Streiks 1969 waren die Quittung seitens der Gewerkschaftsmitglieder, die dadurch ihre **Entschlossenheit zur autonomen Verteidigung ihrer Interessen** demonstrierten. So hat der bisher weiteste Schritt der Gewerkschaften in Richtung Integration als Konsequenz zugleich auch einen Politisierungsprozeß der Organisierten in Gang gesetzt. Das Anwachsen gewerkschaftsoppositioneller Tendenzen ist nicht mehr zu übersehen; freilich auch nicht die **Pressionsmaßnahmen seitens der Bürokratie** gegen über solchen Mitgliedern, die sich oppositionell exponieren. So wurden jetzt zwei Berliner Vorstandsmitglieder der Deutschen Journalisten Union in der IG Druck und Papier aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, die ohne Genehmigung des Landesbezirksvorstandes zu Solidaritäts-Spenden für entlassene Kollegen aufgerufen haben. Dies sei gewerkschaftsschädigend, weil der Eindruck entstünde, die Gewerkschaft habe sich nicht genügend um die Kollegen gekümmert! Ein anderes Beispiel: Die IG Metall schloß zwei Kollegen, beschäftigt bei Daimler-Benz, Stuttgart, aus. Sie kandidierten unabhängig von der offiziellen Gewerkschaftsliste bei den Betriebsratswahlen, konnten mehrere tausend Stimmen auf sich vereinigen; ihr Vorgehen wurde als spalterisch bezeichnet, da sie wohl die Unterstützung ihrer Kollegen aus den Produktionsbetrieben hatten, nicht aber den Segen des örtlichen Gewerkschaftsvorstandes und der alten Betriebsratsclique! Umgekehrt verfuhr die IG Chemie bei Merck, Darmstadt, als sie solche Betriebsräte und Vertrauensleute wieder in die Organisation aufnahm, die im Kampf gegen eine für ihren Geschmack zu linke und prinzipielle örtliche Gewerkschaftspolitik mit den Unternehmern gegen die offizielle Gewerkschaftsliste mit einer eigenen Liste opponierten und deshalb zuvor aus der Organisation ausgeschlossen worden waren.

Die den gegenwärtigen Politisierungsprozeß in den Betrieben und Gewerkschaften demonstrierenden Auseinandersetzungen und deren Richtung sind nicht mehr zu übersehen. Und die beschämenden 25,9% Ja-Stimmen der nordrhein-westfälischen Stahlarbeiter für die Lohnleitlinien-Politik des IG- Metall-Apparats in der gegenwärtigen Tarifrunde signalisieren, daß ein 69iger Herbst nicht nur Wunschvorstellung linker Träumer bleiben wird.

FÜR TREUE DIENSTE

Unser bewährtes Aufsichtsratsmitglied

1920 1930

Herrn Reichsinnenminister

Karl Severing

Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei

ernennen wir hiermit

In Erinnerung an die schicksalschwangeren Tage vor zehn Jahren, als der Kapp-Lüttwitz-Putsch das Reich in Unruhe versetzte und die Arbeiterschaft die Flamme des Aufruhrs schürte

In Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste bei der Abwicklung des Kapp-Abenteuers sowie der Zerschmetterung der Roten Armee durch Zustandebringen des Bielefelder Abkommens und im Zusammenwirken mit Seiner Excellenz General von Watter

In Dankbarkeit für das Niederhalten der Ruhrkumpels mittels Speckzulagen und blauen Bohnen, für die geschickte Provozierung des mitteldeutschen Aufstandes und seine Liquidierung durch einen energisch durchgeführten, für unsere Wirtschaft heilsamen Aderlaß am bolschewistisch verseuchten Volkskörper

Im vollen Vertrauen darauf, daß der Mann, der vom kleinen Metallarbeiter zu einem der bestbezahlten Diener an unserem Staate emporgestiegen ist, wie im Laufe der letzten 10 Jahre so auch weiterhin gestützt auf das Republik-Schutzgesetz durch Verbot von Streiks und roten Kampforganisationen und durch zielbewußtes Ausnutzen der Schiedsgerichtsbarkeit sich als wahrer Förderer und nur Billiges fordernder Wahrer unserer wohlblutigerworbenen aber inzwischen angestammten Rechte erweisen wird

zum **Ehrendoktor** (Dr. sanguinis causa)
an der Polizeifakultät am
Reichsinstitut für rationelle Ausbeutung

Die deutsche Bourgeoisie
Im Auftrage: Schacht

Berlin, den 23. März 1930
Genehmigt unter 27309 Morgan & Co.

Ich bin ein Kohlkopf, kennt ihr meine Blätter
Ich weiß vor Sorgen zwar nicht aus noch ein
Doch halt ich still und hoff' auf einen Retter,
Ich will ein Kohlkopf, stets ein Kohlkopf sein!

Ich will nichts sehn und hören
Das Staatsgeschäft nicht stören
Und zieht man mich auch bis aufs Hemde aus
Die rote Presse kommt mir nicht ins Haus!